Nr. 156. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Nürnberg statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr,

nach Nürnberg in die „Städtische Festhalle", Luitpoldhain, ein.

Die Eröffnung erfolgt präzise. Anschließend erfolgt die Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 14. September und die folgenden Tage

finden die Verhandlungen des Parteitages in dem Lokal „Herkules-Velodrom", Treustraße 10, statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes,
   a) Allgemeines.
   b) Organisation und zwar
      I. Frauenorganisation;
      II. Jugendorganisation.
      Berichterstatter: H. Müller.
   c) Kasse und Presse.
      Berichterstatter: A. Gerisch.
   d) Bildungsausschuß.
      Berichterstatter: H. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht.
   Berichterstatter: E. Eichhorn.
4. Maifeier.
   Berichterstatter: R. Fischer.
5. Sozialpolitik und der neue Kurs.
   Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Die Reichsfinanzreform.
   Berichterstatter: P. Singer.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 17. August im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts" veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Max Treu, Nürnberg, Egidienplatz 22.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen, der Versand erfolgt vom 17. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts", noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 7. Juli 1908.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Der Geheimprozeß.

Die Herren Kanzow und Isenbiel werden sich von Tag zu Tag mehr davon überzeugen müssen, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit im Prozeß wider Eulenburg ein Schlag ins Wasser ist. Heute wird über die Verhandlungen schier noch ausführlicher berichtet, als es geschah, ehe das Schweigegebot auf Umwegen erlassen wurde. Wir haben's vorausgesagt. Sowohl das Interesse der ernsthaften Leute als die fiebernden Lüste der Sensationshungrigen kreisen um diesen Prozeß, und die Presse sucht je nach ihrer Artung das eine oder das andere Verlangen zu befriedigen. Und sie findet den Weg dazu. Es zeigt sich, daß der Appell an die Gentlemen ganz unwirksam geblieben ist, was ganz natürlich ist, da die Behauptung, daß es unanständig sei, aus dem Prozeß Mitteilungen zu machen, sich auf weiter nichts als auf eine ganz willkürliche, unbegründete Annahme der Prozeßleitung und des öffentlichen Anklägers stützt. Mit weit besserem Fug könnte man behaupten, daß das Durchbrechen des Geheimverfahrens, das Nichtbeachten des Schweigegebots, das kein Schweigegebot sein soll, direkt geboten sein kann angesichts der wilden Stimmungsmache, die sich im Dunkel des Geheimnisses üppig entfaltet hat.

Diese Stimmungsmache findet natürlich in einer Situation, da alles auf unkontrollierbare Nachrichten angewiesen ist, günstige Lebensbedingungen. Dem Uebelwollenden ist jetzt gute Gelegenheit geboten, unter scheinbarer Wahrung der Objektivität, ohne grobe Mittel, durch Fortlassen gewisser Momente, durch Unterstreichung und Betonung einzelner Worte und Gesten, je nachdem es ihm gefällt, für die eine oder die andere Partei zu wirken, die, wenn auch nicht in Person, so doch tatsächlich in dem ängstlich verschlossenen Schwurgerichtssaal zu Moabit einander gegenüberstehen. Und selbst die gewissenhafteste Zeitungsredaktion ist bei der größten Vorsicht in diesem Falle nicht sicher davor, daß sie nicht von ihr und ihrem näheren Gewährsmann unbewußt zu unlauteren Zwecken mißbraucht wird.

Das ist der Nutzen des Ausschlusses der Oeffentlichkeit!

Die unparteiische, sich selbst kontrollierende Berichterstattung wird unterbunden, den Machenschaften der Parteigänger, den Verdunkelungen und Verzerrungen wird Tür und Tor geöffnet.

Alles um der gefährdeten Sittlichkeit des deutschen Volkes wegen, das Schaden an seiner Seele nehmen könnte, wenn es zum hundertsten Male bestätigt sehen würde, was es mindestens neunundneunzig Male schon gehört hat, das freilich zugleich auch wieder einmal Edelste und Beste der Nation nackt und schmutzbedeckt zu schauen bekäme.

Die Stimmungsmache wird inzwischen von den Parteigängern Eulenburgs und Hardens eifrig betrieben. Man kann es verstehen, wenn der Vorsitzende die Geschworenen am gestrigen Tage abermals aufgefordert hat, ihr Urteil nur auf Grund des im Gerichtssaale Gehörten und Gesehenen aufzubauen. Ein neuer Pfeil von den Feinden Eulenburgs ist in den „Dresd. Neust. Nachr." versandt worden. Dieses Sensationsblatt nützt skrupellos die günstige Konjunktur für Eulenburgiana aus. Es hat offenbar nicht die geringste Empfindung dafür, welch' elende Feigheit darin liegt, jetzt gerade über den Liebenberger herzufallen mit Anklagen, die zu dem, was in Moabit zur Entscheidung steht, gar keine Beziehung haben. Mit Freuden gibt sich dieses Preßorgan zum Werkzeug der Rachebedürfnisse von Leuten her, die sich gescheut haben, Eulenburg anzufassen, als er sich noch in der Sonne kaiserlicher Gnade wärmte, die sich selbst nach seiner Entlassung noch nicht an ihn heranwagten, sondern erst dann den Mut besaßen, gegen ihn loszugehen, da er als Gefangener und Angeklagter so gut wie wehrlos ihren Angriffen gegenüber ist. Wir sind gefeit vor dem Verdacht, mit Eulenburg irgendwie zu sympathisieren. Aber angesichts solcher Machenschaften seiner Feinde, angesichts solch' ausgesucht schoflen Verfahrens, solch' tückischen Ueberfalls muß dem anständigen Menschen der Ekel aufsteigen.

Die Veröffentlichung, mit der dem Liebenberger wieder ein Fußtritt versetzt wird, ist ein Brief, der im Verlauf der bekannten Affäre Pierson geschrieben wurde. Der Verfasser, Vizeoberjägermeister Graf Dohna-Schlobitten, gehört zur näheren Umgebung des Kaisers, den er alljährlich in Pröckelwitz zur Jagd bei sich zu sehen pflegt. Der Brief lautet:

Berlin, den 18. Dezember 1901.

Geehrter Fili!

Es erscheint mir Pflicht, Dir über den Verlauf der Angelegenheit zu berichten, welche der Gegenstand unseres letzten Briefwechsels war. Wie Du weißt, geht meine Auffassung von Freundespflichten sehr weit und rechne ich in erster Linie absolute Wahrhaftigkeit gegenseitig für die vornehmste dieser Pflichten. — Jedenfalls weißt Du schon, daß Bolko (Graf Hochberg) sämtliche Beamte der königlichen Generalintendantur darüber hat vernehmen lassen, ob sie irgend jemand gegenüber (der Name Hülsen-Haeseler wurde natürlich niemanden gegenüber genannt) eine Redensart gleich der, wie Du sie mir von General Hülsen-Haeseler herrührend und Dir gegenüber in Rominten gefallen, mitgeteilt hast, gemacht hätten. (Diese oder vielmehr einige Beamte sollten doch zu Hülsen-Haeseler gesagt haben, daß sie die Bücher so führen mußten, wie sie es nicht verantworten könnten.) Nachdem sämtliche Beamte auf ihren Diensteid versichert, daß sie niemand gegenüber eine solche Redensart gemacht hätten, weil sie unwahr wäre, schrieb Bolko an den General, daß ihm dies mitgeteilt worden wäre, daß er die Beamten hätte verhören lassen und was sie geantwortet. Hierauf schrieb Graf Hülsen-Haeseler, daß er die Geschichte nicht erzählt und sagte mir auf der Hofjagd in der Göhrde, daß er mich versichern könne, in Rominten kein Wort über Bolko und die fragliche Untersuchung mit Dir gesprochen zu haben. Diese Geschichte gemacht respektive erfunden zu haben, bleibt also auf Dir sitzen, und so scheint es auch mit den Enthüllungen der Frau Bach und den nicht bezahlten Rechnungen der Kautskys schließlich auch zu werden. **Du bist ganz einfach so verlogen, daß es mir schwer auf das Gewissen fallen muß, einen solchen Kerl in die intime Gesellschaft unseres geliebten Allergnädigsten Kaisers, Königs und Herrn gebracht zu haben.** Wie soll nun dieser groß und vornehm, vor allem aber durchaus gerecht denkende Monarch von uns denken, wenn das alles einmal bekannt wird? Und daß dies geschieht, wenn Bolko mit seinem Pierson die Generalintendantur auf Seiner Majestät Befehl verlassen müssen, dafür garantiere ich Dir.

Bolko mußte dann, um seine vor der Oeffentlichkeit angegriffene Ehre zu retten, die Machenschaften, die zu seinem Abgange führten, aufdecken, und die Veröffentlichungen zu verheimlichen, Seiner Majestät gegenüber, wird wohl kaum gehen. Wenn Du Dir also dauernd die Freundschaft S. M. erhalten willst, bist Du jetzt in die Zwangslage versetzt, entweder S. M. oder Bolko gegenüber zu erklären, daß Du Dich geirrt, daß Du Herrn Geheimen Regierungsrat Pierson durch Verbreitung derartiger Gerüchte bitter Unrecht getan, weil Du seine Tätigkeit zu beurteilen gar nicht imstande und meinethalben, daß Du selbst getäuscht worden seist oder Dich getäuscht hättest. Es sind nur Deine innigen Beziehungen zu Eberhard und die alte bis jetzt ungetrübte Freundschaft unserer Familien, welche mich vermocht haben, in dieser traurigen Sache noch einmal an Dich zu schreiben. Hoffentlich bist Du mir für diesen Entschluß dankbar. Ich kann nun einmal aus meinem Herzen keine Mördergrube machen.

Richard Dohna-Schlobitten.

Der Brief läßt das Charakterbild des Liebenbergers im bösesten Lichte erscheinen. Aber wie schon die ersten Briefe zur Affäre Pierson, die in den „Dr. N. N." veröffentlicht wurden, in die verzerrten, ungesunden Verhältnisse der Hofgesellschaft hineinleuchteten, so auch dieser. Fürst Dohna-Schlobitten steht nach dem „Berliner Tageblatt" in der Berliner Gesellschaft seines geraden, bis zur Grenze der Rücksichtslosigkeit ehrlichen Charakters wegen in besonderem Ansehen. Dieser gerade, bis zur Rücksichtslosigkeit ehrliche Charakter aber hat nicht vermocht, den Kaiser über die wahren Qualitäten seines intimen Ratgebers aufzuklären. Auch nach der Erledigung der Affäre Pierson, nach der Rehabilitierung des Verdächtigten blieb Eulenburg in der Gunst des Kaisers, übte er einen weitgehenden Einfluß auf die Politik des Deutschen Reiches aus, er, der durch und durch verlogene Kerl, und das Material, das gegen ihn vorlag, wurde nicht benutzt, um ihn unschädlich zu machen. Erst jetzt, da der Mann gestürzt und schon im Schatten des Zuchthauses steht, kommt es ans Tageslicht. Jetzt, wo es niemand mehr nützen, aber dem Gefallenen, dem längst unschädlich Gemachten noch sehr viel schaden kann.

So hängt sich Skandal an Skandal. Wohin man in diesen Affären tastet, überall stößt man auf Fäulnis, auf Geschwüre, auf Korruption, überall steigen übelriechende Dünste auf. Hier verwest eine Kaste, die sich vermißt, ein mündiges Volk für alle Zeit am Kappzaum zu halten.

* * *

Wedel und Eulenburg.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" berichtet seinem Blatt:

Fürst Eulenburg hat erklärt, daß ihm die homosexuellen Dinge mit ihren Nuancen ganz fremd seien. Harden hat in seiner Zeugenaussage angegeben, der Fürst habe von dem homosexuellen Verlag von Max Spohr in Leipzig die einschlägige Literatur bezogen. Diese Literatur wird beinahe nur von Aerzten und von persönlich Interessierten dauernd bezogen. Landgerichtsrat Schmidt ist im Laufe der Voruntersuchung auch dieser Spur nachgegangen und hat in Liebenberg in der Tat sechs Bücher über Homosexualität beschlagnahmt. Diese Bücher lagen dort in einem Umschlag, auf den Fürst Eulenburg mit eigener Handschrift geschrieben hatte: „Graf Edgar Wedel."

Kammerherr Graf Edgar Wedel, auch ein von Harden genannter Zeuge, wurde in der Voruntersuchung vernommen und erklärte, die Bücher gehörten nicht ihm. Als Landgerichtsdirektor Kanzow das in der Hauptverhandlung dem Fürsten Eulenburg vorhielt, mußte dieser zugeben, daß die Bücher nicht dem Grafen Wedel, sondern ihm selbst gehören. Er sagte: „Ich bin ein kranker Mann, der jeden Tag sterben kann. Da es nun auffallen könnte, wenn in meinem Nachlaß solche Bücher gefunden würden, habe ich den Namen meines alten Freundes Wedel darauf geschrieben." Dieses Zugeständnis des Fürsten machte einen für ihn sehr ungünstigen Eindruck, und der Vorsitzende verbarg nicht, daß er diese Art, einen anderen vorzuschieben und in Verdacht zu bringen, recht unschön finde. Darauf sagte Fürst Eulenburg: „Ich gebe zu, daß es unrecht war. Aber Graf Wedel ist Junggeselle, und ich dachte, es könne ihm weiter nichts schaden." Auf die Frage, warum er denn diese Bücher angekauft habe, antwortete der Fürst, sie seien ihm ins Haus geschickt worden. Auch habe man versucht, ihn für die Agitation gegen den § 175 zu interessieren. Auf den Vorhalt, daß man Bücher, die einem ohne Auftrag ins Haus geschickt werden, doch nicht so sorgsam aufbewahren und noch als einem anderen gehörig bezeichnen müsse, sie vielmehr einfach wegwerfen könne, mußte Fürst Eulenburg die Antwort schuldig bleiben. Vermutlich wird dieser Punkt noch durch die Vernehmung des Buchhändlers Spohr aufgeklärt werden, der ausgesagen haben wird, ob er

Wirklich diese Bücher einem Manne vom Range des Fürsten Eulenburg ohne Auftrag ins Haus geschickt habe.

Interessant ist dabei, daß Fürst Eulenburg zugab, mit dem Grafen Wedel intim befreundet zu sein. Graf Wedel, dem als einem seitens des Fürsten Eulenburg Empfohlenen erst von dem regierenden Kaiser der Grafentitel verliehen wurde, ist ein auch der Polizei längst bekannter Homosexueller, zu dessen „Teeabenden" im Prinzessinnenpalais die meisten hochgestellten Homosexuellen zu kommen pflegten. Graf Wedel soll vor einigen Jahren in München in den Anlagen links von der Isar in unzweideutiger Situation mit einem Manne betroffen und auf die Sendlinger Torwache gebracht worden sein. Die polizeilichen Protokolle, die damals mit ihm aufgenommen wurden, hat Landgerichtsrat Schmidt, der jetzt die Untersuchung gegen den Fürsten Eulenburg geführt hat, nachdem Maximilian Harden ihn darauf hingewiesen hatte, in München gefunden; eine Abschrift dieser Protokolle ist dann von der Behörde an den Oberstkämmerer Fürsten Solms-Baruth geschickt worden. Fürst Solms hat dem Kaiser Vortrag gehalten, der verfügte, Graf Wedel müsse sofort die Dienstwohnung räumen, die Titel eines Kammerherrn und Zeremonienmeisters ablegen und solle außerdem vor ein Ehrengericht gestellt werden.

Statistisches zur Berliner Landtagswahl.

Das „Berliner Gemeindeblatt" veröffentlicht einige statistische Zahlen über die Hauptergebnisse der im Jahre 1908 in Berlin vollzogenen Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause. Aus diesen Zahlen ist zunächst hervorzuheben, daß sich die Gesamtzahl der stimmberechtigten Wähler sämtlicher Abteilungen von 452 264 im Jahre 1903 auf 482 719 im Jahre 1908 vermehrt hat. Von dieser Wählerzahl waren stimmberechtigt in der dritten Abteilung 395 557 gegenüber 401 988 im Jahre 1903, so daß sich die Zahl der Wähler in der dritten Klasse um 6431 vermindert hat. Die Zahl der Wähler zweiter Abteilung hat sich infolge der stärkeren Heranziehung der minderbesitzenden Schichten zur Steuerleistung von 42 884 im Jahre 1903 auf 75 043 gehoben, die Zahl der Wähler erster Abteilung von 7392 auf 12 119.

Die Wahlbeteiligung ist diesmal eine wesentlich stärkere als im Jahre 1903 gewesen. Trotzdem die Zahl der Wähler dritter Klasse um 6431 gesunken war, nahmen doch 40 598 Wähler mehr an der Abstimmung teil als im Jahre 1903, nämlich 195 490 gegenüber 154 892 im Jahre 1903. Die Wahlbeteiligung in der dritten Wählerklasse schwankte in den 12 Berliner Wahlkreisen zwischen 35,06 Proz. und 61,15 Proz. Diese letztere stärkste Wahlbeteiligung war im 5. Berliner Landtagswahlkreise zu verzeichnen. Auch der 11. Wahlbezirk wies in der dritten Klasse eine Beteiligung von 60,9 Proz. der Wähler, der 9. Wahlbezirk eine solche von 59,14 Proz. der Wähler auf. Noch größer war die Wahlbeteiligung dieser Kreise in der ersten und zweiten Abteilung. Die stärkste Wahlbeteiligung wies in der zweiten Abteilung der 5. Berliner Landtagswahlkreis auf, indem 64,50 Proz. der Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten; dahinter kam der 11. Wahlkreis mit 64,22 Proz. und der 9. Wahlkreis mit 59,78 Proz.

Im ganzen betrug die Wahlbeteiligung in allen drei Klassen zusammengenommen im 1. Kreise 36,43, im 2. 38,51, im 3. 49,09, im 4. 49,86, im 5. 61,86, im 6. 51,26, im 7. 53,96, im 8. 44,17, im 9. 59,29, im 10. 47,54, im 11. 61,23 und im 12. 50,51 Proz. der Wahlberechtigten. Im Durchschnitt über alle Berliner Wahlkreise war die Beteiligung **50,55 Proz.** gegen **39,70 Proz.** im Jahre 1903.

Eine Etatsdebatte.

Aus Wien wird uns vom 4. Juli geschrieben:

Der österreichische Parlamentarismus hat eine Riesenleistung hinter sich, die ihm sobald kein anderer Gesetzgebungskörper nachmachen wird. Die Riesenhaftigkeit ist allerdings absonderlicher Art: die Leistung ist nämlich groß in der Quantität. Man kann also nicht berichten, daß der österreichische Reichsrat ein besonders schwieriges, ein irgendwie bedeutsames, nicht einmal ein dem Umfange nach großes Gesetzgebungswerk vollendet habe, die Leistung enthält nicht mehr als die Erledigung des Staatsvoranschlages (Etats), die wohl in keinem Parlament als eine ungewöhnliche Sache gewertet werden wird. Aber für das österreichische Abgeordnetenhaus, das in allen Formen und Lebensäußerungen wirklich ein sehr merkwürdiges Parlament ist, war die Leistung keine Kleinigkeit, und die Art, wie sie zustande gebracht wurde, ist vielleicht ein parlamentarisches Unikum.

Eingebracht wurde das Finanzgesetz samt dem dazu gehörigen Voranschlag von der Regierung am 5. November 1907, überwiesen wurde es dem Budgetausschuß nach der ersten Lesung am 21. Dezember, und seinen Bericht hat der Budgetausschuß am 11. Mai vorgelegt. Die Länge dieser Kommissionsberatung, fast fünf Monate, erscheint um so auffälliger, als ihr zuliebe das Haus mit seinen Beratungen nicht weniger als dreieinhalb Monate gänzlich ausgesetzt hatte. Allerdings werden dem Ausschuß nicht wie im deutschen Reichstag nur bestimmte Teile des Etats zugewiesen, sondern er muß vollständig einer Vorberatung unterzogen werden; diese ist bei Regierungsvorlagen überhaupt obligatorisch. Diese Ausschußberatung war aber keine bloße Vorberatung, sondern eine regelrechte Budgetdebatte, in der von den Zahlen des Etats blutwenig, wohl aber unausgesetzt von Klagen und Beschwerden über die Verwaltung die Rede war. Die Plenarverhandlung selbst konnte nur im Wege eines sogenannten Dringlichkeitsantrages geschehen. Ueber eine Tagesordnung hat das neue Abgeordnetenhaus noch niemals verhandelt; die ist unausgesetzt mit Dringlichkeitsanträgen blockiert, zu deren Einbringung, bei Initiativanträgen überhaupt, nur zwanzig Unterschriften nötig sind, und die nach der Geschäftsordnung „sofort" zu verhandeln sind, wenn sie auch manchmal wegen ihres Andranges monatelang liegen bleiben. Aus diesem Engpaß hat die Regierung nun insofern einen Ausweg gefunden, als sie jetzt ihre eigenen Vorlagen als Dringlichkeitsanträge einbringen läßt und die Blockade der Tagesordnung damit durchbricht, daß eine Tagesordnung neben der Tagesordnung, eine Tagesordnung der Dringlichkeitsanträge, geschaffen wird. Wie man sieht, lauter parlamentarische Spezialitäten.

Nun stand dem Abgeordnetenhause zur Plenarverhandlung bestenfalls ein Monat zur Verfügung. Wie nun mit dem Etat fertig werden, da die Redelust im österreichischen Abgeordnetenhause so ungeheuer? Zu dem Zwecke wurde zwischen den Parteien ein Abkommen getroffen, wonach für die ganze Budgetdebatte zweihundert Stunden festgesetzt werden, die auf die Parteien gemäß ihrer Stärke aufzuteilen seien. Es wurde also die ganze Budgetdebatte „kontingentiert". So „erhielten" beispielsweise die Sozialdemokraten 33½ Stunden, die Christlichsozialen 37 Stunden, der Polenklub 27½ Stunden, die tschechischen Agrarier 11 Stunden, und so ging es fort bis zu den kleinen und kleinsten Parteien, von welchen der vier Mann große Zionistenklub mit 1½ Stunden, der drei Mann starke Klub der Alldeutschen mit 1¼ Stunden bedacht wurde; selbst die „Wilden" wurden nicht vergessen: sie „erhielten" 4 Stunden zugewiesen, alle 21 Parteien des Hauses hatten also ihre Redezeit bestimmt und konnten sie konsumieren nach Belieben: bei welchen Kapiteln und von wieviel Rednern sie wollten. Auf den Tisch des Präsidenten wurde eine Uhr gestellt, nach der jede Redezeit vermerkt und dem „Konto" der betreffenden Partei zur Last geschrieben wurde. Uebrigens sorgten auch schon die Fraktionsgenossen dafür, daß kein Redner zu lange spreche, die ihm im Klub eingeräumte Zeit „überrede": weil eben dann sie zu kurz gekommen wären.

Dieses Abkommen wurde auch getreulich gehalten, und als die zweihundert Stunden ausgeredet waren, wurde die Debatte geschlossen. Dazu waren natürlich auch lange Sitzungen nötig, und die Leistung wenigstens, durch einen Monat jeden Tag mindestens zehn Stunden zu „sitzen", war keine Kleinigkeit. Natürlich konnte es keine Spezialdebatte sein, wie sie in anderen Parlamenten üblich ist, sondern das ganze Zweimilliardenbudget wurde unter einem zur Verhandlung gestellt und in einer einzigen Abstimmung wurde es zum Beschluß erhoben. Originell war die Debatte auch deshalb, weil, mit einziger Ausnahme des Handelsministers, der über sozialpolitische Fragen Aufschluß gab, in ihrem Verlaufe kein einziger Minister, der Finanzminister eingeschlossen, das Wort ergriff. Dennoch hatte die Debatte, ganz abgesehen von dem vielen interessanten Material, das sie zutage förderte, ihren eigentümlichen Wert. Es gelangten nämlich Abgeordnete zu Wort, die sonst auf die Redegelegenheit noch jahrelang hätten warten müssen. Man kann sagen, daß nun fast das ganze Abgeordnetenhaus gesprochen hat, was bei einem Haus mit 516 Abgeordneten, von denen zwei Drittel neue Leute sind, wohl nicht wenig ins Gewicht fällt. Es ist ja nicht bloß Redelust, was die Abgeordneten zum Reden antreibt, es ist auch eine durch den politischen Wettbewerb hervorgerufene Notwendigkeit; und deshalb wird ein Parlament, in dem die „kleinen Leute" des Hauses nicht zu Worte kommen, leicht ein Parlament von Mißvergnügten, deren Stimmung und Verstimmung den ganzen parlamentarischen Betrieb ungünstig belastet. Von der sozialdemokratischen Fraktion dürften in der Budgetdebatte an 60 Abgeordnete zu Worte gekommen sein und sich auf diese Weise die parlamentarischen Sporen verdient haben; eine große Fraktion muß eben auch an die Entwickelung ihres Nachwuchses denken. Ueberdies ist die Erledigung des Etats für Oesterreich auch politisch nicht unbeträchtlich. Denn seit dem Jahre 1896 ist im Reichsrat ein einziges Budget beschlossen worden, in den Flitterwochen Körbers; sonst hat man sich immer mit bloßen Ermächtigungsprovisorien beholfen, die übrigens durch Jahre hindurch mittels des berüchtigten § 14 ,also im Wege des Verfassungsbruches, erfolgt sind. Daß das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes auf die Beseitigung dieser eingewurzelten Schlamperei drängte, offenbart also sicher sein konstitutionelles Gewissen. Diesmal mußte man sich freilich noch mit einem Surrogat einer ernsten Etatsverhandlung begnügen, aber die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß aus dem wirren Gange des jungen Parlaments allmählich auch ein fester Schritt sich herausgestalten wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli 1908.

Schaumschlägereien.

In München begann am Sonntag der „liberale Kongreß", d. h. eine Tagung liberaler Kongreßbummler, die dort liberale Phrasen dreschen.

Daß es sich keineswegs um eine Versammlung handelt, die eine Radikalisierung des Liberalismus, einen Ruck nach links einleiten könnte, sondern ausschließlich um eine Veranstaltung, die durch allerhand liberale Phrasendreschereien über die reaktionären Taten des Liberalismus bis zur äußersten Blocklinken **hinwegtäuschen** soll, bewies schon die erste Verhandlung.

Der Führer der „nationalliberalen Jugend", Rechtsanwalt Marwitz, legte der Versammlung allerhand liberale Leitsätze vor, deren einer beispielsweise lautete:

„Das Reichstagswahlrecht ist das beste aller bekannten Wahlrechtssysteme. Es ist daher seine Einführung in die Bundesstaaten grundsätzlich zu fordern."

Natürlich werden nicht nur die Nationalliberalen sich durch die „grundsätzliche" Forderung des Wahlrechts davon abhalten lassen, mit irgendeinem schnöden Klassenwahlrecht vorlieb zu nehmen, sondern auch der Freisinn wird trotz alles „grundsätzlichen" Forderns des Reichstagswahlrechtes sich bei einem allergeringsten Zugeständnis der Regierung bescheiden! Wirbt doch bereits die „Kölnische Zeitung" dafür, daß der Liberalismus sich gerade in der Wahlrechtsfrage **einigen** solle, und zwar einigen solle auf eine „Wahlrechtsreform" in dem Sinne, daß Alter, Bildung, berufliche Selbständigkeit usw. (das usw. bedeutet **Besitz** und **Einkommen**) berücksichtigt werden sollen. Der Freisinn wird es denn auch an einem solchen Entgegenkommen sicherlich nicht fehlen lassen! Die „grundsätzliche" Betonung der Forderung des Reichstagswahlrechtes durch einen Nationalliberalen hat also nicht die allergeringste Bedeutung, sofern sie nicht eine absichtliche Verschleierung des bevorstehenden Wahlrechtsverrates des Liberalismus sein soll!

Wie wenig hinter dem Gerede auf dem liberalen Kongreß steckt, bewies auch folgende Episode: Dr. Brunhuber-Köln, ein nationalliberaler Schriftsteller, wandte sich gegen das von der offiziellen Leitung der nationalliberalen Partei empfohlene Pluralwahlrecht und brandmarkte insbesondere, daß in Berlin die Jungliberalen von ihrer Parteileitung aufgefordert seien, für den Konservativen gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. Man dürfe nicht nur auf Kongressen liberal sein, sondern müsse seinen Liberalismus auch durch die Tat beweisen! Gegen diese Ausführungen wandte sich der Landtagsabgeordnete Günther mit der Bemerkung, daß hier eine Einigungsverhandlung stattfinde, in der nur das verhandelt werden dürfe, was alle Liberalen einige. Und der Führer der nationalliberalen Jugend, Rechtsanwalt Dr. Marwitz, entschuldigte das Eintreten der nationalliberalen Jugend für den Konservativen in Berlin damit, daß ja auch die Freisinnigen den Appell an ihre Wähler gerichtet hätten, im Wahlkreise Moabit für die konservativen Wahlmänner zu stimmen!

Es handelt sich also nur um liberale Schaumschlägereien, um eine Dupierung, eine Täuschung der Oeffentlichkeit, um nichts weiter!

Herr Schöler

versucht seine unglaubliche Tölpelhaftigkeit durch einen neuen Artikel im „Moabiter Bezirksanzeiger" wieder gut zu machen. Unter den unglaublichsten Tatsachen-Verrenkungen und Vergewaltigungen der Logik sucht er den Nachweis zu führen, daß er durch seine Verrufserklärung der von ihm denunzierten Wahlmänner gar keinen Terror begangen habe! Es liegt um so weniger Ursache vor, auf das weitschweifige Gerede des Durchfallskandidaten des 11. Berliner Landtagswahlkreises einzugehen, als ja selbst die hohe Gönnerin und Schildhalterin des Blockfreisinns, die „Deutsche Tageszeitung", den durch Herrn Schöler in seinem Moabiter Leiborgan verübten Terror nicht in Schutz zu nehmen vermochte!

Herr Schöler schließt seinen Verlegenheitserguß mit den Worten: „Nun wird der „Vorwärts" natürlich wieder schimpfen. Was er nur jetzt alles vorbringen wird! Darüber und über noch einiges andere werde ich das nächste Mal berichten." Der Durchfallskandidat für den 11. Berliner Landtagswahlkreis überschätzt wirklich unseren Ehrgeiz. Uns mit seiner interessanten Person und seinem famosen Weltblatt auseinanderzusetzen fühlen wir wirklich nicht den geringsten Beruf. Mag Herr Schöler den 7000 Mk., die ihm sein Durchfall im 11. Berliner Landtagswahlkreis gekostet hat, nach Belieben noch weitere Summen nachschicken, mag er so viel über den „Vorwärts" und „über noch einiges andere" schreiben, wie er will! Wir werden von seiner Existenz nur dann wieder Notiz nehmen, wenn er sich durch neue Terrorismusakte und Durchfallskandidaturen für die Oeffentlichkeit wieder bemerkbar macht. —

Die Lehrermaßregelung,

die wir in unserer Sonntagsnummer mitteilten, wird nicht nur von der konservativen, sondern auch von der blockfreisinnigen Presse einfach **totgeschwiegen!**

Dagegen finden die Organe des Freisinns, die der demokratischen Vereinigung nahestehen, kräftige Töne der Kritik. So schreibt das „Berl. Tagebl.":

> Auch diesmal wieder handelt es sich nicht etwa um einen Kampf der Schule gegen den Lehrer von Josefowo, sondern um einen Kampf des Byzantinismus, um einen Kampf der Reaktion gegen die Schule. Es ist ein ebenso altes wie wahres Wort, daß, wer die Schule hat, auch die Macht hat. Die regierenden Gewalten, die in unseren Tagen ihrerseits wieder völlig und ausschließlich von der blindesten und rücksichtslosesten Reaktion beherrscht werden, haben bekanntlich von je die Aufgabe der Schule darin erblickt, alle geschichtlichen Tatbestände im dynastischen Interesse umzubilden, nun stellen sie die Schule auch noch — was nicht dasselbe ist — in den Dienst des Byzantinismus. Die Jugend des Volkes darf, um „loyal" und um „religiös" zu bleiben, möglichst wenig lernen. Nicht nur die Schule aber muß zu solchem Ende auf einem gewissen Tiefstand erhalten werden, auch über dem Lehrer muß alleweil die Knute geschwungen werden.

Die „Volkszeitung" bemerkt:

> So verfuhr die preußische Regierung mit diesen beiden Sündern, und die „gutgesinnte", das heißt reaktionäre Presse wird darob in ein Beifallsgebrüll ausbrechen, denn nur wer einen neuen Rekord im Byzantinismus aufstellt, gilt bei ihr als „Patriot"; wer aber es wagt, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, der wird gekreuzigt und verbrannt. Einst, zur Zeit der ärgsten Verfolgungssucht gegenüber allen „revolutionärer" Gesinnung Verdächtigen, sang der Volkswitz ingrimmig:
>
> „Wer die Wahrheit kennet und sagt sie frei,
> Der kommt gewiß auf die Stadtvogtei."
>
> Heute sind wir wieder so weit. Wir werden noch viel weiter kommen, nämlich auf der abschüssigen Bahn, wenn das System „Gehorchen, Steuern zahlen, Maul halten" sich weiter so betätigt, wie es hier wieder einmal geschehen ist. Und eine sich freisinnig nennende Partei wagt es, die Politik einer solchen Regierung zu unterstützen!

Der Blockfreisinn, wie gesagt, schweigt sich über die skandalöse Maßregelung zweier Lehrer einstweilen völlig aus! —

Die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen.

Das Ergebnis der am 5. Juli erfolgten Mülhauser Gemeinderatsnachwahlen ist, wie vorauszusehen war, bei etwas schwächerer Wahlbeteiligung die Wahl der letzten fünf bürgerlichen Scharfmacherkandidaten mit rund 1000 Stimmen Mehrheit: 6800 bürgerliche gegen 5700 sozialdemokratische Stimmen. Die sozialdemokratische Liste erreichte wieder ihre 45 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Damit hat die Stadt Mülhausen eine ausgesprochen klerikale Mehrheit — mit Hülfe der Demokraten und Liberalen.

Ueber weitere Resultate der Gemeinderatswahlen wird uns gemeldet:

Es wurden gewählt: in Ober-Grafenstaasen 11 Sozialdemokraten; in Daar erhielten wir vier Sitze; in Metz wurde ein Sozialdemokrat gewählt; in Saargemünd ist ein Genosse gewählt; in Eschau vier Sozialdemokraten; in Bischweiler ein Sozialdemokrat; in Hagenau kein Sozialdemokrat (hier drang die ganze klerikale Liste durch).

Die allgemeine Situation ist demnach so, daß wir jetzt in den größten Städten: Mülhausen, Colmar, Metz, Straßburg überhaupt nicht vertreten sind, während wir in den kleineren Orten unsere Positionen behaupten bezw. hier und da neue Mandate gewinnen konnten.

Das Gefasel in der bürgerlichen Presse über unsere „Wahlniederlage" bei den Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen ist durchaus ungerechtfertigt. Zunächst darf man bei Betrachtung der Wahlergebnisse niemals außer acht lassen, daß das elsaß-lothringische Gemeindewahlrecht ein Klassenwahlrecht zugunsten der Besitzenden ist, das den Volkswillen gefälscht zum Ausdruck bringt. Während Hausbesitzer, selbständige Gewerbetreibende und öffentliche Beamte die Wahlberechtigung haben, sobald sie ein Jahr in der Gemeinde ansässig sind, steht dem Proletarier die Ausübung des Wahlrechts erst nach dreijährigem Wohnsitz in der Gemeinde zu — ein Klassenunrecht, das zur Folge hat, daß z. B. in Mülhausen die Zahl der Reichstagswähler am 25. Januar 1907 um nahezu 3000 höher war, als trotz eingetretener Bevölkerungsvermehrung die Zahl der Gemeindewähler am 28. Juni 1908. Nur diesem Umstande, der die politische Partei des Proletariats, die Sozialdemokratie, um wenigstens 2000 Stimmen hier benachteiligt, verdankt der klerikal-liberal-demokratische Wahlblock in Mülhausen den diesmaligen Sieg. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent betrug der Durchschnitt der auf den bürgerlichen Block entfallenen Stimmen 8120, der Durchschnitt der Stimmen der sozialdemokratischen Liste 6855, so daß nur ein Abstand von rund 1300 Stimmen besteht. Bei dieser Wahlbeteiligung, die so ziemlich die Grenze alles Erreichbaren auch beim rasendsten Schlepperdienste darstellt, — das Wahlkomitee des Blocks hatte in Mülhausen am Wahltage 35 Droschken und eine Reihe von Automobilen zum Schlepperdienste in Bewegung — erzielte die sozialdemokratische Liste 45 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen, gegen 40 Prozent bei der Ersatzwahl vom 21. Oktober 1906 und 34 Prozent bei der Ersatzwahl vom 12. Juni 1904, ein stetes und sicheres Aufsteigen, das alles andere bedeutet, als ein

Mißtrauens- und Tadelsvotum der Bevölkerung gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Die Sozialdemokratie hat hier im Jahre 1902 durch das Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie die Mehrheit im Gemeinderat erlangt, die im Jahre 1904 durch die nachmalige Spaltung der bürgerlichen Parteien bestätigt wurde, um darauf im Jahre 1906 durch die erstmalige Vereinigung des Zentrums, der Liberalen und der Demokraten gebrochen zu werden. Nun, dieses Wahlergebnis vom 28. Juni 1908, das die sozialdemokratischen Stimmen erneut von vierzig auf fünfundvierzig Proz. der Gesamtwählerziffer steigerte, bedeutet doch nur eine Anerkennung der sozialdemokratischen Kommunaltätigkeit in Mülhausen, und eine unfreiwillige Verbeugung vor dieser Tätigkeit war es auch, daß die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf mit der Erklärung eröffneten, es sollten fünf Sitze (auf insgesamt 36) der Sozialdemokratie überlassen bleiben, um ihr auf alle Fälle eine Vertretung zu sichern. Dieses Versprechen wurde zwar jetzt nach der Hauptwahl gebrochen, und der bürgerliche Block kämpft unter veränderter Flagge mit Aufwand derselben riesigen Geld- und sozialen Machtmittel beim zweiten Wahlgange auch um die letzten fünf Sitze, aber der Umstand, daß man ein solches Versprechen zur Erzielung des Erfolges im ersten Wahlgang für nötig erachtete, enthält eine unfreiwillige Anerkennung der Tätigkeit und Bedeutung der Sozialdemokratie in der Gemeinde.

Da auch in Colmar und Straßburg, wie überhaupt überall, unsere Stimmenzahl prozentual mehr gestiegen ist, als die Stimmenzahl der vereinigten Gegner, so hat die bürgerliche Presse wirklich keinen Grund zu Jubelhymnen. —

Abwehrstreik gegen politischen Terror.

Aus Kattowitz wird uns durch ein Privattelegramm gemeldet:

Am Sonntag beschlossen in einer Versammlung unter freiem Himmel 2000 Bergleute der Ferdinandsgrube in Kattowitz nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Korfanty, am 20. Juli in den Streik zu treten, wenn nicht bis dahin die wegen der Landtagswahlen gemaßregelten Bergleute wieder eingestellt sowie die Achtstundenschicht, eine zehnprozentige Lohnerhöhung und eine bessere Behandlung der Arbeiter bewilligt werden. Es wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, die der Verwaltung die Forderung einzureichen hat. Die Bewegung wird geleitet von dem polnischen Arbeiterverein „Gegenseitige Hilfe" in Beuthen.

Der Arbeitskammergesetzentwurf im Württembergischen Landtag.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung über preußische Regierungskunst kam es am Freitag in der Württembergischen Kammer. Die sozialdemokratische Fraktion hatte an die Regierung die Anfrage gestellt, ob sie bereit sei, Auskunft darüber zu geben, welche Stellung sie im Bundesrat zu dem im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern einzunehmen gedenke. Die Anfrage wurde vom Arbeitersekretär Gen. Mattutat begründet. Er zeigte die Unsinnigkeiten des Gesetzentwurfs auf. Seine Kennzeichnung der preußisch-sozialen Geheimratsweisheit löste wiederholt zustimmende Heiterkeit aus. Dem preußischen Gesetzentwurf stellte er schließlich folgenden Antrag gegenüber:

„Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen:

Im Bundesrat für die Schaffung von Arbeiterkammern auf territorialer Grundlage mit Abteilungen für die wichtigsten Industrie- und Gewerbezweige als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretung einzutreten. Die Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Anträge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschwerde zu führen, bei der Veranstaltung von Enqueten und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken."

Weiter verlangt der Antrag, daß in den Kammern alle in Bergbau, Industrie und Handel, Verkehr und Landwirtschaft tätigen Personen Vertretung finden sollen. Die Wahl der Kammermitglieder soll auf Grund von Verhältniswahlen bei gleichem, direktem und geheimem Stimmrecht erfolgen, und zwar sollen alle Großjährigen beiderlei Geschlechts wahlberechtigt sein. Den Arbeiterkammern übergeordnet soll als selbständige Reichsbehörde ein Reichsarbeitsamt errichtet werden.

Unserem Genossen antwortete sofort Ministerpräsident von Weizsäcker. Er meinte, der Entwurf befinde sich noch im Stadium vorbereitender Besprechungen in den zuständigen Instanzen des Bundesrats. Er könne deshalb noch keine Mitteilungen machen über die Stellungnahme der Regierung. Im weiteren teilte der Ministerpräsident noch mit, daß der Gesetzentwurf der Regierung vor der Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" nicht bekanntgegeben sei. Das Bekanntwerden dieser preußischen Praxis den Bundesstaaten gegenüber erregte Erstaunen und Entrüstung. Nach Mattutat nahm noch Genosse Reichel den Gesetzentwurf unter die Lupe. Das bemerkenswerteste an der Debatte war, daß auch nicht eine bürgerliche Partei den Gesetzentwurf zu verteidigen wagte. Alle — mit Ausnahme der Volkspartei — waren darin einig, daß mit dieser Leistung Berliner Regierungsweisheit so gut wie gar nichts anzufangen sei. Der Volkspartei des Herrn Payer allein war diese Erkenntnis noch nicht aufgegangen. Das Machwerk zu verteidigen wagte aber auch sie nicht. Schließlich wurde ein Antrag Keil angenommen, der besagt, daß der Gesetzentwurf keine geeignete Grundlage zur Schaffung einer Arbeitervertretung sei. Die Volkspartei enthielt sich der Abstimmung! Einstimmig wurde sodann noch beschlossen, den Antrag Mattutat an die zuständige Kommission zu verweisen.

Genosse Karl Liebknecht

schreibt uns:

Wie ich der „Bremer Bürgerzeitung" vom 30. Juni entnehme, schreiben Sie zu dem auf meinen Wunsch im Abgeordnetenhause unterbliebenen Antrag auf Aussetzung des Ehrengerichtsverfahrens: „Es liegt dem Genossen Liebknecht daran, vor aller Welt sein Sicherheitsgefühl im Disziplinarverfahren an den Tag zu legen."

Ich bitte, bemerken zu dürfen, daß mir eine solche pathetische und überflüssige Demonstration nicht in den Sinn gekommen ist. In irgendeinem Prozeß mit seinem Sicherheitsgefühl zu prunken, könnte wohl nur einer Kombination von Glücksspielern und milos gloriosus beifallen. Es paßt mir nicht, im Kampfe um die — wenn auch nur instanzmäßige — Beurteilung meiner Berufsehre — mag dieser Kampf so ausschließlich politisch sein, wie er will — hinter der Immunität und gar einem Beschluß des Junkerparlaments — mag es sich dabei auch nur um eine Betätigung des gewöhnlichen parlamentarischen Anstandes handeln — Deckung zu suchen; und es paßt mir nicht, den wohlwollenden Bemühungen meiner Verfolger hier formelle Schranken zu setzen.

Das waren die Motive meines Wunsches, der inzwischen ja durch Schließung des Landtages die Aktualität verloren hat.

Mit freundlichen Grüßen Ihr
Dr. K. Liebknecht.

Nachsatz der Redaktion: Wir gewähren dieser Zuschrift gern Abdruck, wenn es uns auch scheinen will, als gebe Genosse Liebknecht unserer Notiz vom 30. v. M. eine keineswegs notwendige Auslegung. —

Schweiz.

Verfassungsrevision.

Bern, 5. Juli. In der heutigen Volksabstimmung wurde die von der Bundesversammlung vorgeschlagene Verfassungsrevision, wonach der Bund das Recht der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung erhält, mit 223 508 Ja gegen 87 851 Nein und mit 21½ gegen ½ Kantonsstimmen angenommen. Das Initiativbegehren betreffend Verbot des Absinth wurde mit 223 347 Ja gegen 134 502 Nein und mit 20 gegen 2 Kantonsstimmen angenommen.

Keine Verwendung von Bleiweiß.

Bern, 6. Juli. Der Bundesrat beschloß, sämtliche eidgenössischen Verwaltungen anzuweisen, bei der Vergebung oder Regieausführung von Malerarbeiten für den Anstrich von Innenräumen die Verwendung von Bleiweiß auszuschließen.

Frankreich.

Protest gegen den Zarenbesuch.

Die Vereinigung der Sozialisten des Seine-Departements veranstaltete am Sonnabend abend eine Protestversammlung gegen die Reise des Präsidenten Fallières nach Rußland. 2000 Personen nahmen daran teil, unter ihnen viele russische Flüchtlinge. Die Redner kündigten an, daß diese Versammlung nur das Vorspiel zu einer allgemeinen Protestbewegung in ganz Frankreich bilde. In der Versammlung sprachen außer dem Russen Roubanovitch die Abgeordneten Allard, Vaillant, Sembat und andere. In der angenommenen Resolution wird auf das heftigste protestiert gegen den Besuch eines republikanischen Präsidenten bei einem Despoten, der durch seine Infamien den traurigen Ruhm des blutigen Sultan Abdul Hamid in Frage stellt. Dann fährt die Resolution fort: „Die Versammlung entbietet ihre Sympathien und ihre Bewunderung den Gefangenen der Schlüsselburg, den heroischen Frauen und den Männern der revolutionären Aktion, die nichts zu entmutigen imstande ist, und versichert sie, daß sie Paris vor der Schande bewahren wollen, beschmutzt zu werden durch die Gegenwart des Zaren, des Mörder seines Volkes, des Ausplünderers Frankreichs. Es lebe die Internationale der Arbeit!"

Aus dem Polizeistaat Clemenceaus.

Paris, 8. Juli. (Eig. Ber.)

Wie die „Humanité" berichtet, hat Clemenceau an alle Polizeikommissäre des Landes ein geheimes Rundschreiben gerichtet, das genaue Erhebungen über die geeinigte sozialistische Partei anordnet. Die Namen und Adressen der Funktionäre der Föderationen, der Delegierten zum Nationalrat und der in der Propaganda besonders tätigen Parteimitglieder sollen festgestellt werden. Was der Ministerpräsident mit dieser an die übelsten Traditionen des Kaiserreiches anknüpfenden Anordnung bezweckt, ist rätselhaft. Sollte man am Ende Vorbereitungen treffen, um die Aktion der Sozialisten gegen ein internationales Abenteuer im kritischen Moment durch einen Gewaltstreich zu verhindern?

Wo die Staatsbürger bei Ausübung ihrer politischen Rechte derart unter Polizeikontrolle stehen, ist es nicht verwunderlich, daß man mit „lästigen" Ausländern wenig Federlesens macht. Die Liste der im bürgerlichen Klasseninteresse Ausgewiesenen wächst immerzu an. Das jüngste, darauf verzeichnete Opfer ist der italienische Arbeiter Luzzini. Seine staatsgefährliche Tätigkeit gipfelte darin, daß er dem Genossen Tarbouriech, der als Anwalt im Auftrage der Liga der Menschenrechte im vorigen Jahre Erhebungen über die Ausweisung der Brüder Gnemmi anstellte, Material lieferte. Die Brüder Gnemmi waren dem Großindustriellen Wendel zuliebe ausgewiesen worden, weil einer von ihnen die in das Departement Meurthe-et-Moselle gezogenen 30 000 Arbeiter zu organisieren versucht hatte. Der andere wurde eigentlich nur so mitgenommen, trotzdem er ein friedlicher Geschäftsmann war und der Politik durchaus fernstand. Luzzini hat allerdings eine Zeitlang auch ein Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache herausgegeben. Und er wurde mit der Ausweisung wohl auch darum bestraft, weil er seine Landsleute aufgefordert hatte, ihren französischen Klassengenossen gegenüber nicht zu Lohndrückern zu werden. Der Millionenprofit der Wendel usw. aber ist ein „nationales Interesse".

England.

Keir Hardie und Eduard VII.

London, 4. Juli. Der „Labour Leader" von gestern enthält einen Bericht über eine Versammlung, in der Keir Hardie auch seinen Ausschluß vom Gartenfest in Windsor besprach. Er sagte: „Ich trat im Jahre 1892 ins Parlament ein. Seitdem habe ich jedes Jahr viele offizielle Einladungen erhalten, die ich unberücksichtigt ließ. Ich war stets republikanisch gesinnt, aber ich habe mich mit republikanischer Propaganda nie befaßt. Der Sturz eines Königs und seine Ersetzung durch einen Präsidenten kann keine einzige der großen sozialen Fragen lösen; das Leben ist zu kurz für Nebensachen; ich beschloß deshalb meine Angriffe gegen das Wirtschaftssystem zu richten, das das Volk zur Sklaverei verurteilt. . . . Warum aber habe ich gegen die Reise des Königs zum Besuche des Zaren protestiert? Weil ich die Methode, die die russische Regierung gegen ein nach Freiheit ringendes Volk anwendet, aus ganzem Herzen hasse. Es sind barbarische Methoden. Deshalb protestierte ich in Versammlungen und im Parlamente gegen die Reise des Königs. Die Einladung zum Gartenfeste in Windsor blieb deshalb aus. . . . Ich habe bereits erklärt, daß ich derartigen Einladungen nie folgen werde. Dennoch kann ich nicht gestatten, daß mir meine Rechte als Parlamentsmitglied beschnitten werden. Ich erhalte diese Einladungen, nicht weil ich Keir Hardie heiße, sondern weil ich Mitglied des Unterhauses bin, und wenn ich gut genug bin, einen parlamentarischen Wahlkreis zu vertreten, bin ich auch gut genug, dem Gartenfeste in Windsor beizuwohnen. Was wir dagegen machen werden, weiß ich noch nicht, aber es ist sicher, daß diese Angelegenheit nicht ohne Protest ablaufen kann."

Ein Rauchverbot für Kinder.

London, 5. Juli. An dem Gesetz betr. das Rauchverbot für Kinder unter 16 Jahren hat die parlamentarische Kommission in 16 Sitzungen 363 Abänderungen vorgenommen, von denen die meisten das Zigarettenrauchen betreffen. Der abgeänderte Entwurf gestattet Kindern unter 16 Jahren das Kaufen von Zigaretten, wenn sie von erwachsenen Personen hiermit beauftragt worden sind. Die Schutzleute, Parkwächter und andere staatliche oder städtische Beamte in Uniform sind befugt, Kindern unter 16 Jahren, falls sie beim Rauchen erwischt werden, die Zigaretten abzunehmen, es ist den Beamten jedoch nicht erlaubt, die Taschen der betr. Kinder zu durchsuchen. Jedes beim Zigarettenrauchen oder Kaufen von Zigaretten betroffene Kind wird seinen Eltern gemeldet. Im Wiederholungsfalle erfolgt zweimaliger Verweis und beim dritten Male treten Geldstrafen von 5 Sh. ein.

Rußland.

Das illusorische Budgetrecht.

Petersburg, 5. Juli. Nachdem die Einigungsverhandlungen zwischen dem Reichsrat und der Reichsduma in der Frage der Bewilligung von 11 250 000 Rubel zum Bau von Panzerschiffen gescheitert sind, tritt der § 13 des Etatsgesetzes in Kraft, demzufolge das vorjährige Budget in Geltung bleibt, das der Regierung Mittel zum Bau von Panzerschiffen zur Verfügung stellte. Der Finanzminister hat am 27. Juni im Reichsrat erklärt, die Regierung werde gegebenenfalls diesen Paragraphen anwenden.

Kampf mit „Anarchisten".

Shitomir (Gouvernement Wolhynien), 4. Juli. Einer Anarchistenbande ist man hier auf die Spur gekommen. Bei ihrer Verhaftung durch Gendarmen leisteten die Mitglieder energischen Widerstand. Schüsse wurden gewechselt, durch die drei Anarchisten getötet und drei verwundet wurden. Sechs Gendarmen wurden verwundet, von denen einer gestorben ist. Dreizehn Anarchisten sind verhaftet worden.

Persien.

Das Wüten des Schah.

Der Schah von Persien setzt trotz seiner Versprechungen sein Henkerwerk fort. Wie dem „L.-A." aus Teheran telegraphiert wird, sucht er sich aller Führer des Aufstandes zu bemächtigen. So wurde einer der gesuchtesten Revolutionäre, Sejed Chemal, als Soldat verkleidet in Hamadan verhaftet. Er wird nach Teheran gebracht, wo die Todesstrafe seiner wartet. Er war während des Bombardements entflohen. Die höchsten Führer der schiitischen Religion in Redshef sollen eine Bitte um Hilfe gegen das Vorgehen des Schahs an die deutsche und englische Regierung gerichtet haben. Der englische Geschäftsträger, dessen Abberufung der Schah verlangt hatte, wurde nicht abberufen, sondern soll durch Verleihung eines hohen englischen Ordens ausgezeichnet worden sein. Da in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend die englische Gesandtschaft wiederum durch 60 Kosaken schärfstens überwacht und beobachtet wurde, hat der Geschäftsträger dies für einen Akt der internationalen Unhöflichkeit erklärt; er verlangt eine offizielle Entschuldigung der persischen Regierung durch Besuch in Uniform seitens des Ministers des Aeußern und des Kriegsministers.

In Täbris dauert von dort eingetroffenen Nachrichten zufolge das Blutvergießen fort. Die indisch-europäischen Telegraphenleitungen wurden durchschnitten, und um 2 Uhr nachts war die Verbindung nach Teheran und Europa noch nicht hergestellt.

Indo-China.

Annamitische Revolutionäre.

Im französischen Ostasien ist seit einigen Monaten eine Volksbewegung im Gange, die die Regierungskreise auf das höchste zu beunruhigen beginnt. Der vor einigen Tagen gemeldete Versuch einer Massenvergiftung von Soldaten in Hanoi — eine Begebenheit, die man allerdings nicht ohne weiteres den Revolutionären wird in die Schuhe schieben dürfen — scheint anzudeuten, daß die Situation der europäischen „Herren" in dem schamlos ausgeplünderten Land kritisch wird. Eine im „Temps" veröffentliche Korrespondenz gibt ein merkwürdiges Bild der annamitischen Volkserhebung. Danach ist man versucht, zu glauben, daß die Vergiftungsaffaire isolierten Fanatikern zur Last fällt, sofern sie nicht überhaupt erfunden ist, um den Chefs der Kolonialverwaltung den Vorwand für eine gewaltsame Unterdrückung der Opposition zu liefern. Denn die revolutionären Annamiten geberden sich eher wie Anhänger Leo Tolstois, denn wie mit Dolch und Gift arbeitende Terroristen. Sie kommen in imposanten Massen vor den Sitzen der französischen Behörden zusammen, lassen sich aber — wie der gewiß einer Sympathie für sie unverdächtige Berichterstatter bezeugt — mit seltenen Ausnahmen zu keiner Gewalttätigkeit hinreißen. Die ehemals bei Volksbewegungen üblichen Fälle von Piraterie kommen diesmal so gut wie gar nicht vor. Die Massen beobachten eine passive Ruhe, die den gemeinsamen Protest gegen den jetzigen Zustand kundgibt. Kein einziger Telegraphendraht ist zerschnitten worden, selbst nicht in den erregtesten Gegenden. Die Post verkehrt ungehindert. Die meisten Manifestanten tragen kurz geschorenes Haar nach japanischem Vorbild. Sie sind mit gesuchter Einfachheit gekleidet, nach dem Rat der in vielen Tausenden unter ihnen verbreiteten japanischen Broschüren, die eine sittliche Reform als Vorbedingung der politischen hinstellen. Sie nehmen den Frauen den Schmuck ab, jedoch ohne Gewaltanwendung, und werfen ihn weg mit den Worten: „Wir sind ein armes Volk und müssen jeden unnötigen Luxus verbannen". Die Demonstrationen nehmen einen wachsenden Umfang an. Am 14. April versammelten sich in Hué vor dem Residenzgebäude über 2000 Eingeborene. Man fand ihre Haltung „drohend" und ließ sie mit den Bajonetten auseinandertreiben. Aber der Korrespondent vermerkt selbst, daß kein einziger von ihnen bewaffnet war. Mitte Mai demonstrierten 4000 Annamiten vor der Zitadelle von Binh-Dinh. In der Umgebung von Bong-son strömten über 20 000 zusammen. Sie überschwemmten in Banden die Dörfer und propagierten die Steuerverweigerung. Den Dorfoberhäuptern und den angesehensten Bewohnern schnitten sie die Haare kurz und nahmen ihnen die Gewänder, die ihnen zu luxuriös schienen. — Es scheint übrigens, daß die Bewegung einen lediglich sozialen Charakter hat und nicht europäerfeindlich ist. Denn der Korrespondent des „Temps" will einen Teil der Schuld dem europäischen Redakteur einer tonkingesischen Zeitung zuschieben, die bis in die kleinsten Dörfer angeblich „anarchistische" Gedanken trägt. Der Verruchte soll sogar schon die „Internationale" vor annamitischen Ohren gesungen haben.

Marokko.

Azemur.

Man weiß, daß es ursprünglich hieß, daß nicht französische, sondern Truppen Abdul Asis' Azemur besetzt hätten. In Wirklichkeit sind aber diese Truppen, wie jetzt bekannt wird, zwar gegen Azemur marschiert, aber von den Truppen Muley Hafids zersprengt worden. Sie hatten 10 Tote und 28 Verwundete. Dies gibt auch eine gewisse Erklärung des Vorgehens des Generals d'Amade.

Paraguay.

Sturz der Regierung.

Buenos Aires, 6. Juli. Der Minister des Aeußeren erhielt von der Gesandtschaft in Asuncion ein Telegramm, in dem diese mitteilt, daß die Revolutionäre die alte Regierung gestürzt und eine neue unter der Präsidentschaft des bisherigen Vizepräsidenten Dr. Emiliano Gonzales Naveiro eingesetzt hätten. Mehrere Minister seien geflohen. Die argentinische Gesandtschaft habe Asuncion verlassen.

Die internationale Jugend.

Meine Antwort an den Genossen Schmidt kann um so kürzer sein, je weniger dessen von einer saftigen Invektive gekrönte Entgegnung von sachlichem Inhalt beschwert ist. Daß meine Feststellungen ins Schwarze getroffen haben, zeigt die Tatsache, daß es Schmidt aber auch nicht in einem einzigen Falle gelungen ist, meine Behauptungen zu entkräften. Wenn Schmidt schließlich erklärt, daß die auf der Internationalen Jugendkonferenz angenommenen Resolutionen für jeden „Einsichtigen" auch ein politisches Programm enthalten, so kann ich zwar nicht umhin, diese Inter-

prekatignskunst zu bewundern, muß aber ablehnen, ihr zu folgen, denn sie ist verwandt mit den Künsten preußisch-sächsischer Polizeipraxis nach dem Grundsatz: „Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter!“ Nachdem ich Schmidt nachgewiesen habe, daß seine Worte über die internationale Jugendkonferenz nichts weniger als objektiv waren, kann mich sein Vorwurf leichtfertiger Kritik nur belustigen. Mit der gleichen heiteren Gelassenheit nehme ich auch die Blüte des Schmidtschen „Guten Tones“ hin, daß ich durch die Jugendorganisation noch nicht aus den Flegeljahren herausgehoben worden sei. Schmidt bestätigte dadurch nur mit seiner Person die Wahrheit des Dichterwortes:

Ein jeder Mann hat seine Flegeljahre.
Der wird kein ganzer Kerl, der nie ein Flegel war.
Nur freilich, daß es geht, so wie man's treibt:
Mancher sein Lebtag bloß ein Flegel bleibt.

Im übrigen zeigt ein Vergleich meiner Erklärung mit der Entgegnung von Schmidt aufs deutlichste, wie er sich um meine Feststellungen herumdrückt.

Otto Krille, Stuttgart.

Aus der Partei.

Aus der pommerschen Organisation. Die Wahlkreise Naugard-Regenwalde und Greiffenberg-Cammin hielten am Sonntag ihre Generalversammlung gemeinsam ab. Die Verhandlungen legten beredtes Zeugnis ab von den Schwierigkeiten, die hier einer proletarischen Klassenorganisation noch im Wege stehen. Vor allen Dingen hindert jeglicher Lokalmangel die Bewegung, doch fehlt es auch vielfach an geeigneten Personen. Greiffenberg-Cammin muß noch von Stettin aus verwaltet werden. Hoffentlich trägt die diesjährige Tagung zu einer Besserung der Verhältnisse bei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eingestelltes Verfahren. Einen Tag vor der Reichstagsstichwahl am 24. Januar 1907 erschien in der „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. unter der Ueberschrift: „Wie unsere nationale Ehre gewahrt wird“ ein Artikel über Kolonial-Greuel mit einem Bild, das 6 Neger am Galgen zeigte. Bild und Text wurden unserem Mannheimer Parteiorgan entnommen, dessen verantwortlicher Redakteur später vom Schwurgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Nach wiederholt stattgefundenen Verhandlungen erkannte am Montag die Strafkammer auf Einstellung des Verfahrens, da der Strafantrag zu spät gestellt worden war.

Gewerkschaftliches.

Neuer Scharfmacherverband.

Ein neuer Unternehmerverband, der sich über die Provinz Hannover, Braunschweig, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe erstreckt, ist soeben in Hannover gegründet worden.

Dieser neuen Gründung, „Verband der Ziegeleibesitzer“, sind bereits 200 Ziegeleibesitzer beigetreten. Hauptzweck der Organisation soll sein: „Herstellung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“; aber auch — und dies ist wohl die Pointe —: „Abwehr unberechtigter Forderungen der letzteren“.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Rohrleger.

nahm eine vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufene allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Stellung. Die Versammlung tagte am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Referent Handke besprach den seitherigen Verlauf der Angelegenheit. Er verwies darauf, daß nach der Kündigung des Tarifs durch die Unternehmer der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband (Wiesenthal) sich beeilt hatte, den Unternehmern seine Genugtuung über die Kündigung auszusprechen und dann auch Forderungen für die Tarifberatung aufzustellen. Das sei ein ganz verkehrtes Vorgehen. Die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei die: Selbstverständlich darf eine Vorlage zu einem neuen Tarif nicht einseitig von den Unternehmern aufgestellt werden, sondern beide Teile müssen daran mitwirken. Nachdem aber die Unternehmer den Tarif gekündigt haben, sei es ihre Sache, Vorschläge darüber zu machen, wie sie sich die Gestaltung des neuen Tarifs denken. Der Allgemeine Verband sei ja inzwischen darüber belehrt worden, wie die Unternehmer seine Hoffnungen erfüllen, denn es sei ja in den Betrieben die Bekanntmachung erfolgt, daß sich diejenigen Arbeiter, welche weder dem Allgemeinen noch dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehören, melden sollen. Hieraus gehe hervor, daß die Unternehmer, vielleicht durch Gründung einer gelben Gewerkschaft, sich eine Anzahl Arbeitswilliger sichern wollen für den Fall des Kampfes, den die Unternehmer durch die Kündigung des Tarifs eingeleitet haben. Durchaus falsch sei die Angabe bürgerlicher Blätter, wonach die Arbeiter aus Anlaß der Tarifkündigung einen allgemeinen Streik im Rohrlegergewerbe durchführen wollen. Wenn es zum Kampf kommen sollte, dann könne nur das Vorgehen der Unternehmer daran schuld sein und ihre Absicht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. — Am 23. habe die Verbandsleitung ein Schreiben von den Unternehmern erhalten, worin diese mitteilen, daß sie bereit sind, wegen Abschluß eines neuen Tarifs mit einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln, in der nicht nur der Deutsche, sondern auch der Allgemeine Metallarbeiterverband vertreten sein solle. — Hierzu sagte Handke: Der Deutsche Metallarbeiterverband habe seinerzeit den alten Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen. Deshalb könne auch nur diese Organisation für den Abschluß eines neuen Vertrages in Frage kommen. Keine andere Organisation habe etwas damit zu tun. Mit dem Allgemeinen Verband könne sich der Deutsche Metallarbeiterverband nicht einlassen, denn der Allgemeine habe schon mit den Christlichen gemeinsame Sache gemacht; er sei auch den Unternehmern schon zu weit entgegengekommen, auch seien die Anschauungen, welche beide Verbände trennen, so verschieden, daß ein gemeinsames Verhandeln in der Tariffrage ausgeschlossen sei. Andererseits müsse von den Unternehmern erwartet werden, daß sie mindestens Andeutungen darüber machen, welche Aenderungen des Vertrages sie wünschen. Zu Verhandlungen mit den Unternehmern sei der Deutsche Metallarbeiterverband natürlich bereit. Er habe sich auch mit den Verbänden der Kupferschmiede und der Schmiede verständigt, damit sie, soweit ihre Mitglieder im Rohrlegergewerbe beschäftigt sind, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband gemeinsame Sache machen. — Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und der Umgegend nimmt Kenntnis von dem Schreiben der Arbeitgeberorganisation vom 23. Juni und erklärt, daß mit Rücksicht auf die Verdächtigungen und Verleumdungen seitens des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes gegen den Deutschen Metallarbeiterverband von einer gemeinsamen Verhandlung in dieser Tarifbewegung nicht die Rede sein kann, um so weniger, da die große Mehrheit der organisierten Rohrleger und Helfer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind. — Die Versammlung betont ausdrücklich, daß mit diesem Beschluß nicht etwa die Verhandlungen mit den Arbeitgebern prinzipiell abgelehnt sind, sondern beauftragt ihre Vertreter in der Schlichtungskommission, wenn die Arbeitgeber Verhandlungen mit ihnen wünschen, dieselben anzunehmen. Ferner erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß diese Tarifbewegung gemeinsam mit dem Verbande der Kupferschmiede und dem Zentralverband der Schmiede, soweit die Mitglieder beider Organisationen hierbei in Betracht kommen, ausgeübt wird, und beauftragt die Ortsverwaltung resp. die Agitationskommission, mit den betreffenden Organisationsleitungen deswegen zu verhandeln.

Noch eine zweite Resolution fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Zirkular der Unternehmer, nach welchem die Zahl der Unorganisierten festgestellt werden soll. Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der Unternehmer, da durch derartige Maßnahmen ein friedlicher Abschluß des Tarifs ganz bedeutend erschwert wird. Die Versammlung sieht die Bestrebungen der Unternehmer als eine beabsichtigte Gründung eines gelben Rohrlegervereins an. Für jeden organisierten Kollegen ergibt sich hieraus die Verpflichtung, die Bestrebungen der Unternehmer dadurch zu durchkreuzen, daß ein jeder für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach Kräften Sorge trägt, da begründete Ursache vorliegt, alle Nichtorganisierten für Anwärter einer Streikbrecherorganisation zu halten.

Deutsches Reich.

An die Isolierer, Steinholzleger, sowie alle organisierten Bauhandwerker, wie Maurer, Zimmerer, Rohrleger, sowie Maschinisten und Heizer!

Die Isolierer der Firma Haake u. Co. in Celle (Hannover) haben wegen Maßregelung zweier organisierter Kollegen die Arbeit niedergelegt. Diese beiden wurden entlassen, weil sie sich geweigert hatten, mit dem Montagemeister zusammen einen Bau in Akkord auszuführen. Sie verlangten, daß wenn sie dieses täten, der Montagemeister von dem eventuellen Ueberschuß nach Fertigstellung der Arbeit nicht mehr zu beanspruchen habe, als seine (in diesem Fall) Arbeitskollegen. Dieses aber wurde von seiten der Firma nicht nur rundweg abgelehnt, sondern man warf die Leute abendrein aufs Pflaster.

Die Firma, die erst vor ganz kurzer Zeit einige bei ihr beschäftigte organisierte Schlosser, die sich erlaubt hatten, Lohnforderungen zu stellen, aufs Pflaster geworfen hat, ließ sich auf keine Verhandlungen ein. Daher erklärten sich sämtliche organisierten Isolierer mit den Gemaßregelten solidarisch und legten am 30. Juni 28 Mann die Arbeit nieder. Da nun die Firma eine der größten und kapitalkräftigsten in diesem Berufe ist, welche außer dem Hauptgeschäft in Celle noch in Berlin, Breslau, Hamburg, Düsseldorf, wie auch noch in einer großen Reihe anderer Haupt- und Industrieorten Filialen besitzt, so appellieren die im Kampf Stehenden an alle oben angeführten Berufsangehörigen, sie im Kampf mit dieser Firma dadurch solidarisch zu unterstützen, daß man diejenigen, die etwa aus den Filialen Streikarbeiten für diese Firma ausführen sollten, darauf aufmerksam macht, daß sich ihre Kollegen vom Hauptgeschäft im Streik befinden. Die Kollegen in den Filialen aber werden aufgefordert, sich dem Vorgehen der Celler ohne weiteres sofort anzuschließen. Die Konjunktur ist keine schlechte, und wäre die Firma in kurzer Zeit gezwungen, die berechtigten Forderungen ihrer Isolierer anzuerkennen. Der Sieg in Celle aber würde auch sofort den in den Filialen beschäftigten Kollegen zugute kommen, denn ohne Celle ist in den Filialen nichts zu erobern.

Alle Anfragen sind zu richten an den Hauptvorstand des Verbandes der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands, Berlin C 54, Steinstraße 38, oder an H. Niemann, Celle, Restaurant Waßmann, Neuestraße. Die Geschäftsleitung. Hermann Lange.

Der Geheimbund der Bergwerksterroristen gegen die Bergarbeiter.

In zwei starkbesuchten Versammlungen — Gelsenkirchen und Oberhausen — haben die Bergleute des rheinisch-westfälischen Industriebezirks am Sonntag gegen den Zechenschutzverband der Grubenbesitzer Stellung genommen. Die Folgen der Maßregel sind erst im Anrücken und doch zählen die Opfer dieser Maßregel zu tausenden. Wenn etwas die Bergleute aufwecken wird, dann ist es die jetzige Maßnahme der Bergwerksbesitzer. Die Erregung hierüber ist unter den Bergleuten im Steigen begriffen. In der nächsten Zeit werden die Bergleute in zahlreichen Versammlungen sich mit der Angelegenheit beschäftigen. In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige öffentliche Bergarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem ungeheuerlichen Vorgehen der Grubenbesitzer, mißliebige Arbeiter in Massen auf Monate hinaus auszusperren. Sie findet ein solches Vorgehen nicht nur brutal und ungeheuerlich, sondern auch gesetzwidrig, um so mehr, da nicht nur „kontraktbrüchige“ Arbeiter von den Aussperrungsmaßregeln betroffen werden. Eine besondere Beleuchtung findet das Vorgehen der Grubenbesitzer noch durch die Tatsache, daß sie jetzt, in der Zeit der wirtschaftlichen Krise, Tausende von Arbeitern auf Straßenpflaster werfen, während immer noch das Ueberschichtenunwesen blüht und fremde Arbeiter unter trügerischen Versprechungen nach dem Ruhrbecken gelockt werden. — Die Versammlung empfindet diesen Terrorismus der Werksbesitzer als einen Schlag ins Gesicht der Arbeiter und ist empört, daß sich bisher noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der die Werksherren in die gesetzlichen Schranken zurückweist. Um so mehr verlangt die Versammlung ein Vorgehen der Behörden, als die Staatsanwälte bei geringen Vergehen (Streikvergehen, bei Boykotts usw.) sehr oft im Interesse einzelner Unternehmer Arbeiter unter Anklage stellen. Die Maßregelung tausender Arbeiter durch den Geheimbund der Terroristen bedingt absolut das Vorgehen der Behörden im öffentlichen Interesse. Ein Sichgehenlassen der Dinge bedeutet in den Augen der Versammelten nichts mehr und nichts weniger als eine Sanktion der Unternehmerpraktiken durch die Behörden. Dadurch wird das Rechtsempfinden der Bergarbeiter aber schwer verletzt und ihr Glaube an die Unparteilichkeit der Behörden muß in die Brüche gehen. Die Versammlung fordert daher ein baldiges gesetzliches Einschreiten gegen die Zechenterroristen. Das Vorgehen der Werksherren zwingt die Versammlung aber auch, an alle rechtlich denkenden Bergarbeiter die Mahnung zu richten, den Bergarbeiterverband zu stärken. Eine starke, einheitliche Organisation der Bergarbeiter ist die beste Waffe auch gegen den willkürlichen Terrorismus der Grubenbesitzer, der, wenn er in derselben Weise fortgesetzt wird, folgenschwere Wirkungen nach sich ziehen muß.

Ein Kampf ums Koalitionsrecht.

In der Schuhfabrik von Nierth u. Helbig in Dresden befindet sich die Arbeiterschaft seit einiger Zeit wegen erfolgter Lohnkürzungen im Streik. Die Firma wollte an Stelle des bestehenden Lohnsatzes den Akkordlohn einführen, wodurch die Lage der Arbeiterschaft ganz bedeutend verschlechtert würde. Bei einer gemachten Probe mit dem neuen „Lohnsystem“ ist es vorgekommen, daß einige Arbeiter 75 und 82 Pfennig pro Tag!! verdient haben. Die Arbeiterschaft lehnte selbstverständlich das Anerbieten der Firma ab und beschloß, in den Streik zu treten. Bei den von der Organisationsleitung angebahnten Vermittelungen stellte sich nun heraus, was die Firma mit ihrem Vorgehen verfolgte. Man erklärte klipp und klar, es mußte zu einem Streik kommen, alle Arbeiter würden nicht wieder eingestellt und wer von den streikenden Arbeitern auf Wiedereinstellung reflektiere, müsse aus dem Verband treten!! Die Firma erklärt, daß ihr die in ihrem Betriebe vorhandene starke Organisation nicht passe. So ist dieser Kampf zu einem solchen ums Koalitionsrecht geworden, welcher von den Dresdener Unternehmern mit großem Interesse verfolgt wird und für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. In einer Versammlung der Dresdener Schuhmacher, welche sich mit dem Vorgehen der genannten Firma beschäftigte, wurde eine Resolution angenommen, wonach den im Kampfe ums Koalitionsrecht stehenden Kollegen die weitgehendste Unterstützung zugesagt und die örtlichen Instanzen aufgefordert werden, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesen Plan der Unternehmer abzuwehren.

Ausland.

Die Arbeiterkämpfe in Schweden.

Es scheint, daß es dem schwedischen Unternehmertum sehr daran gelegen ist, den Existenzkampf der Hafenarbeiter, wenn irgend möglich, zu einem blutigen Krieg ausarten zu lassen. Ein Vorspiel dazu hat ja, wie Sonntag eine Depesche meldete, bei Lysekil, an der felsigen Küste von Bohuslän, stattgefunden. Man begnügt sich vorläufig damit, Schreckschüsse abzugeben; aber alles deutet darauf hin, daß man auch bereit ist, schwedische Arbeiter zur höheren Ehre des Kapitalismus und seines englischen Streikbrechergesindels mitleidslos niederzuschießen. Nur muß man die Arbeiterschaft erst noch mehr aufhetzen, damit Unruhen entstehen, die ein militärisches Vorgehen „berechtigt“ erscheinen lassen. Die Klassenjustiz trägt auch ihr Teil dazu bei, die Aufregung in der Arbeiterschaft zu steigern. In Malmö hat sich außer dem englischen Streikbrecherführer Collingwoord auch ein schwedischer Kapitän Stenfeldt im Revolverschießen auf die einheimischen Arbeiter geübt. Er kam von seiner Kabine aufs Deck gestürzt und gab plötzlich zwei Schüsse auf die streikenden Arbeiter ab, die am Hafen standen und nach seinem Schiffe hinüberblickten. Glücklicherweise gingen beide Schüsse fehl. Dieser doppelte Mordversuch wurde mit 15 Kronen Geldbuße bestraft, während bekanntlich jener englische Revolverheld gänzlich straflos davonkam. Dagegen hat man in Göteborg einen streikenden Hafenarbeiter, der sich hinreißen ließ, einem Kapitän Schimpfworte zuzurufen und einen Streikbrecher zu schlagen, sofort festgenommen. Er wird jedenfalls auf Grund des schwedischen Zuchthausgesetzes, das für solche Vergehen in Streikfällen viel härtere Strafen vorsieht, als sonst üblich sind, nicht mit Geldbuße davonkommen.

Die Verhandlungen im Hafenarbeiterkonflikt, die auf Beschluß des außerordentlichen Kongresses des schwedischen Gewerkschaftsverbandes wieder angeknüpft wurden, und in Stockholm stattfanden, sind am Freitag wieder einmal ergebnislos verlaufen. Die Arbeitervertreter waren den Unternehmern hinsichtlich des viel umstrittenen „Arbeitsfreiheits“-Paragraphen aufs äußerste entgegengekommen. Sie verlangten dabei auch Arbeitsfreiheit für die Stauereifirmen, die den organisierten Arbeitern einigermaßen wohlwollend gegenüberstehen. Aber die Reedervereinigung möchte die Stauereiunternehmer, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, nach wie vor boykottieren und sie wirtschaftlich zugrunde richten. Eine besondere Stellung im Hafenarbeiterkampf nimmt Norrköping ein, insofern als die schwedischen Reeder und Stauereiunternehmer sich verbündet haben, die dort bestehende Arbeitsgenossenschaft der Stauer zu vernichten, damit die neugegründete Stauerei-Aktiengesellschaft von der ganzen Hafenarbeit den üblichen Mehrwert einheimsen kann. Bei den Verhandlungen in Stockholm machten nun die Arbeitervertreter den Unternehmern in dieser Angelegenheit zwei Vermittlungsvorschläge: entweder sollten der Arbeitergenossenschaft 70 Proz. und der Aktiengesellschaft 30 Proz. der Arbeit im Hafen gesichert werden, oder die Aktiengesellschaft sollte sich mit der Ausbeutung von 70 Arbeitern begnügen, aber was die nicht ausführen können, der Arbeitergenossenschaft überlassen. Aber von diesen beiden Vorschlägen wollten die Unternehmer durchaus nichts wissen. Die Verhandlungen endeten damit, daß man es dem Vermittlungsbeamten anheimgab, eventuell neue Eingungsversuche zu machen.

Inzwischen hatten in Göteborg lokale Verhandlungen stattgefunden, die auch zu keinem Ergebnis führten. Die Vertreter beider Parteien sprachen jedoch die Hoffnung aus, daß in Stockholm die Verhandlungen zwischen den Hauptorganisationen zur Beilegung des Kampfes führen möchten.

Zu gleicher Zeit wurde in Stockholm auch über den großen Kampf im Baugewerbe verhandelt. Hierbei kam ein vorläufiges Uebereinkommen zustande, wonach der Zentrale Arbeitgeberverband die zum 4. Juli angekündigte Ausdehnung der Generalaussperrung auf ganz Schweden bis zum 11. Juli hinausschob.

Versammlungen.

Vor den Brauereihandwerkern, Maschinisten und Heizern hielt Genosse Heine am Freitagabend einen Vortrag über die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Vorsitzende Schwittau machte bekannt, daß von 27 Brauereien eine Statistik über die Organisationsverhältnisse der Handwerker usw. vorliegt, nach welcher von 680 Berufsgenossen 487 organisiert sind. Von 15 Brauereien sind bis jetzt keine Antworten eingelaufen. In den Schultheißbetrieben sind die Verhältnisse nicht so, wie man es wünschen sollte. Bei Schultheiß I sind von 65 Beschäftigten 28 organisiert, bei Schultheiß II sind von 91 Beschäftigten 60 organisiert. Von den Organisierten gehören 201 dem Verband der Handwerker, Maschinisten und Heizer an, die übrigen sind Mitglieder in zahlreichen anderen Verbänden, je nach der Berufsart. Die Vertrauensleute werden aufgefordert, zur Vervollständigung der Statistik ihre Pflicht zu tun und die Verbandsleitung über die Verhältnisse in den noch fehlenden Brauereien zu unterrichten.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Achtstundentag für Bergleute.

London, 6. Juli. (W. T. B.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag der Bergleute mit 390 gegen 120 Stimmen an.

Seh'n Sie: Das ist ein Geschäft . . .!

Darmstadt, 6. Juli. (B. H.) Großes Aufsehen erregt in weiten Kreisen das Verschwinden des bei der Weltfirma E. Merk hier seit Jahren beschäftigt gewesenen Chemikers Dr. Zimmer. Er hat als Abteilungschef die Lohnlisten der unter ihm beschäftigten Arbeiter gefälscht, indem er in die Bücher höhere Beträge eintrug als er wirklich auszahlte. Auf diese Weise soll er sich bis zu 8000 Mark im Jahre angeeignet haben. Die Gesamtbeträge der Unterschlagungen werden auf 70 000 Mark geschätzt. Seine Familie mit zwei Kindern hat er zurückgelassen.

Gerüsteinsturz.

Leipzig, 6. Juli. (B. H.) In der Hainstraße erfolgte heute ein Gerüsteinsturz. An dem Hause Nr. 10 war wegen eines Umbaues ein Gerüst angebracht; plötzlich fiel ein schweres Gesimsstück herab und brachte das Gerüst zum Einsturz. Hierbei wurden zwei Arbeiter schwer verletzt.

Sozialreform in Oesterreich.

Wien, 6. Juli. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm einstimmig die Dringlichkeit des sozialdemokratischen Antrages betr. die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung an. Im Laufe der Debatte teilte der Minister des Innern mit, daß die Arbeiten zur Fertigstellung des Entwurfes in kürzester Frist beendet sein würden. Der Entwurf werde nicht nur eine Reform der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, sondern auch bindende Fürsorgeeinrichtungen vorschlagen für den Kreis jener wirtschaftlich Selbständigen, die nach ihrer Lebenshaltung der Arbeiterschaft nahestehen und in gleicher und ebenso berechtigter Weise das Bedürfnis nach Versorgung für die Zeit der infolge fortschreitenden Alters verminderten Erwerbsfähigkeit empfinden. (Lebhafter Beifall.)

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Anzeigenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zweiter Deutscher Städtetag.

(Telegraphischer Bericht.)

München, den 6. Juli 1908.

Im Theatersaal der Münchener Ausstellung wurde heute vormittag vom Vorsitzenden Oberbürgermeister Kirschner-Berlin das deutsche Städteparlament, die Vertretung der im Deutschen Städtetag organisierten deutschen Städte über 25 000 Einwohner, eröffnet. Es sind ungefähr 300 Teilnehmer anwesend. Oberbürgermeister Kirschner teilte mit, daß von den 169 deutschen Städten, die beitrittsberechtigt sind, alle bis auf 5 dem Deutschen Städtetag beigetreten sind. Zu diesen größeren deutschen Städten gesellen sich eine große Anzahl kleinerer Städte, die zu Städteverbänden vereinigt sind. Wir können deshalb ruhig behaupten, daß im Deutschen Städtetag die gesamte deutsche städtische Bevölkerung organisiert ist. Eine solche Organisation ist aber nur möglich und kann nur gedeihlich wirken auf der Grundlage eines geordneten Reiches und deshalb richten wir bei Beginn unserer Arbeit unseren Blick auf unser geliebtes Vaterland und die deutschen Fürsten, vor allem auf unseren geliebten deutschen Kaiser, der unablässig bemüht ist, den Frieden zu wahren und die Werke des Friedens zu fördern sowie auf den ehrwürdigen Fürsten, in dessen Land wir tagen. Se. Majestät der deutsche Kaiser und Se. Kgl. Hoheit Prinzregent Luitpold leben hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt dreimal in das Hoch ein.)

Darauf nahm Oberbürgermeister Dr. Ritter von Borscht (München) das Wort zu folgender Ansprache: „Hochgeehrte Herren! Der Willkommengruß, den ich Ihnen im Namen der Stadt München darbringe, soll nichts gemein haben mit den Akten konventioneller Höflichkeit, die fast allen Kongressen und Jahresversammlungen gegenüber zur stehenden Regel und damit zu einer Formsache geworden sind, deren Berechtigung nachzuprüfen einmal die Aufgabe des deutschen Städtetages sein dürfte. (Heiterkeit und Beifall.) Was ich zum Ausdruck bringen möchte, sind nicht lediglich verbindliche Worte, sondern die aufrichtigen Empfindungen, mit denen die hiesige Bürgerschaft dem zweiten Deutschen Städtetag entgegengesehen hat. Mit dem wärmsten Dank dafür, daß der Vorstand unseren Antrag, den zweiten Städtetag in München abzuhalten, angenommen hat, verbinde ich die Versicherung, daß wir uns glücklich schätzen, so vielen Vertretern der deutschen Städte unsere Ausstellung zeigen zu dürfen. Wir begrüßen in Ihnen eine Korporation, die an Ansehen und Bedeutung und was die Tüchtigkeit ihrer Mitglieder und deren Einfluß auf die Wohlfahrt unseres Vaterlandes anlangt, unter allen Interessenvereinigungen — ich darf wohl ohne Ueberhebung sagen — an erster Stelle steht. Was der Deutsche Städtetag bedeutet, wird schon durch die Tatsache beleuchtet, daß er 165 deutsche Städte mit einer Gesamteinwohnerzahl von 16 Millionen, d. h. dem vierten Teil der deutschen Bevölkerung überhaupt, repräsentiert. Die Haushaltungspläne der im Deutschen Städtetag organisierten Städte schließen mit einer größeren Summe ab, als, von Preußen und den drei Hansastädten abgesehen, die Etats der sämtlichen Bundesstaaten zusammengerechnet. Die Anleihen der hier vertretenen Städte überschreiten die Summe von 4 Milliarden Mark. (Zuruf: Leider! Leider! Heiterkeit.) Man vergegenwärtige sich aber dabei, daß mit diesen enormen Aufwendungen eine Fülle von segensreichen Werken geschaffen worden ist, die mit zu den höchsten Kulturgütern des deutschen Volkes zu zählen sind. Wenn das Ausland in der gewaltigen Entwickelung der deutschen Städte eine der wichtigsten Erscheinungen der Gegenwart erblickt, so liegt das vor allem an der Opferwilligkeit und dem Weitblick des deutschen Bürgertums. Wenn das der Fall ist, dann begreift man aber auch, wie berechtigt der Wunsch der Stadtverwaltungen ist, von den staatlichen Gewalten so anerkannt zu werden, wie sie es als mächtige und uneigennützige Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege und als Grundpfeiler staatlicher Ordnung verdienen. (Lebhafter Beifall.) Auf diese Notwendigkeit hinzuweisen, scheint mir gerade im Hinblick auf das erste Thema der diesjährigen Tagung, die Kreditverhältnisse der deutschen Städte, dringend geboten. Wenn die sämtlichen, dem deutschen Städtetag angehörenden Städte die enorme Schuldenlast von 4 Milliarden Mark auf sich genommen haben, wenn keine größere deutsche Stadt mehr ohne periodisch wiederkehrende Inanspruchnahme des Geldmarktes ihren Aufgaben gerecht zu werden vermag, so geschieht das wahrlich nicht aus Freude am Geldausgeben, sondern ist auf das zielbewußte Streben zurückzuführen, über die engen Grenzen gesetzlicher Verpflichtungen hinaus mustergültige Einrichtungen zu schaffen und damit Werte ins Leben zu rufen, die materiell und ideell das aufgewandte Kapital überreich verzinsen. (Lebhafter Beifall.) So sehr man auf der einen Seite die Höhe dieser Belastung beklagen mag, so steht andererseits fest, daß sie ein sicheres Kennzeichen emporsteigender Entwickelung ist, nicht ein Beweis für eine finanzielle Mißwirtschaft, sondern im Gegenteil der Ausdruck steter Opferfreudigkeit. In einer Zeit, in der fast überall der Ruf nach Entlastung ertönt und einzelne Staaten kein Bedenken tragen, für die Erfüllung ihrer eigenen Obliegenheiten die Mitwirkung der Städte in Anspruch zu nehmen, wobei sie gleichzeitig an sie die Mahnung nach Sparsamkeit richten (Heiterkeit und Zustimmung), ist es wohl angebracht, hervorzuheben, daß gerade die deutschen Städte ohne Unterschied das Maß ihrer Verpflichtungen niemals einzuschränken versucht haben. Besonderen Dank hierfür zu fordern liegt uns fern. Was wir verlangen, ist nichts als Vertrauen. (Beifall.) Möge die Erkenntnis, daß die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes in hervorragendem Maße in der weiteren Entwickelung der deutschen Städte liegt, durch den Zweiten Deutschen Städtetag erneut geweckt werden, und mögen die Verhandlungen dieser Tage den Nachweis führen, daß die finanziellen Fragen der deutschen Städte von den Konstellationen der politischen Parteien unabhängig und eine gemeinsame Angelegenheit aller sind, denen ein warmfühlendes Herz für das Wohl und Wehe ihrer Heimatstadt in der Brust schlägt. (Lebhafter Beifall.)

An erster Stelle der Tagesordnung steht das Thema:

„Die Kreditverhältnisse der deutschen Städte unter besonderer Berücksichtigung der Finanzverhältnisse und der städtischen Anleihen.“

Das Thema ist in zwei Teile eingeteilt: 1. der Kreditbedarf im Haushalt der Städte und 2. die Formen und Wege zur Befriedigung des Kreditbedarfes der Städte. Ueber den ersten Punkt sprach Stadtrat Dr. Woell (Frankfurt a. M.). Er führte aus:

Die ungeahnte Entwickelung der deutschen Städte in den letzten Jahrzehnten hat ihrer Finanzierung eine besondere Bedeutung und Tragweite verliehen. Die Finanz- und Kreditpolitik der Städte bedarf der sorgsamsten Beobachtung. Von Ausnahmen wie Krieg, Katastrophen usw. abgesehen, ist die Kreditbenutzung nur für solche Anlagen gestattet, welche dauernd der Zukunft zugute kommende Werte darstellen. Für die innere Rechtfertigung einer Anleihe soll allein entscheidend sein ihr Verwendungszweck und dessen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Die Finanzierung der gewerblichen Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen sowie öffentlicher Unternehmungen (Schlachthöfe, Markthallen, gemeinnützige Wohnungen, Friedhöfe usw.) kann unbedenklich im Wege der Kreditbenutzung geschehen. Für die gewerblichen Betriebe ist dieser Weg sogar als dem Gemeinwohl förderlich anzusehen. Die Tilgung der für vorstehende Zwecke aufgenommenen Anleihen hat nach den Grundsätzen der kaufmännischen Abschreibungen zu erfolgen. Für ertraglose Unternehmungen und solche mit nicht genügender Ertragsfähigkeit soll die Kreditbenutzung mit besonderer Zurückhaltung erfolgen, und es können in finanztechnischer Hinsicht folgende, allgemein gültige Richtlinien aufgestellt werden: Zur Vermeidung kurzfristiger Darlehen (schwebende Schulden) sind aus der zeitlichen Ungleichheit zwischen Einnahmen und Ausgaben entspringende Differenzen durch Bildung eines Betriebsfonds zu beseitigen. Die Störungen des Etatgleichgewichts durch Schwankungen der ordentlichen, insbesondere steuerlichen Einnahmen sind durch Ansammlung eines Ausgleichsfonds möglichst fernzuhalten. Soll die Frage der Bedarfsdeckung im Gemeindehaushaltsetat eine auf die Dauer erfolgversprechende Lösung finden, so ist die Aufgabe nicht nur in der Jahresbilanzierung zu erblicken, sondern es muß für Ausgaben, die nach verständiger Voraussicht in kürzerer Zeit speziell oder generell wiederkehren, ein langfristiges Finanzprogramm aufgestellt werden, in welchem die tunlichste Vermeidung der Kreditbenutzung für solche Zwecke anzustreben ist. Soweit es sich hierbei um Anlagen handelt, die zwar nicht unmittelbar der Gemeinde, wohl aber einzelnen Teilen der Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile bringen, wie die Umlegung von Straßen, die Anlegung von Parks, Brückenunterführungen, Flußregulierung usw., ist die Kreditbenutzung nicht nur zulässig, sondern im Interesse der Gemeinde sogar angezeigt. An dieselbe hat sich alsdann aber ein Ausbau des Steuerwesens, Wertzuwachssteuer u. a. m. anzuschließen, dessen Ertrag zur Tilgung der Anleihe zu verwenden ist. Bei periodisch wiederkehrenden Aufwendungen erscheint grundsätzlich die Bildung von Fonds geboten. Das gilt vor allem für Städte mit raschwachsender Bevölkerung. Im Interesse des Erwerbes von Gelände für städtische Zwecke ist die Errichtung eines Grunderwerbungsfonds ins Auge zu fassen. Für Aufwendungen, die nach besonderer Beurteilung der gesamten Verhältnisse in absehbarer Zeit wiederkehren, wenn auch erst nach längeren Perioden, namentlich Aufwendungen für Kunst und Wissenschaft und zur Förderung der Volksbildung, ist ebenfalls die Anlegung von Fonds empfehlenswert. Die Durchführung dieser Finanzpolitik wird wesentlich gefördert, wenn die Ausgaben, die ihrer Natur nach und vom Standpunkt des gesamten Gemeininteresses an einem bestimmten Zeitpunkt gebunden sind, als Tilgungsdauer ebenso wie bei rentablen Unternehmungen, die Benutzungsdauer der geschaffenen Anlage zur Obergrenze haben. Auch ist anzustreben, daß die Tilgung bis zur Wiederkehr der gleichen oder generell gleich zu stellenden Ausgabe beendet ist. (Lebhafter Beifall.)

Ueber den zweiten Teil des Themas:

„Die Formen und Wege zur Befriedigung des Kreditbedarfs“

sprach Oberbürgermeister Kutzer-Fürth. Er erblickt in der Zentralisierung des städtischen Kreditwesens das Heilmittel. Aufgabe einer Zentrale muß es nach seiner Meinung sein, einen genügenden Teil des verfügbaren Kapitals für die deutschen Städte zu den der Anlage des Geldmarktes entsprechenden und den Vorzügen der Forderungen gegen Städte angemessenen Bedingungen zu gewinnen. Was den vorübergehenden Geldbedarf anlangt, so könnte zu seiner Befriedigung und zur Unterstützung ihrer sonstigen Aufgaben die Zentrale das Kontokorrent- und Depositengeschäft aber nur mit den Städten und ihren Finanzverwaltungen durch Heranziehung ihrer vorübergehend freien oder auf Anlage wartenden Bestände pflegen. Für den Anleihebedarf im engeren Sinne könnte die Zentrale Darlehen bei denjenigen Korporationen vermitteln, die jetzt schon in beträchtlichem Umfange solche Darlehen gewähren. Sie könnte bei denselben auch selbst Darlehen aufnehmen, sie an mehrere Städte weiter begeben und so manchmal die von einander abweichenden Wünsche der Darlehensnehmer befriedigen. Auch die Unterbringung der Obligationen der Zentrale bei diesen Korporationen verspreche besseren Erfolg als jetzt die der einzelnen städtischen Papiere. Diese gelte insbesondere für die Sparkassen. Die Sparkassen sowie die städtischen Stiftungen und Fonds würden durch Uebertragung ihrer An- und Verkäufe von Wertpapieren auf die Zentrale zu deren Kräftigung und zur Schaffung eines sorgfältig gepflegten Papiers beitragen können. Besonders wichtig wäre, daß der Verein selbst aus den Tilgungsbeträgen der Städte Darlehen gewähren und dadurch die Beanspruchung des Weltmarkts verringern könnte. Denn die Zentrale würde zwar mit den Städten festtilgbare Darlehen vereinbaren, dagegen ein einheitliches Rentenpapier begeben, also zwar kündbare, aber einem bestimmten Tilgungsplan nicht unterworfene Inhaberschuldverschreibungen wie Reich und Staat schaffen. Durch dieses Inhaberpapier, das an Stelle der zahlreichen Einzelanleihen treten würde, dann durch Anlage eines Schuldbuches der deutschen Städte, durch Ausdehnung der Einlösestellen, Heranziehung der Stadt- und Sparkassen zu diesem Dienst, durch tunlichste Aufnahme auf den Markt kommenden schwimmenden Materials mit Unterstützung wiederum der städtischen Finanzinstitute und der freien Tilgungsraten, durch die hierdurch gewonnene größere Marktgängigkeit und Widerstandsfähigkeit würde das städtische Papier das kapitalanlegende Publikum mehr fesseln als bisher. Auch der heute an städtischen Anleihen höchstens vorübergehend interessierte Bankier, für den im übrigen die vielen städtischen Anleihen eine wahre Last bilden, würde zur Empfehlung des Papiers gewonnen werden können. Eine direkte Propaganda wäre auch durch die Sparkassen möglich, deren übermäßige Anfüllung mit größeren Einlagen sich zum Vorteil ihrer Garanten einschränken ließe, wenn wie in England der Umtausch zu hoher Bestände in Staats- und städtische Werte zugestanden würde. Diese Maßnahmen würden auch den Wert der Stadtanleihe erhöhen. Zwar würde die Zentrale nicht auf die Solidarhaft der Städte sich stützen, die ja auch bei den Hypothekenbanken und ihren Kommunaldarlehen völlig ausgeschlossen ist, aber alle ihre Schulden würden durch mündelsichere Forderungen gegen die Städte gedeckt sein. Die deutschen Städte seien alle absolut sichere Schuldner. Die Kursunterschiede ihrer Anleihen bedeuteten keinen Unterschied der Bonität. Das von der Zentrale ausgegebene wohlgepflegte Papier hätte alle Aussicht, gleich Reichs- und Staatspapieren geschätzt zu werden. Die Form der Zentrale ergebe sich aus ihrer Aufgabe. Sie bedürfe ständiger Fühlung mit den Städten und ihren Instituten, auch mit den darleihenden Korpo-

Kleines Feuilleton.

Studium und Hunger in Rußland. Die allgemeine Armut unter den russischen Studenten ist eine bekannte Tatsache. Der russische Student ist in den meisten Fällen ein Bettelstudent. Man hat sich an diese Erscheinung gewöhnt. Und doch wird die Not unter der studierenden Jugend von Jahr zu Jahr größer. Das intelligente Proletariat ist in stetem Anwachsen begriffen, in gleichem Maße wie überhaupt die Zahl der Studenten. Wegen Nichtentrichtung der Kollegiengelder sind aus der Petersburger Universität allein mehrere Hundert ausgeschlossen worden. Aus der Universität, an der den Studenten die Zahlung mit Nachsicht von Jahr zu Jahr gestundet wird, an der bei manchen Studenten die rückständigen Universitätsgebühren und Kollegiengelder sich auf 300 Rubel und mehr belaufen. Von dem Grade der Armut und Verzweiflung legen die Zeitungsinserate und die Ankündigungen in den Korridoren der Hochschulen eindringliches Zeugnis ab. „Ein Student sucht Stunden. Weder Entfernung noch Zeit kommen für ihn in Betracht“. „Ein gebildetes Mädchen, die höchste Not leidet, sucht schriftliche Arbeit oder eine Stelle als Gesellschafterin, Wirtschafterin, Stubenmädchen eventuell zu alleinstehendem Herrn“. „Ein hungeriger Student sucht irgend eine Beschäftigung . . . ist überhaupt zu jeder Beschäftigung bereit.“ „Ein Student in äußerster Not bittet um irgend eine Arbeit, ist bereit, selbst die eines Tagelöhners zu übernehmen.“ „Ein Student rastert, frisiert, schneidet Haare sehr billig“ usw.

Man lese diese Annoncen aufmerksam: jede von ihnen birgt ein ganzes Drama. Von einem besonderen Fall weiß in der „Now. Wremja“ Herr Alexandrowitsch zu berichten. (Ob es wahr ist, wollen wir noch hingestellt lassen!) Ein Student hatte an der sozialistischen Agitation teilgenommen und war als Kandidat für den Posten eines Vorsitzenden einer Sektion aufgestellt worden. Und er ging in das Lager seiner politischen Gegner über, bat um Arbeit und erklärte sich bereit, als Gegner der Sache aufzutreten, der er gedient hatte. Soweit hatte ihn die Verzweiflung der Armut gebracht. . . . Die öffentliche Wohltätigkeit, welche heute existiert, kann die Studenten nicht vor Bettelarmut schützen. Alle Hilfsvereine, die dafür bestehen, verschwinden wie ein Tropfen Wasser im Meer. Außerdem wirkt die Art der Wohltätigkeit, die in Almosenspenden besteht, nachteilig auf die Psyche des Beschenkten ein. Man sieht die Spenden nicht als Darlehen und zahlt sie niemals zurück. Einen Beweis dafür gibt die Unterstützungskasse der Studenten, deren Darlehen auch später, wenn der Student schon die Hochschule verlassen hat und in Amt und Würden ist, nur selten zurückgezahlt werden. Ein großer Teil wird durch die Geringfügigkeit der materiellen Unterstützung erbittert und schließt sich der Sozialdemokratie an.

In den letzten Jahren hat man begonnen, sich nach einer anderen Art der Unterstützung umzusehen: nach Verschaffung von Arbeitsgelegenheit und Erwerb. Es entstanden an den Hochschulen „Bureaus für Arbeitshilfe“. Aber sie waren nicht zweckmäßig organisiert. Man beklagt sich über Ungerechtigkeiten: die Leiter der Bureaus seien geneigt, ihre Bekannten zu begünstigen. Diese Bureaus empfehlen außerdem nicht ihre Stellensuchenden, sondern weisen nur auf sie hin. Sie kennen weder den Stellensuchenden noch den Arbeitgeber. So spielt denn auch der Zufall des Angebots und der Nachfrage seine Rolle. Nur eine gutorganisierte Hilfe durch rationelle Stellenvermittelung könnte die akute Not unter den Studenten etwas lindern. Solange die allgemeine Lage Rußlands sich nicht ändert, wird das Proletariat der Intelligenz von Jahr zu Jahr zunehmen und die Reihen der Arbeiterklasse vermehren helfen.

Theater.

Neues Theater (Sommergastspiel): „Der Zerrissene“. Posse in 3 Akten von Nestroy. Die Aufführung fand ein äußerst dankbares Publikum, ein ungleich dankbareres als ein moderner Autor für einen Schwank von gleichen geistigen Qualitäten hätte erwarten dürfen. Bringt man die Gewichte, die die Tradition in die Wagschale wirft, in Abzug, so steht es um die alten Wiener Nestroy-Possen nicht besser als um die berühmten Berliner Possen aus der guten alten Zeit, die gleichfalls gern in sommerlichen Tagen ausgegraben werden. Der Reiz, durch den sie wirken, fließt nicht aus irgend einer originellen Kraft des Witzes und Humors, vielmehr aus den Erinnerungen, die sich an sie knüpfen. Es interessiert zu sehen, an welchen Dingen Väter und Großväter sich anspruchslos erfreut. Das hübsche Thema, auf welches der Titel deutet, die Verulkung jener Sorte von Leuten, die sich als Zerrissene aufspielen und mit Weltschmerz prunken, wird nur im ersten Akte, und auch da nur in sehr oberflächlicher Weise gestreift. Die Figur des reichen Herrn v. Lipps, der, um seine Langeweile durch eine Sensation momentan zu verscheuchen, das erste weibliche Wesen, das ihm begegnen werde, zu heiraten beschließt, erschöpft sich in dieser einen, mageren Pointe, bringt es als Karikatur zu keinerlei komischer Schlagkraft. An Stelle der Charakterparodie schiebt sich die viel bequemere Parodie auf die Geschwollenheiten des in pathetischer Empfindung und grausigen Wechselfällen schwelgenden Abenteurer- und Kriminalromans. Die drolligen Effekte der Posse tragen durchgängig den Grundzug solcher Persiflage, sie gipfeln in der Szene, wo der romantisch-alkoholische Schlosser und der Zerrissene, die sich in einem nebenbuhlerischen Ringkampfe wechselweise umgebracht zu haben glauben, von schrecklichen Gewissensängsten gefoltert nächtlicherweile einander in die Arme laufen. Natürlich fehlt auch nicht ein edles und armes Mädchen für den Zerrissenen, das ihn in einer Musterehe heilflicken wird. Die Schauspieler, alles geborene Oesterreicher wie es schien, agierten mit Lust und Liebe. An erster Stelle stand der gefühlvolle Schlosserriese des Herrn Stift. Herr Forest in der wenig dankbaren Titelrolle trug die Couplets ganz ausgezeichnet vor. dt.

Im Münchener Künstler-Theater wurde Josef Ruederers „Wolkenkuckucksheim“ mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Das Stück ist in sehr freier Anlehnung an die „Vögel“ von Aristophanes als politische Zeitsatire gedacht, versandet aber in allerlei ingrimmigen Ausfällen, die Euelpides-Ruederer, der im Mittelpunkt der Handlung steht, auf seine Mitbürger in Athen (an der Isar) macht. Hält man sich an die einzelnen Typen, die kaffisch gewandet im Offenbach-Stil oder im Vogelkostüm glossiert werden, so vermag das dramatische Pasquill zu amüsieren. Teils im Dreschflegelhumor, teils mit mehr Gallenstein als attischem Salz werden da dem Spott preisgegeben vor allem Michel, der brave Deutsche mit der Nachtmütze, Herr Banausios mit dem Kapital, der Volkslenker (Wiedehopf), der Zentrumsmann, der Professor, der Schutzmann, Literaturfüdchen, Scherltum, Ueberweib. Doch das alles macht eine Witzblatt-Nummer, aber keine Komödie aus. Die Pointe der Geistesschnitzel geht darauf hinaus: Böotien ist ewig und auf Euelpides-Ruederer wird auch in Wolkenkuckucksheim nicht gehört. Die Absichten des Autors wurden durch die szenische Ausstattung von Adolf Hengeler trefflich unterstützt. m.

Humor und Satire.

— **Deutsche Modernisten.** „Radikalismus ist immer eine böse Sache; ich für meinen Teil möchte beispielsweise bei dem heiligen Rock in Trier wenigstens das Futter für echt erklären.“

— **„Katarrh“ und „Gicht“ im Agrarier-Deutsch.** Gräfin (zu dem niesenden Gutsinspektor): „Wohlsein, Herr Inspektor! Sie scheinen sich stark erkältet zu haben.“ — Inspektor: „Ja, Frau Jräfin, ick habe eenen furchtbaren Schweinerotlauf in die Näse. Wenn ick man bloß nich wieder ooch noch meine olle Klauenseuche in die rechte Vorderpfote kriege.“ („Simplicissimus.“)

Die Beichte. Ein junges sauberes Diandl geht beichten. Die unangenehmsten Bekenntnisse, nämlich die Sünden gegen das sechste Gebot, bewahrt sie sich bis zuletzt auf. Aber auch da will sie nicht ordentlich mit der Farbe herausrücken. Um ihr das Geständnis zu erleichtern, fragt sie der Herr Pfarrer: „Hast koa Verhältnis nit?“ — Das Diandl erwidert etwas zögernd: „A bois (ein wenig) schon.“ — Der Pfarrer: „Ja, was tuat denn nacha Dei' Bua?“ — Das Diandl: „Er kimmt an's Kammerfenster.“ — Der Pfarrer: „Und nachher?“ — Das Diandl: „Nachher klopft er halt an.“ — Der Pfarrer: „Und nachher?“ — Das Diandl: „Nachher kimmt er halt einer.“ — Der Pfarrer: „Und was tuat er denn nachher?“ — Es entsteht ein peinliches Schweigen. Schließlich fragt das Diandl, der ihr sehr unangenehmen Inquisition ausweichend, Se. Hochwürden: „Was tätest denn nachher Du?“ („Jugend.“)

Notizen.

— **Jonas Lie**, neben Ibsen und Björnson der bekannteste norwegische Dichter aus der älteren Generation, ist am Sonntag in Kristiania gestorben. Im November wäre er 75 Jahre alt geworden. Seine Novellen, Romane, die ein getreues Spiegelbild norwegischen Lebens geben und seelische Probleme von allgemeinem Interesse in lebendiger Darstellung erörtern, sind auch in Deutschland populär geworden.

— **Atemübungen in der Schule.** In einer Pariser höheren Knabenschule nahm ein Arzt mit 200 Schülern täglich etwa 10 Minuten lang Atemübungen vor. Nach einigen Wochen hatte, wie Messungen feststellten, der Brustumfang um zwei bis sechs Zentimeter zugenommen. Die Versuche sollen auf breiterer Basis fortgesetzt werden

rationen und ständiger Erforschung des Geldmarktes. Ein bankmäßiger Betrieb sei ebenso wenig erforderlich wie ein großes Grundkapital. Die beitretenden Städte würden gewisse Barleistungen zu machen und auch eine gewisse Haftung zu übernehmen haben, so lange nicht die Reserven ausreichen. Die Reserven würden vorzugsweise gewonnen werden durch mäßige Abzüge zu Lasten der jetzt weniger günstig gestellten Städte, die von der Gründung der Zentrale den größten Nutzen haben. Man habe früher an eine große, nicht von den Gemeinden gegründete Aktiengesellschaft, an einen weitverzweigten Bankbetrieb, an eine Hypothekenbank, an die Beteiligung der Großbanken gedacht. Das alles erscheine nicht erforderlich. Es genüge ein gutgeleiteter, von einem Aufsichtsrat der Städte verwalteter Verein deutscher Städte. Seine Gründung würde beim Beitritt von Städten mit einer Einwohnerzahl von etwa fünf Millionen gewahrt werden können. Die Unterstützung der Regierungen würde zu erwarten sein, denn die Besserung des Geldmarktes durch Aufhören der einander drängenden Einzelanleihen sei auch dem Staate nützlich. Die höhere Wertschätzung der Papiere werde jeder Stadt zugute kommen. Nachteile seien bei guter Leitung nicht zu befürchten. Der Redner schloß mit dem Wünsche, daß im Jahr der Säkularfeier der Steinschen Reformen ein Weg gefunden werden möchte, der der Selbsthilfe der Städte und ihrer Größe die Bahnen ebne. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wurden Bedenken dagegen laut, ob der angeregte Städteverein mit Solidarhaft aller Städte sich werde ermöglichen lassen. Schließlich wurde der vom Oberbürgermeister Ehlers-Danzig gestellte Antrag: „Der deutsche Städtetag wolle beschließen, die Leitsätze und Referate dem neuen Vorstand zur Prüfung und weiteren Bearbeitung zu überlassen", einstimmig angenommen. Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Eulenburg vor den Geschworenen.

Die Verhandlungen wurden Montag vormittag wieder aufgenommen. Bis jetzt sind erst 10 Zeugen vernommen worden, und da noch etwa 40 Zeugen zu vernehmen sind, so dürfte der Prozeß mindestens noch bis Ende nächster Woche dauern. Wie man hört, wollen die Aerzte in der Charité es für ausgeschlossen erklären, daß der Angeklagte fernerhin sechs Verhandlungstage hintereinander aushalten kann, und auf Freilassung eines Tages in der Woche dringen. Schon am Sonnabend ist der medizinische Sachverständige vom Vorsitzenden befragt worden, ob die „Spazierfahrten" des Angeklagten, über die sich ein Teil der Presse sehr aufgeregt habe, wünschenswert seien. Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärte, die Fahrten seien nicht nur wünschenswert, sondern direkt notwendig zur Erhaltung der Gesundheit und Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten; jeder Gefangene gehe täglich eine halbe Stunde im Freien spazieren, und da der Fürst wegen seines Leidens nicht gehen könne, müsse er eben fahren.

Zu Beginn der heutigen Sitzung meldete sich zunächst Justizrat Bernstein noch einmal zu einer kurzen Bemerkung. Von den Zeugen sollen heute nur sieben vernommen werden, und zwar Oberhofmarschall Graf Eulenburg, Milchhändler Georg Riedel, Oekonom Bernhard Beutler-Bieling, Polizeikommissar Seuffert-München, Vizewachtmeister Rogati-Tutzing, Gendarmeriewachtmeister Schöpf-München und Kriminalschutzmann Tietze-Berlin.

Der zunächst aufgerufene Zeuge August Graf zu Eulenburg, ein Verwandter des Angeklagten, ist Ober-Hof- und Hausmarschall des Kaisers und Oberzeremonienmeister. Seine Vernehmung dauerte etwa eine halbe Stunde. Alsdann wird

der Zeuge Riedel

in den Saal gerufen. Er ist neben dem Zeugen Ernst, der noch nicht vernommen wird, bekanntlich der wichtigste Zeuge, von dem das Schicksal des Fürsten Eulenburg hauptsächlich abhängen wird. Georg Riedel ist 46 Jahre alt, katholischer Religion, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Er stammt aus Feldafing, wo sein Vater Fischer war. Er selbst war früher Fischerknecht und ist seit geraumer Zeit Milchhändler in München. Er hat eine Reihe von Vorstrafen, darunter zumeist wegen Beleidigung, Gewalttätigkeiten u. dgl. Er hat im Alter von neunzehn Jahren Herrschaften auf dem Starnberger See gefahren und ist dabei mit dem damaligen Grafen Eulenburg bekannt geworden. Was er in dieser Hauptverhandlung aussagen wird, ist natürlich nicht vorher zu sagen, es dürfte zur Orientierung der Leser aber dienen, darauf hinzuweisen, über welche Dinge dieser Zeuge vernommen wird und was er bei seiner Vernehmung

im Münchener Städele-Prozeß

ausgesagt hat. Danach hat er den Angeklagten wiederholt auf den See hinausgerudert und der „feine Herr" hat sich recht jovial mit ihm unterhalten und sich nach seinen Familienverhältnissen usw. erkundigt, gefragt, ob er schon ein Liebchen habe, ob er schon intim mit seinem Mädel verkehrt habe und den strammen Fischerknecht mit glänzendem Trinkgeld bedacht. Auf einer derartigen Wasserfahrt habe dann der Graf Eulenburg von seiner eigenen Militärzeit erzählt und dem Riedel gesagt, er habe einen Offizier bei den Leibkürassieren in Breslau zum Freund und wolle Riedel, wenn dieser werde dienen müssen, dort in Breslau anbringen. Dann sei der Graf immer liebenswürdiger geworden, habe sich höchst kordial über allerlei sexuelle Dinge mit ihm unterhalten und schließlich habe er bei Leutstetten mit ihm sich im Walde gelagert und eine Flasche Wein mit ihm geleert. Bei dieser Gelegenheit habe dann der Angeklagte an ihm einen Akt perverser Natur vorgenommen, der nicht unter § 175 Str.-G.-B. fällt. Riedel hat weiter erzählt, daß er dann den Angeklagten etwa noch achtmal gefahren habe. Als er zum Militär ausgehoben wurde, habe er vor der Musterung den Grafen — auf dessen Einladung — in München, Promenadenplatz 21, im zweiten Stock, besucht. Dabei habe ihm der Graf die ganze feine Wohnung gezeigt und ihm zehn Mark geschenkt. Auf seinen Wunsch habe er sich bei der zweiten Musterung zur Kavallerie gemeldet und sei auch richtig zu den Vierten Chevaulegers gekommen. Nach Riedels Behauptung hat er wiederholt

recht nette Summen

vom Grafen bekommen, er will aber niemals dabei irgendwelche Drohungen gegen den Grafen ausgestoßen haben. Im ganzen habe er wohl 1500 Mark von ihm erhalten. Einmal habe er in seiner schönen Uniform den Grafen in München besucht und in der Wohnung am Promenadenplatz außer dem Grafen noch einen anderen jungen Herrn getroffen. Der Graf habe ihm dann, nachdem sie zusammen gut gegessen, 10 M. gegeben, habe sich entfernt und ihn mit dem fremden Herrn allein gelassen. Dieser habe mit ihm dann unzüchtige Handlungen vorgenommen und ihm 10 M. geschenkt. Nachher will Riedel noch mehrere Male an den Grafen geschrieben, aber nun keine Antwort und auch kein Geld mehr erhalten haben. — Dies ist in großen Zügen der Inhalt der Aussage Riedels vor dem Münchener Schöffengericht. Er hat sie beeidet. Ob er jetzt bei seiner damaligen Aussage bleiben wird, wird mit ausschlaggebend für den Ausgang des Prozesses. Daß er auf Herz und Nieren geprüft wird, zeigt die Tatsache, daß seine Vernehmung bis zur Mittagspause noch nicht zu Ende war.

Während Riedel vernommen wurde, mußte Justizrat Bernstein den Saal verlassen.

Hofmarschall Graf August zu Eulenburg

soll dem Vernehmen nach bekundet haben, daß er niemals auch nur gerüchtweise von homosexuellen Neigungen des Angeklagten, mit dem er nur entfernt verwandt ist, den er aber von Kindheit an kennt, das geringste gehört habe. Er hat auch niemals etwas darüber vernommen, daß der Angeklagte zu seiner Münchener Zeit außer seiner Hauptwohnung noch mehrere Zimmer zu seiner Benutzung gemietet gehabt habe, wie behauptet zu sein scheint.

Es soll dann auch noch kurz die **Affäre Lecomte** gestreift worden sein. Der Zeuge soll auf eine Frage erklärt haben, daß der Angeklagte nicht die Einladungen zur kaiserlichen Hoftafel besorgt und auch keinerlei Einwirkungen auf solche Einladungen, wie z. B. des Herrn Lecomte, gehabt habe. Diese Einladungen werden vom Hofmarschallamt erledigt. Das Familienverhältnis in der Familie des Angeklagten sei stets das innigste und freundlichste gewesen.

Es soll dann zur Sprache gekommen sein, daß der Zeuge Riedel wieder einen Drohbrief erhalten habe. — Ueber die

Vernehmung des Zeugen Riedel

hören wir, daß dieser bei seiner früheren Aussage geblieben ist und seine Darstellung von seiner Bekanntschaft mit dem jetzigen Fürsten Eulenburg und dem weiteren Verlauf der Dinge ganz mit derjenigen übereinstimmt, die er vor dem Schöffengericht in München gegeben hat. Insbesondere soll er genau die Szene geschildert haben, wie der Angeklagte eines Tages mit ihm das Boot verlassen hat, in ein Gehölz gegangen ist und ihm dort aus einer mitgebrachten Flasche feurigen Wein zu trinken gegeben habe. Dabei habe er, Zeuge, sich dann etwas beschwipst, und auf Aufforderung des Angeklagten sei es zu einer Schmutzerei gekommen. Auch seine übrigen Begegnungen mit Eulenburg in München schilderte der Zeuge, wie wir hören, übereinstimmend mit seinen früheren Aussagen; er soll wiederum alle Einzelheiten dem Gerichte vorgeführt haben. Ueber die Darstellungsart dieses Zeugen hieß es in dem Urteil des Münchener Schöffengerichts: „Riedels ganze Erzählung, mit einer Unmenge von Einzelheiten, wie sie der raffinierteste Lügner kaum ersinnen und der gewandteste Betrüger nicht mit solcher Fertigkeit, Sicherheit und Widerspruchslosigkeit zum Vortrag bringen könnte, machte den Eindruck **unbedingter Glaubwürdigkeit.**" Riedel soll auch gestern die Szene mit dem fremden jungen Herrn in der Wohnung des Angeklagten ebenso geschildert habe, wie seinerzeit in München. Dieser fremde junge Herr, der den Versuch gemacht habe, eine Handlung im Sinne des § 175 an ihm vorzunehmen, sei von dem Angeklagten auch „Herr Graf" angesprochen worden. Der Zeuge soll, so hören wir weiter, auf wiederholte eindringliche Vorhaltungen des Landgerichtsdirektors Kanzow versichert haben, daß das, was er hier ausgesagt,

die reine Wahrheit

sei und er nicht anders aussagen könne. Den Umstand, daß er nach 24 Jahren auf diese Geschichten zurückgekommen sei, soll der Zeuge dahin erläutert haben: Als er im Herbst vorigen Jahres die Photographie des Fürsten Eulenburg gesehen, habe er ihn sofort wieder erkannt und einem Bekannten erzählt, was ihm seinerzeit mit demselben Manne passiert sei. Als ihm später gesagt wurde, daß der Fürst beschworen habe, daß er nie mit einem Manne häßliche Dinge gemacht, habe ihm ein Bekannter gesagt, er solle doch seine Erlebnisse dem Justizrat Bernstein mitteilen, denn der Fürst müsse ja einen Meineid geleistet haben. Dem Justizrat Bernstein habe er alles freiwillig erzählt. Der Justizrat habe ihn nach seinen etwaigen Vorstrafen gefragt und als er erfahren, daß Vorstrafen wegen Beleidigung, Körperverletzung und groben Unfug vorlagen, habe er ihn wiederholt befragt, ob das auch alles wirklich wahr sei und habe ihm vorgehalten, daß es eine große Sünde wäre, einen Nebenmenschen fälschlich zu beschuldigen. Er sei dann später auf die Polizei geladen worden und plötzlich habe alles in den Zeitungen gestanden. In großer Erregung klagte der Zeuge darüber, welches Ungemach er zu erdulden gehabt habe: Sein Name habe überall gestanden, sein Geschäft sei zurückgegangen und jeder habe auf ihn gezeigt. Beeinflußt sei er nimmermehr worden, ihm sei vielmehr immer ans Herz gelegt worden, nichts als die reine Wahrheit zu sagen. Dem Zeugen wurden vom Vorsitzenden einige kleine Unrichtigkeiten in seiner Aussage vorgehalten, er blieb aber im großen und ganzen bei seinen Bekundungen. Er erkenne den Fürsten auch bestimmt wieder. Wie wir hören, soll der Zeuge stets gesagt haben, der Mann, mit dem er damals zu tun gehabt, habe schwarze Haare gehabt, während Fürst Eulenburg betonte, daß er immer blonde Haare und blonden Bart gehabt habe.

Was den Fürsten Eulenburg betrifft, so soll er auf eine Frage des Präsidenten geantwortet haben:

er erkenne den Riedel jetzt wieder.

Als er ihm das erste Mal vorgestellt worden, habe er gesagt, er könne sich seiner nicht mehr erinnern. Er gebe zu, ihn von der damaligen Zeit her zu kennen, es sei ihm aber ganz unverständlich, wie Riedel so etwas erzählen könne.

Der Zeuge mußte den Angeklagten immer wieder genau ansehen, auch eine Photographie des Fürsten aus damaliger Zeit und blieb dabei, daß er sich in der Person nicht irre. Auch die örtlichen Verhältnisse der Umgegend des Starnberger Sees sollen sehr sorgfältig erörtert worden sein, und Riedel soll recht genau die Lage des Gehölzes beschrieben haben, in welchem die Szene mit der ihm von dem Angeklagten gespendeten Weinflasche und die daran sich knüpfenden Vorkommnisse sich entwickelt haben sollen. Die Glaubwürdigkeit des Zeugen wurde des weiteren in einem Kreuzverhör, dem dieser unterworfen wurde, geprüft, der Zeuge soll aber

mit aller Bestimmtheit bei seiner Aussage geblieben sein.

Auf der anderen Seite verblieb aber der Angeklagte dabei, daß es ihm unerfindlich sei, wie der Zeuge ihm solche Schmutzereien, die ihm selbst höchst widerwärtig seien, nachsagen könne. Der Zeuge müsse irgend etwas verwechseln und sich später eingeredet haben, daß er (der Angeklagte) derjenige sei, mit dem er damals so etwas gemacht habe.

Zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Zeugen

sind die sämtlichen Strafakten Riedels eingefordert worden. Es sollen auch die sämtlichen Militärakten des Riedel herbeigeschafft werden.

Um 8 Uhr mußte die Sitzung abgebrochen werden, da der Angeklagte erklärte den Vorgängen nicht mehr folgen zu können. — Bei der Mitteilung von dem neuen Drohbriefe, den der Zeuge Riedel erhalten, soll äußerem Vernehmen nach der Vorsitzende nochmals an die Geschworenen die dringende Mahnung gerichtet haben, sich durch nichts, was sich außerhalb dieses Saales abspielt, durch keine Meinungsäußerungen für oder gegen den Angeklagten sich beeinflussen zu lassen, sondern lediglich die Dinge, die sich hier im Saale abspielen, zur Grundlage ihrer Beurteilung zu machen. — Ein Ersatzgeschworener, der ein mit schwerer Krankheit begründetes Gesuch eingereicht hatte, mußte entlassen werden. Außerdem sollen noch mehrere Geschworene, die sich gleichfalls krank fühlen, den Wunsch geäußert haben, entlassen zu werden. Landgerichtsrat Kanzow soll aber die dringende Bitte an die Geschworenen gerichtet haben, im Interesse der Sache alle Kräfte zusammen zu nehmen, damit nicht der Prozeß schließlich noch vertagt werden müsse. — Die Verhandlung soll heute 11 Uhr fortgesetzt werden.

16. Verbandstag des Zentralverbandes der Brauereiarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

München, 6. Juli 1908.

Im Arzberger Keller zu München beginnen Dienstag die auf vier Tage berechneten Verhandlungen des 16. Verbandstages des Brauereiarbeiterverbandes. Auf der umfangreichen Tagesordnung steht u. a. die Gründung eines Industrie-Verbandes für die Nahrungsmittelindustrie.

Der Geschäftsbericht des Hauptvorstandes

liegt den Delegierten gedruckt vor. Er erstreckt sich auf die letzten zwei Jahre und gedenkt eingangs des schmerzlichen Verlustes, den die Organisation durch den Tod des Hauptvorsitzenden Bauer, der seinen letzten Lebensnerv der Größe und dem Wohle des Verbandes widmete, erlitten hat. **Mit der vorläufigen Fortführung** der Geschäfte des Verbandsvorsitzenden hat eine kombinierte Sitzung des Verbandsvorstandes und des Ausschusses Ettel betraut. Kurz vor dem Tode des Hauptvorsitzenden Bauer wurde der Beschluß gefaßt, wegen seiner häufigen Krankheit und der nicht mehr zu bewältigenden Arbeit einen zweiten Vorsitzenden anzustellen; aber Bauer sollte die Anstellung nicht mehr erleben. Bald wurde dem Hauptvorstande klar, daß mit der Anstellung eines einzigen Beamten die Geschäfte nicht ordnungsgemäß erledigt werden konnten und eine durchgreifende Aenderung vorgenommen werden müsse. Nicht allein der Hauptvorsitzende, sondern auch der Redakteur und der Hauptkassierer mußten entlastet werden. Die Differenzen und Lohnbewegungen haben einen erheblichen Teil der Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden in Anspruch genommen. Aus den Kämpfen mit dem Unternehmertum habe die Organisation einen ungeahnten moralischen Nutzen gezogen, der die finanziellen Opfer aufwiegt. Die erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl, die günstige Entwicklung der Kassenverhältnisse und vor allem das innige Verwachsen der Brauereiarbeiter mit ihrem Verband, deren Treue und Begeisterung für ihn so leicht kein Stoß mehr erschüttern kann, seien beredte Zeugen dafür, wie die Kämpfe dazu beigetragen haben, die Organisation zu kräftigen.

Angriffsstreiks fanden in den letzten zwei Jahren in 69 Orten 73 statt; in 52 Orten sind 57 Abwehrstreiks und 14 Aussperrungen zu verzeichnen. Im Jahre 1906 waren an den Kämpfen insgesamt 796 männliche und 59 weibliche, im Jahre 1907 aber 2373 männliche und nur 18 weibliche Mitglieder beteiligt. Die Dauer der Streiks betrug in den zwei Jahren insgesamt 4258 Tage und verursachten insgesamt 168 333 M. Ausgaben. Wenn auch schwere Opfer gebracht werden mußten, so wurde dem Unternehmertum doch die Erkenntnis beigebracht, daß es ein gefährliches und nutzloses Unterfangen ist, den Brauereiarbeiterverband vernichten zu wollen. Die Vorgänge beim Augsburger Kampf und die Stellungnahme des Boykottschutzverbandes haben die Verbandsleitung gezwungen zu einer neuen Waffe für den Kampf mit dem Unternehmertum zu greifen, nämlich zum Ankauf und Betrieb einer eigenen Brauerei. Mit dem Erfolg, den dieser Schritt für die Organisation gebracht hat, könne man vollauf zufrieden sei. Die zahlreichen und kostspieligen Kämpfe machten die Erhebung von Extrabeiträgen notwendig und macht der Bericht die lobende Erwähnung, daß die übergroße Zahl der Mitglieder bei Entrichtung der Extrabeiträge ihre Solidarität und Disziplin im schönsten Lichte gezeigt haben. — Der Bericht konstatiert ferner, daß in einer Reihe von Fällen die Kollegen unter Außerachtlassung der Disziplin in Streiks getreten sind, ohne sich mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen oder dessen Genehmigung eingeholt zu haben. Das sei um so verwerflicher, als die Bezahlung der hohen Boykottentschädigung unrentable Brauereien geradezu anreizt, Konflikte heraufzubeschwören, um in den Genuß der Entschädigung zu gelangen. Mit und ohne Streiks wurden in den beiden Jahren für 16 010 Arbeiter zusammen 77 554 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 31 740 Arbeiter zusammen 81 083 M. Lohnerhöhung pro Woche erzielt, was bei den einzelnen im Durchschnitt 2,55 M. Lohnerhöhung und 4,84 Stunden Arbeitszeitverkürzung ausmacht. — Im Jahre 1906 wurden 197 Tarifverträge für 14 459 Personen und 1907 184 Tarifverträge für 17 447 Personen abgeschlossen. Der Mitgliederstand betrug im Jahre 1906 28 591, im Jahre 1907 33 255 Mitglieder. — Der Bericht klagt über große Fluktuation. Bei 28 163 Neuaufnahmen innerhalb 2 Jahre beträgt die Mitgliederzunahme 9835. Doch wurden nicht weniger als 18 328 = 65 Proz. der aufgenommenen Mitglieder wieder fahnenflüchtig. Die größte Fluktuation weist der Bezirk Breslau auf, ihm folgt Karlsruhe und Berlin. — Für 229 Sterbefälle wurden insgesamt 14 183 M. Sterbeunterstützung bezahlt; Rechtsschutz wurde 215 Kollegen gewährt und beliefen sich die hierfür ausgegebenen Kosten auf 16 587,59 M. Der

Kassenbericht

schließt im Jahre 1906 mit einer Einnahme von 511 328 M. und einer Ausgabe von 375 117,57 M. ab, was eine Mehreinnahme von 117 737,01 M. ergibt. Das Jahr 1907 schließt mit einer Einnahme von 665 147,44 Mk., einer Ausgabe von 542 863,66 M. ab, was eine Mehreinnahme von 122 283,78 M. ergibt.

Die Auflage des Verbandsorgans „Brauereiarbeiterzeitung" betrug im Durchschnitt 82 688 Exemplare.

Soziales.

Wie ein konservativer Gutsschmied Sozialdemokrat wurde,

lehrt nachstehender an die Redaktion des „Landboten" in Königsberg gerichteter Brief eines ehemaligen Gutsschmiedes vom 29. Juni d. J. Derselbe lautet wörtlich:

„Ich bitte hiermit um Zustellung des „Landboten" und bezahle ihn auch gleich für das ganze Jahr. Ich habe jetzt das zweite Mal meiner Heimat Ostpreußen den Rücken gekehrt. Aber das erste Mal, als ich meine Heimat verließ, nahm ich den „Landboten" noch nicht in die Ferne mit; denn **früher war ich christlich-konservativ und wäre dieser Richtung auch treu geblieben bis an den Tod,** wenn mich nicht mein Weg noch einmal nach der Heimat zurückgeführt hätte. Da habe ich nämlich erst am eigenen Leibe die barbarischen Zustände in Ostpreußen, meiner Heimat, kennen gelernt. Jeder wahre Patriot, der sein Volk und sein Vaterland hat, muß solche Zustände verfluchen. Dieses Ausnahmegesetzen entsprungene ländliche Elend ist nebst Gott nur den Sozialdemokraten zu klagen; denn von anderen werden die Klagen nicht gehört. Als der konservative, christlich sein wollende „Volksfreund" sich anfangs dieses Jahrhunderts für das Kontraktbruchgesetz ins Zeug legte, da machte ich ihn von Thüringen aus, wo ich damals wohnte, aufmerksam, daß es so schon schlecht genug mit der ländlichen Arbeiterbevölkerung stünde und es keiner Verschlechterung mehr bedarf. Der „Volksfreund" teilte darin meine Meinung, aber er tröstete mich, daß es besser werden würde.

Nun, diese Besserung habe ich jetzt gründlich kennen gelernt in den paar Jahren, die ich nun wieder in der Heimat verlebt habe. Wohl hatte ich zur Rückkehr keine Not. Aber ich dachte, in der Heimat schläft sichs besser, wenn auch auf hartem Lager. Ich wußte aber nicht, daß der Landarbeiter heute in Ostpreußen keine Heimat mehr hat. Ich erwähne als Beispiel nur einen von mehreren mir passierten Fällen. Im August 1905 schloß ich mit einem **Gutsbesitzer im Kreise Goldap** einen Vertrag auf ein Jahr. Meine mir obliegenden Arbeiten habe ich gewissenhaft, sogar zur Zufriedenheit des Besitzers erfüllt. Bis zur Winterszeit, als ich ihm wohl zu teuer wurde, da suchte er mich auf die niederträchtigste Art los zu werden. Meiner Kuh entzog der Besitzer das zum Deputat gehörige Futter. Dann hatte er fortgesetzt etwas an meiner Maschinenarbeit zu nörgeln. Befehle, die er heute erteilte, widerrief er unter Fluchen und Schimpfen morgen wieder. Bei der geringsten Rechtfertigung meinerseits brauste er dann wütend auf. Bei einer dieser vom Zaune gebrochenen Auseinandersetzungen entließ mich der Besitzer auf der Stelle. Ich suchte **Rat und Schutz bei dem Amtsvorsteher;** der stand mir nicht einmal Rede und Antwort. Barsch wies er mich ab. Meine Kuh ließ der Gutsbesitzer bei Frost und Schnee auf die Straße führen. Auch ich sollte mit meiner Familie die Wohnung verlassen, obdachlos werden. Noch ehe ich eine andere Wohnung fand, **klagte der Besitzer auf Exmission.** Vor Gericht erklärte ich, laut Kontrakt Anspruch auf die Wohnung zu haben und nicht ich, sondern der Besitzer hätte den Kontrakt gebrochen. **Der Richter belehrte mich aber, zum Halten des Kontrakts könne der Besitzer nicht gezwungen werden.** Auch

Wenn dieser den Kontrakt gebrochen hat, müsse ich die Wohnung räumen, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst sei. Mir stehe aber, so belehrte mich der Richter weiter, das Recht zur Klage auf Entschädigung gegen den Besitzer zu. Ich wurde also verurteilt, die Wohnung zu räumen. Irgendwo fand ich ein primitives Obdach, winterüber aber keine Arbeit. Auch mußte ich für die Kuh Futter kaufen. Unter Aufwendung großer Kosten, wobei meine Ersparnisse draufgingen, strengte ich nun eine Schadenersatzklage gegen den Besitzer an. **Die erste Instanz wies mich ab.** Die zweite Instanz entschied zwar zu meinen Gunsten, entdeckte aber auch gleichzeitig einen Formfehler in der Klage. Denn nach einer Kabinettsorder vom Jahre 1837 war ich als Landarbeiter — unter dieser Kategorie Arbeiter gehörte ich als Schmiedemeister nach Ansicht des Gerichts — verpflichtet gewesen, erst **die Vermittelung der Ortspolizei, also des Amtsvorstehers**, nachzusuchen, ehe ich vor Gericht zu klagen begann. Nun berief ich mich zwar auf den Amtsvorsteher, dessen Rat ich einzuholen versuchte, der mich aber barsch und grob abgewiesen hatte. Der wurde denn auch als Zeuge vernommen, beschwor aber, daß ich wohl bei ihm gewesen wäre, aber Vermittelung nicht verlangt hätte. Also wurde ich mit meiner Entschädigungsklage abgewiesen, und mir nur mein rückständiger Lohn bis zum Tage der Entlassung zugesprochen.

Ob nun das Gericht richtig geurteilt hat, weiß ich nicht, auch nicht, ob die Kabinettsorder zu Recht besteht; aber das Haus, aus dem die Kabinettsorder hervorgegangen ist, mag jetzt brennen, da gehe ich nicht löschen. Aber Dank bin ich der **preußischen Gerichtsbarkeit** doch schuldig. **Sie hat mich zu dem gemacht, was ich jetzt bin, zum Sozialdemokraten.** Und das ist viel wert. Aber nicht ich allein, tausende sind auf diese Art auf den richtigen Weg geführt worden. Und so treiben die sogenannten Staatserhaltenden ihr Zerstörungswerk an sich selbst weiter. Ein Zeichen, daß wenig Weisheit dahinter steckt.

Mit bestem Gruß

allzeit Ihr F. Jessat."

Die „Deutsche Tageszeitung", „Kreuzzeitung", „Post", „Tägliche Rundschau" und andere Blockorgane werden aber nach wie vor für Aufrechterhaltung der Rechtlosigkeit des Gesindes und der Landarbeiter und für die Ausdehnung derartiger Vorschriften auf alle Arbeiter eintreten. Das Recht des konservativen Gutsschmiedes ist zweifellos arg verletzt. Aber diese Rechtsauslegung liegt im Sinne der bürgerlichen Parteien. § 160 der altpreußischen Gesindeordnung vom 8. November 1810 schreibt vor:

„Eine Herrschaft, die aus anderen als gesetzmäßigen Ursachen das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, muß von der Obrigkeit, dasselbe wieder anzunehmen und den Dienstvertrag fortzusetzen, angehalten werden."

Hierin, sollte man annehmen, liegt die Vorschrift, daß die Polizei **von Amtswegen** die Herrschaft zur Befolgung des Vertrags anhalten müsse. Weit gefehlt! Die preußischen Gerichte haben aus diesem Paragraphen in Verbindung mit dem folgenden § 161:

„Weigert sie sich dessen beharrlich, so muß sie dem Dienstboten Lohn und Livree auf die noch rückständige Dienstzeit entrichten."

gefolgert: das Gesinde ist verpflichtet, die Polizei zu ersuchen, die Herrschaft zur Fortsetzung des Dienstvertrages zu veranlassen. Hat das Gesinde das nicht getan, so habe es **kein Klagerecht**. So sind die Gerichte, die ja nach der schon vor hundert Jahren geäußerten Ansicht des Ministers Suarez im Zweifel stets zugunsten der Herrschaft entscheiden werden, dazu gelangt, **durch Weigerung oder Erschwerung des Rechtswegs** den **kontraktbrüchigen Gutsbesitzern eine Prämie für ihren Vertragsbruch** durch diese Praxis zuzusprechen. Diese Beschränkung des Rechtswegs ist spätestens mit der Zivilprozeßordnungsnovelle von 1897 in Fortfall gekommen. Indes, die herrschende konservative Partei, ihr liberales Anhängsel und die Zentrumspartei schwärmen für den **Kontraktbruch der Gutsbesitzer** und schreien nach neuen Ausnahmegesetzen wegen angeblichen **Kontraktbruchs der Arbeiter**. Dieser Auffassung entsprechend hat die Gerichtspraxis sich für das Fortbestehen der **Prämien für kontraktbrüchige Gutsbesitzer** erklärt. Darüber hinaus hat das Gericht in dem oben vom Gutsschmied geschilderten Falle gar die Gutsschmiede in Gesinde verwandelt und auch dem Gutsschmied sein Recht auf Schadenersatz genommen, und das, **wiewohl dieser** sich an den Amtsvorsteher gewendet hatte.

Hierbei ist es nur den Spuren kammergerichtlicher Judikatur gefolgt, das bereits im Jahre 1898, entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes, Gutshandwerker als unter das Ausnahmegesetz vom April 1854 fallend erklärte, weil die Handwerker **mittelbar** dem landwirtschaftlichen Betriebe dienen — eine fulminante Auslegung, nach der schließlich auch alle gewerblichen Arbeiter und auch alle Beamte ländliche Arbeiter wären, die dem preußischen Ausnahmegesetz von 1854 verfallen sind. In dem Fall des von der konservativen Partei abgefallenen Gutsschmiedes hat mit Unrecht das Gericht sich auf die Kabinettsorder vom 8. August 1837 berufen. Diese bezieht sich nicht auf Handwerker, sondern auf Instleute. Mit ihrer Entstehung steht es so: Die Junker beantragten im Jahre 1834 auf dem Landtag der preußischen Provinzialstände, die Instleute der Gesindeordnung zu unterstellen. Die Kabinettsorder vom 8. August 1837 lehnte dies Ansinnen ab, bewilligte aber: „daß künftig bei den Streitigkeiten zwischen den Dienstherrschaften und Instleuten in der **Provinz Preußen** über den An- und Abzug und über die Erfüllung kontraktmäßig übernommener Verbindlichkeiten während des bestehenden Dienstverhältnisses die Polizeibehörde auf dieselbe Weise, wie es für die eigentlichen Gesindesachen gesetzlich vorgeschrieben ist, die vorläufigen Bestimmungen erlassen und mit Vorbehalt des beiden Teilen dagegen zustehenden Antrags auf gerichtliche Entscheidung zur Ausführung bringe." Eine inhaltlich gleiche Bestimmung wie diese Kabinettsorder trifft für Neuvorpommern und Rügen § 174 der Gesindeordnung für Neuvorpommern und Rügen rücksichtlich der Einlieger, Kätner und überhaupt solcher Dienstleute, „welche von dem Besitzer eines Landguts zur Bewirtschaftung desselben gegen Gewährung einer Wohnung in den dazu gehörigen Gebäuden und gegen ein im voraus ein- für allemal bestimmten Lohn angenommen worden sind."

Gleichviel aber, ob das ostpreußische Gericht mit Recht oder mit Unrecht glaubte, aus dem Gesetz herauslesen zu müssen: Gesinde und auch Gutshandwerker haben kein Recht, bei dem ordentlichen Gericht **kontraktbrüchige Gutsbesitzer** zu verklagen, bevor sie den Amtsvorsteher gebeten haben, den Gutsbesitzer um Wiederaufnahme des zu Unrecht Entlassenen zu ersuchen — diese tatsächliche **Prämiierung der Gutsbesitzer für Kontraktbruch** entspricht dem Wunsch der herrschenden bürgerlichen Parteien. Sonst hätten sie längst diese zum Himmel schreiende gesetzliche Begünstigung des Vertragsbruchs Wohlhabender beseitigt. Der Gutsschmied hat aber darin Recht: weil die Erfüllung dieser Forderung der Gerechtigkeit entspräche, ist sie nur von der Sozialdemokratie zu erwarten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Generalversammlung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse

fand am Montag, den 29. Juni, im Klubhaus, Kommandantenstraße 72, statt. Die Vorsitzende, Frau Stock, erstattete den Vorstandsbericht.

Die Vereinsabende dieses Winters waren zum größten Teil durch einen Zyklus von Vorträgen: „Zur Geschichte der Frau" eingenommen. In diesen Vorträgen behandelte die Referentin, Frau Zepler, in knappen Umrissen die Stellung des Weibes im Kultur- und Wirtschaftsleben der Menschheit von den ältesten geschichtlich bekannten Zeiten bis zu unserer modernen Frauen- und Arbeiterinnenbewegung.

Der historische Abriß begann mit einer Darstellung der Forschungen zur Urgeschichte der Ehe und Familie, behandelte dann in kurzer Zusammenfassung die Stellung des Weibes im alten Griechenland und Rom, die Umwertungen, die das Christentum und sein asketisches Ideal für die Beziehungen der Geschlechter mit sich brachte, die Stellung der Frau und ihre Mitarbeit im Wirtschafts- und Kulturgetriebe des germanischen Mittelalters. Ein weiterer Vortrag befaßte sich mit dem geistigen Aufstieg der Frauen bestimmter Gesellschaftsklassen in der Hochblüte der italienischen Renaissance. Daran schloß sich ein Ueberblick über die Reformationszeit in den germanischen Ländern und die Betrachtung der deutschen Klassiker- und Romantikerperiode mit ihrem starken Hervortreten des weiblichen Einflusses im Geistesleben. Die weiteren Referate behandelten eingehender die Epoche der großen französischen Revolution, das endliche Aufflammen politischen und sozialen Interesses auch unter den Frauen jener Tage, die ersten glühenden revolutionären Erhebungen des weiblichen Proletariats, das Erwachen der Emanzipationsideen. Endlich die großen technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen des 18. und 19. Jahrhunderts, die die Frau als selbständig Schaffende in das Wirtschaftsgetriebe hinausstießen und damit zur Grundlage des welthistorischen Frauenbefreiungskampfes wurden, in dessen heißestem Ringen die bürgerlichen wie die proletarischen Frauen noch heute stehen.

Am Schluß des Vortragszyklus gab die Referentin eine Zusammenfassung des Ganzen und entwickelte auf der gegebenen historischen Basis in allgemeinen Zügen die Richtlinien für die zukünftige Gestaltung des Frauenlebens, wie sie sich ihr aus den heutigen Strömungen zu ergeben schienen. Sie suchte einerseits in bezug auf die bürgerlichen Frauen nachzuweisen, daß die geistigen und sozialen Tendenzen, die sich unter ihnen herausgebildet haben, die Probleme, die im Emanzipationskampf für sie entstanden sind, ihre Lösung niemals im Kapitalismus, sondern einzig und allein in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft finden können. Andererseits entwickelte sie im Anschluß an die Schilderung der modernen Arbeiterbewegung und des großartigen Aufstiegs der Sozialdemokratie in allen Kulturländern die Ursachen, die die Frauen des Proletariats von einem reinen Geschlechtskampf fernhalten und sie im Gegenteil mit Notwendigkeit dahin führen mußten, ihre soziale und geistige Befreiung nur im Mitkampfe mit dem Manne ihrer Klasse, in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, in dem bewußten Ringen um die Forderungen der Sozialdemokratie zu suchen. Die sozialistische Zukunftsgesellschaft werde nach allem, was wir heute zu erkennen vermögen, auch eine grundlegende Umgestaltung der Familienbeziehungen sowohl wie der Grundlagen der Kindererziehung und der Hauswirtschaft mit sich bringen. Sie werde das weibliche Geschlecht vermutlich zu einer allgemeinen Berufsausübung führen, andererseits aber die Mutterschaft und Kinderpflege als eine hohe Leistung für das Ganze gesellschaftlich entsprechend werten und so erst die Widersprüche wirklich lösen, die sich in jeder anderen Wirtschaftsorganisation für die Freiheit des Weibes aus seiner Gebundenheit durch die Mutterschaft ergeben.

Die Vorträge, die mannigfaltige Probleme aufgerollt hatten, weckten eine äußerst lebhafte Diskussion, die die verschiedensten Fragen berührte. Für diese Diskussion war ein eigener Abend bestimmt. Es wurde der Referentin von zahlreichen Seiten vorgeworfen, sie habe in der Darstellung früherer Jahrhunderte viel zu stark die gesellschaftliche Stellung des Weibes unter den Besitzenden, wie die rein geistigen Strömungen in der Frauenwelt berücksichtigt, die ja ebenfalls nur von den Frauen der herrschenden Klassen ausgingen, dagegen dem weiblichen **Proletariat** und seinem Dasein zu wenig Raum gewidmet. Ebenso erhob sich starker Widerspruch gegen ihre Wertung der Frauenemanzipationsbewegung als einer bedeutsamen Kulturbewegung überhaupt. Mehrere Diskussionsredner wandten sich auch gegen die Ausblicke der Rednerin in bezug auf die zukünftige Gestaltung des Frauenlebens. So rief die Frage eine besonders eifrige Debatte wach, ob bei einer **Hebung** der Lebenslage der Arbeiterschaft dennoch auch für die **verheiratete** Proletarierin die Tendenz bestehen bleiben werde, selbständige Berufsarbeit zu leisten, die Frage also, ob die zunehmende gewerbliche Mitarbeit der Arbeiterfrauen **ausschließlich** durch den ungenügenden Erwerb der männlichen Arbeiter hervorgerufen sei oder ob die Frau des Proletariats auch aus dem **Wunsche** wirtschaftlicher Selbständigkeit zur Berufsarbeit greife. Endlich entspann sich ein lebhafter Meinungsaustausch über die Ursachen der in allen Gewerben so viel geringeren Entlohnung der Frauen- gegenüber der Männerarbeit, ein Problem, das ebenfalls in den Vorträgen berührt worden war.

In bezug auf den ersten Punkt wies die Referentin im Schlußwort, wie schon mehrfach in der Diskussion, darauf hin, daß **vor** dem Entstehen der modernen Arbeiterbewegung wenig geschichtliches Material gerade über die Frauen der proletarischen Klassen gesammelt worden sei, ihr Zurücktreten in einem historischen Ueberblick über die Geschichte des Weibes deshalb unvermeidlich wäre. In den übrigen Fragen wahrte Frau Zepler ihren Standpunkt und betonte zum Schluß besonders, daß ihrer Anschauung nach die sehr tiefgehenden Probleme, die für das Frauenleben genau so gut im Proletariat wie im Bürgertum existierten, in der Sozialdemokratie oft zu wenig Beachtung fänden, daß jedenfalls aber eine möglichst eindringende Diskussion aller aufgerollten Einzelfragen höchst wertvoll sei und nur immer wieder zur Vertiefung unserer sozialistischen Ueberzeugung beitragen könnte.

Nach dem Vortragszyklus veranstaltete der Verein in diesem Jahre noch drei Abende, die sich mit künstlerischen Themen resp. Vorträgen befaßten. Einem Vortrag von Dr. Keesbach über die Betrachtung künstlerischer Werke waren zwei Museumsführungen für die Vereinsmitglieder ebenfalls unter Leitung des Dr. Keesbach vorangegangen.

Dem Bericht der Vorsitzenden folgte zunächst der Kassenbericht der Kassiererin Frau **Klotzsch** und der Revisorinnen. Der Kassiererin wurde Decharge erteilt. Darauf fand die Diskussion über Vereinsangelegenheiten statt. Sie bewegte sich hauptsächlich um die Frage der Stellung des Vereins gegenüber dem neuen Vereinsgesetze. Von allen Seiten wurde die Wichtigkeit des Bestehens eines Arbeiterinnen-Bildungsvereins neben den politischen Organisationen betont, da die Mitglieder die wissenschaftliche und künstlerische Anregung, die ihnen der Verein biete, in gleicher Art an anderer Stelle schwerlich zu finden vermöchten.

Nach der Diskussion wurde noch Bericht erstattet über die seit dem Mai dieses Jahres auf Anregung der Vereinsmitglieder neu gegründeten Jugendabteilung des Vereins. Die Jugendabteilung hat bisher an fünf Sonntagen Veranstaltungen für die Jugend arrangiert, und zwar dreimal in einem Saal des Gewerkschaftshauses und zweimal im Freien. Diese Zusammenkünfte erfreuten sich von Anfang an einer äußerst lebhaften Beteiligung der jugendlichen Arbeiterinnen. Wie der Vorstand berichtete, hat er bereits eine Anzahl geeigneter Hilfskräfte speziell für die Leitung der Jugendveranstaltungen gewonnen und hofft im Winter die neue Abteilung nach allen Seiten hin möglichst reich und vielseitig ausgestalten zu können.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf. Dienstag, den 7. d. M.: Ausflug nach Wiadmannsluft. Abfahrt früh 8.15 von Schönholz. Treffpunkt im Vereinslokal bei Gründer. Bei schlechtem Wetter acht Tage später.

Der Vorstand.

Friedenau. Dienstag, den 7. Juli, abends 8½ Uhr, im Rheinschloß: Generalversammlung.

Konditoren, Hilfsarbeiter! Heute abend ½9 Uhr: Oeffentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59. 1. „Welche Interessen haben wir in der Ortskrankenkasse der Konditoren zu vertreten?" 2. Hirsch-Dunckersche Denunziationen.

Berliner Freibäder-Verein. Heute abend 9 Uhr im Königshof, Bülowstr. 37: Mitgliederversammlung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 7. cm	seit 4. 7. cm[1]	Wasserstand	am 5. 7. cm	seit 4. 7. cm[1]
Memel, Tilsit	120	—3	Saale, Grochlitz	86	—6
Pregel, Insterburg	—4	—1	Havel, Spandau[2]	80	—4
Weichsel, Thorn	38	0	„ Rathenow[2]	114	—3
Oder, Ratibor	75	—3	Spree, Spremberg[2]	78	—4
„ Krossen	59	—2	„ Beeskow	112	—2
„ Frankfurt	68	—1	Weser, Münden	—82	—3
Warthe, Schrimm	2	+2	„ Minden	4	—2
„ Landsberg	—7	—1	Rhein, Maximiliansau	448	—5
Netze, Vordamm	—9	+5	„ Kaub	231	—4
Elbe, Leitmeritz	—76	+2	„ Köln	232	—4
„ Dresden	-189	—7	Neckar, Heilbronn	36	—3
„ Barby	66	—5	Main, Wertheim	96	—4
„ Magdeburg	82	—11	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 7. Juli

Anfang 7½ Uhr.

Neues kgl. Operntheater. Der Barbier von Sevilla.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Breitigräfin.
Kammerspiele. Gelbstern.
Neues. Der Zerrissene.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. Geschlossen.
Berliner. Raffles.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wallner-Theater.) König für einen Tag.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Westen. Ein Walzertraum.
Bernhard Rose. Im Hause der Sünde.
Metropol. Das muß man seh'n.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. London Suburbia. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anf. 7 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.) Moritz-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr: **König für einen Tag.** (Si j'étais roi.) Komische Oper in 4 Aufz. von A. Adam.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Gastspiel **Heinrich Bötel:** Der Postillon von Lonjumeau.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **König für einen Tag.**

Berliner Theater.
Täglich: **Raffles.**

Karlsgarten Rixdorf.
Karlsgarten-Straße 10-11.
Sommer-Spielplan.
Jeden Montag: **Apollo-Sänger.**
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Spezialitäten und Theater.**
Vorher: Garten-Konzert.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oskar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. **Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Sommerspielzeit. Leitung v. G. Pitt.
Die Diebin. (Leah Kleschna.)
Sensationsschauspiel in 4 Akten von C. M. S. Mc Lellan.
Mittwoch: Die Diebin.
Donnerstag: Die Diebin.

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Metropol-Theater
Zum 289. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Im Hause der Sünde
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
U. a.: Gastspiel Rud. Mälzer.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

Zoologischer Garten
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte. —

Apollo Theater
Ein Bomben-Lacherfolg.
10 Uhr:
London Suburbia.
Große englische Burlesk-Pantomime in 2 Bildern, ausgeführt von Bert Bernards Original-Kompagnie.
Vorher 8 Uhr: Die neuen Attraktionen u. „Die süßen Grisetten".

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler.
5 Schenk Marvelly's.
Trio Busson.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
8 Uhr: **Wenn der Flieder blüht.**
Vorh. die neuen Juli-Spezialitäten!
Mr. Neuberty, der großart. Equilibrist!
Karl Cook, der Urkomische usw.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3—6 Uhr.
Donnerstag: Benefiz C. Reich: Hüttenbesitzer.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spreelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Neue Welt.
Hasenheide 108—114.
Heute u. folg. Tage:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kopfsprung aus der
6. Etage.
Doppel-Konzert und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
Der Liebe Leid und Freuden.
Volksposse mit Gesang in 5 Bildern von R. Lindner u. F. Seitz
sowie das neue
Riesen-Juli-Programm.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.

Ob schön! Täglich: Ob Regen!

Das neue und beste Programm Berlins

Wochentags Anfang **4** Uhr. Entree **20** Pf.
Sonntags Anfang **3** Uhr. Entree **30** Pf.

Großer Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

Dampfer-Station Michaelbrücke

an der Michaelkirchstraße.

Beginn der **billigen Ferienfahrten mit Musik** heute, Dienstag, nachm. 2½ Uhr: nach **Freibad Grünau, Schmöckwitz und Ziegenhals.** Mittwoch: **Freibad Grünau, Schmöckwitz** und **Neue Mühle.** Donnerstag und Freitag: nach **Woltersdorfer Schleuse, Freibad Grünau, Schmöckwitz** und **Ziegenhals.** Abfahrt früh 8½ Uhr, nachm. 2½ Uhr. Preis hin und zurück früh und nachm. nur **50** Pf., Kinder die Hälfte. 4445 **Reederei Zachow.**

Passage-Theater.

Der größte

Saisonerfolg

Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske

Berlin in Stimmung!

Das Tollste vom Tollen und die

neuen Juli-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.

Der Riese aller Riesen

Pisjakoff

Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Wintergarten

Abwechslungsreiches

Programm

von

Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.

Täglich

Die Welt ein Paradies

große Ausstattungs-Revue
und **erstklassige Spezialitäten.**
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Anfang Wochentags **8 Uhr.**

Anfang Sonntags **7 Uhr.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion **Wilhelm Reimer.**

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsch. Sänger

und

Tanzkränzchen

Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Neues Programm.
Bei schlecht. Witterung i. **Theater.**
Anf. der Vorstellg. **8** Uhr. Anf. des Gartenkonz. **5** Uhr. **Kleine Preise.**

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71

Hermann Imbs.

Täglich:

Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain.

Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.

Neu: Piccardos komische Pantomime:

Die Einbrecher von New York.

Jeden Abend 10 Uhr: **Berlin steht Kopp.**

Urkomische Gesangsposse von L. Eth.
Volksbelustigungen. Kinematograph.
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.**

Max Kliems Sommer-Theater.

— Hasenheide 13—15. —

Artistische Leitung: **Bernhard Lange.**

Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Mittwoch: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe der

Tischler und Pianoforte-Arbeiter

zu Berlin.

Den Herren Arbeitgebern sowie den Mitgliedern unserer Kasse zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die von der Generalversammlung am 23. April 1908 beschlossene Statutenänderung, betreffend die Erhöhung der Beiträge, vom Bezirksausschuß genehmigt ist und mit **Montag, den 13. Juli 1908,** in Kraft tritt.

Die wöchentlichen Beiträge betragen nunmehr vom **Montag, den 13. Juli 1908,** ab:

1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder (ausschließlich der Lehrlinge) . . . . **0,81 M.**
2. für erwachsene weibliche Kassenmitglieder . . . **0,42** „
3. für männliche Kassenmitglieder unt. 16 Jahren und für Lehrlinge . . **0,30** „
4. für weibliche Kassenmitglieder unt. 16 Jahren **0,24** „

Der Vorstand.
E. Boeske, Vorsitzender.
4425 M. Grabe, Schriftführer.

Bäckereigenossenschaft „Produktion" (E. G. m. b. H.) **zu Charlottenburg.**

Mit dem 1. Juli ist obengenannte Genossenschaft in Liquidation getreten. Etwaige Forderungen sind umgehend an die Adresse „Konsumverein Charlottenburg", Wallstr. 23, zu richten.

Die Liquidatoren.
A. Winter. A. Sellin.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 9. Juli, abends 8½ Uhr, in den **„Arminhallen"**, Kommandantenstr. 58—59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1908.
3. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission sowie Neuwahl derselben.
4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Kollegen! Wir erwarten, daß die Kollegen recht pünktlich u. zahlreich erscheinen.
157/9 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal von Herrn Schmidt, Prinzenallee 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Gaukonferenz und Wahl der Delegierten zu derselben. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 144/9

Zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Bitte ausschneiden **Maler** und aufbewahren!

Kollegen, besonders **günstig** für die, welche in der Schilderschreiberei nicht geläufig sind, aber dennoch Schaufensteraufschriften und Schilder zu schreiben haben, liefert **sehr billig,** auch an Private.
C. Pansch, O. 112, Pettenkofer-Straße 36 I.

Moabiter-Bürger-Säle, Beusselstraße 9.

Achtung! **Vereine!** Achtung!

Vom September 1908 ab sind meine Säle, 350 und 100 Personen fassend, außer an den üblichen Sonnabenden, auch **Sonntags** an Vereine zu vergeben. Achtungsvoll **J. Kirschkowski,** Gastwirt.

Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation!

Selowsky's

Caruso

Zigaretten

nur 3 Pf. per Stück!

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wilke. Amt IIIa, 4835.

Achtung! 50/4*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal braun und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Blendol

mit dem Putzmännchen

bestes flüssiges Metallputzmittel

In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältl. Fabrik: **Urban & Lemm,** Charlottenburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Stralauer Viertel.)
Bezirk Nr. 329.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Böttcher

Gustav Schladale

Langestr. 49
gestorben ist. 219/4

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Juli, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Andreas-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Gustav Schladale

am 4. d. M. an Herzlähmung plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, den 7. Juli, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause, Langestraße 49, aus nach dem Sankt Andreas-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
39/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Paul Walter

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Kirchhofes in Berlin, Müllerstr. 44/45, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Fritz Dorn

an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt. 118/17
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Ortsverwaltung Berlin 10.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Paul Walter

am 4. Juli gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Juli, nachmittags 5½ Uhr, auf dem Apostel-Kirchhof, Müllerstraße 44/45 statt.
253/7 **Die Ortsverwaltung.**

Am 4. Juli verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Rendant, Herr

Hermann Heilmann.

Wir verlieren in ihm einen liebevollen und rechtdenkenden Vorgesetzten und Kollegen und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. 275/8

Die Beamten der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.

Am 4. Juli verschied nach kurzem schweren Leiden der Rendant unserer Kasse Herr 275/7

Hermann Heilmann.

Vierzehn Jahre hindurch hat er mit außerordentlicher Pflichttreue und Sachkenntnis unsere Kasse verwaltet und hat diese durch seinen Tod einen schweren Verlust erlitten.
Wir werden das Andenken des Verstorbenen stets in Ehren halten.
Berlin, den 6. Juli 1908.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin, Otto Ullrich, Vorsitzender.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachm. 4½ Uhr, von der Kapelle des Heilandskirchhofes in Plötzensee aus statt.

Danksagung.

Wir sagen allen, die meinem Mann, unserem lieben Vater die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Wahlverein sowie dem Metallarbeiter-Verband, unseren herzlichsten Dank.
Witwe Kamrath
nebst Kindern.

Allen Verwandten, Freunden, wie Bekannten auf diesem Wege die traurige Nachricht, daß am 4. Juli, meine liebe Frau, unsere sorgsame Mutter Frau 4415

Luise Bredow

nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme an **Robert Bredow nebst Kindern.**
Die Beerdigung findet heut nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes in Plötzensee aus statt.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, dem Rauchklub „Mehr Licht", dem Verband der Freien Gast- und Schankwirte sowie den Sängern sagen wir für die Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau unserer guten Mutter unseren herzlichen Dank.
Julius Leye nebst Kindern.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Dr. med. Karl Reinhardt's spezialärztliche Institute für **Haut-, Harnleiden,** Potsdamer Str. 117 (½12—2, ½8—9 abds.) **Neanderstr. 12** (½10—11 u. ½5—½8). Verlangen Sie im eig. Interesse vor Beginn einer Kur ausführl. Broschüre über d. Wert sämtl. übl. Heilmethoden in verschlossenem Kuvert gratis und postfrei oder im Institut. 228/18*

Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort
Westmanns

Trauermagazin

Hauptgeschäft:
Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnaden, 2. Haus von der Jerusalemerstraße, und **NO., Gr. Frankfurterstr. 115,** 2. Haus von der Andreasstraße, zwecks **Auswahl d. passenden Trauergarderobe** aufzusuch.
Um dem **Publikum einen besonderen Vorteil** zu bieten, gewähre ich **auf diese Anzeige hin** bei Kauf
10 % Rabatt in bar!

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. **Apoth. S. Schweitzers** Fab. hyg. Präp., **Berlin O.,** Holzmarktstr. 69-70. **Preisl. gratis.**

Deutschlands grösstes Spezialgeschäft für

Bettfedern

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig

BERLIN S. 390 Prinzenstr. 46

versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstäubte, gut füllende **Bettfedern** p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima **Halbdaunen** M. 1.75; **Gänserupffedern** M. 2.00; prima weiße **Gänsehalbdaunen** M. 2.50-3.00-3.50 echt chines. **Monopoldaunen** M. 2.85, echt russisch. **Matador-Gänsedaunen** M. 3.50 Von den Daunen genügen 3—4 Pfd. zum groß. Oberbett. — **Gänsefedern** (z. Reißen) M. 0.60 per Pfund; **Gänseschlachtfedern,** wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.
Letztjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfedergeschäft erreicht.

H. Pfau, Bandagist

jetzt: Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für **alle Krankenkassen.**

Fahrräder billiger! direkt ab Fabrik.

Neue Fahrräder 40.—, 45.—, 50.—,

in elegantester Ausstattung, 10jährige Garantie **75 M.** Laufdecken 1.50, Luftschläuche 1.50, Pedale 0.75 sowie sämtliche Radfahrbedarfsartikel; Uhren, Waffen, Musikinstrumente, Nähmaschinen usw. **Man verlange sofort reichillustr., 186 Seiten starken Hauptkatal. grat. u. frko.**
E. Machnow. — Berlin — Weinmeisterstr. 14

Leihhaus

Gelegenheitskäufe verfall. **Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.**
Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28** I

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog **m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.**
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Am besten kaufen Sie
Hygienische Bedarfsartikel
jeder Art im 33379*
Drogenhaus H. Bocatius
Berlin NW., Birkenstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Zahlabend.

Auf Beschluß des Aktionsausschusses veröffentlichen wir hiermit nochmals die Leitsätze, welche von Parteivorstand und der Frauenkonferenz vereinbart sind und als Grundlage der Verhandlungen, auch am Zahlabende, dienen können.

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortbestehen besonderer Frauen-Bildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Die im Zentralvorstande Groß-Berlins hierüber gepflogene Diskussion sowie die Denkschrift der Frauen zur Begründung der Vorschläge ist im Mitteilungsblatt ausführlich wiedergegeben.

Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes erwarten wir, daß die organisierten Genossen und Genossinnen am morgigen Zahlabend zahlreich erscheinen.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Achtung, fünfter Wahlkreis! Die zweite Abteilung hält am Mittwoch gemeinsamen Zahlabend bei Borde, Neue Königstr. 7, ab.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Abteilungsführer.

Wilmersdorf-Halensee. Am morgigen Zahlabend tagen die Genossen vom 1., 2. und 3. Bezirk beim Genossen Bouczeck, Kurfürstendamm 126. Die Bezirke 13, 14, 15 und 16 halten den diesmonatlichen Zahlabend gemeinschaftlich beim Genossen Fischer, Bruchsalstraße, Ecke Durlacher Straße, ab. Die anderen Bezirke kommen in ihren alten Bezirkslokalen zusammen.

Köpenick. Die Versammlung des Wahlvereins findet umständehalber nicht heute, sondern morgen, Mittwoch, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, im „Kaiserhof“, Grünstraße, mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Der fällige Zahlabend wird später abgehalten.

Adlershof. Parteigenossen! In dem am Mittwoch, den 8. d. M., stattfindenden Zahlabend soll in allen Bezirken über den „Uebertritt der Frauen in unseren Wahlverein“ diskutiert werden.

Hohen-Neuendorf und Stolpe an der Nordbahn. Am Mittwoch, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Lokale von P. Schmitz, Stuhtwaldstr. 45, ein Zahlabend für Männer und Frauen des Bezirkes statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Walter Zimmermann-Karlshorst über: „Die Frau im Kampfe für Volkswohl und Volksrecht“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Erkner. Am Mittwoch, den 8. Juli, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre, Ersatzwahlen und Vereinsangelegenheiten.

Kaulsdorf. Mittwoch, den 8. Juli, findet ein Zahlabend in Kaulsdorf bei Mees und in Mahlsdorf-Süd bei Träger statt.

Marienfelde. Der Zahlabend findet im Lokale von Oberschmidt statt.

Nowawes. Morgen Mittwoch, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Die Lehren der Landtagswahl. Referent: Gen. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. 3. Sommerfest. 4. Abrechnung von der Maifeier. 5. Verschiedenes. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Am Mittwoch findet für sämtliche zum Wahlverein gehörenden Bezirke in den bekannten Lokalen Zahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Der Klatsch.

Ein selbst für den Moabiter Justizpalast seltenes Schauspiel gab es am letzten Sonnabend — vier blutjunge, schüchterne, gerichtsunerfahrene Krankenschwestern in ihrer charakteristischen schwarzen Tracht nebeneinander auf der Anklagebank. „Es hilft nichts“, meinte bedauernd der liebenswürdige Vorsitzende, als er die vier „Angeklagten“ in den gefürchteten Raum hineinkomplimentierte. Wie wir es schon in unserem Vorbericht über das bereits genau geschilderte, anerkennenswerte „Rettungsheim für Trinkerkinder“ in Berlin und Halensee voraussagten, hatten Drahtzieher hinter den Kulissen der Heimleitung eins auswischen wollen. Das ging aus der Beweisaufnahme nur zu deutlich hervor. Der Vorsitzende selbst erklärte, daß man hier eine harmlose Sache ungeheuer aufgebauscht habe. Das war gleichzeitig ein kleiner Seitenhieb auf die Polizeiverwaltung der Kolonie Grunewald, die sich ein Verdienst erworben hätte, von der Stellung des Strafantrages abzureden. Wenn vier solche nicht bloß ewig betende, sondern auch mal übermütige junge Schwestern eine fünfte Berufskollegin, die für die fragliche Nacht das Heim wechseln sollte, neckend aus dem Bette lotsen und ihr dabei die eine mit den Worten „Schrei doch nicht so!“ ein paar Klapse auf die Schulter gibt, so ist das doch wohl weder Perversität, noch Mißhandlung oder vorsätzliche gemeinschaftliche Körperverletzung. Um nicht allzusehr nebenbeizuhauen, war bei der Anklage die „Perversität“, die irgend ein ganz besonders Schlauer gewittert hatte, fallen gelassen worden. So kam nur die kleine Holzerei zur Sprache. Fast dramatisch gestaltete sich die Vernehmung der Klägerin, Schwester Hasenpflug, die jetzt im Krankenhause Bethanien als Probeschwester fungiert. Trotz oder vielleicht gerade wegen der väterlichen Worte des Vorsitzenden knickte die Klägerin so zusammen, daß sie nur mit äußerster Anstrengung und sitzend den Eid leisten konnte. Nach diesem Eide blieb eine einzige „tätliche Beleidigung“ seitens der einen angeklagten Schwester übrig. Der Vorsitzende persönlich redete dringlich zu, den Strafantrag zurückzuziehen, da drei der Schwestern so wie so auszuschalten wären. Jetzt gab es unter dem stillen Gaudium im überfüllten Zuhörerraum noch eine kleine Ohnmacht, die fast wie ein Gewissensbiß aussah, und hinterher den allerseits erwarteten Freispruch. Strahlend vor Freude verließen die vier jungen Krankenschwestern den Anklageraum, indes die völlig zusammengebrochene Klägerin nach einer Droschke geleitet wurde. Hoffentlich ist ihr diese erste Gastrolle vor Gericht eine heilsame Lehre fürs Leben. Es stünde besser in der Welt, wenn die überempfindlich gewordenen Menschenkinder nicht wegen jedes Klatsches und Tratsches gleich zum Kadi laufen wollten.

Erwerbung von Ländereien zu Rieselzwecken. In der letzten Sitzung der städtischen Deputation für die Kanalisationswerke und Rieselfelder wurde mitgeteilt, daß der Minister für Landwirtschaft und Forsten den Erwerb von rund 4000 Morgen Forsten des Fiskus seitens des Magistrats zu Rieselzwecken genehmigt hat. Diese Forsten liegen bei Schönwalde um den idyllischen Gorinsee und gehören zu den schönsten Waldungen der Umgegend von Berlin. Der Gorinsee ist schon seit längerer Zeit mit dem Ankauf von Buch in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen. Diese neuen Waldungen grenzen westlich an die Mühlenbecker Forst, nördlich an die Bernauer Stadtforst und östlich an die Rieselfelder in Schönow und Schmetzdorf. Sie sind am schnellsten mit der Kleinbahn zu erreichen, die von Reinickendorf-Rosenthal nach Schönwalde führt.

Ein ungewöhnlich starker Verkehr herrschte an den letzten Tagen auf den Berliner Bahnhöfen; an die Verwaltungen wurden Anforderungen gestellt, die nur unter Heranziehung der gesamten Verkehrsmittel erfüllt werden konnten. Am Sonntagvormittag erreichte der Ferienverkehr seinen Höhepunkt, so daß die Mehrzahl der von Berlin abgelassenen Bäderzüge geteilt werden mußte und dennoch bis auf den letzten Platz gefüllt wurden. Von sämtlichen Bahnhöfen wurden in der Nacht zum Sonntag eine größere Anzahl Sondergepäckzüge abgelassen, deren auf der Strecke nach Schlesien nicht weniger als sieben verkehrten. Nach den Ostseebädern fuhren fünf Sondergepäckzüge und ebenso groß war die Zahl derartiger Trains nach den Nordseebädern. Die Aufgabe der Bahnverwaltungen in der Abfertigung der Züge war um so schwieriger, als der erste Feriensonntag auch einen außerordentlich starken Ausflüglerverkehr brachte. Das ganze rollende Material der Berliner Eisenbahndirektion mußte zur Bewältigung dieses Massenverkehrs herangezogen und zahllose Extrazüge nach Friedrichshagen, Grunewald, Hermsdorf und Potsdam eingelegt werden. Dazu kam noch, daß auch die von den Bädern und aus den Gebirgen eintreffenden Bahnen eine sehr starke Besetzung aufzuweisen hatten, weil am Sonntag die erste Gruppe der Urlaubsreisenden zum größten Teil wieder nach Berlin zurückkehrte. Daß unter solchen Verhältnissen die Fahrpläne nicht strikte innegehalten werden konnten, ist erklärlich und die Mehrzahl aller Züge traf mit Verspätungen von 15 Minuten und mehr auf den hiesigen Bahnhöfen ein. Ebenso erlitten die abfahrenden Trains zum Teil beträchtliche Verspätungen.

Verlegung von Straßenbahnlinien aus der Zimmerstraße. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Asphaltierung der Zimmerstraße zwischen der Wilhelm- und Friedrichstraße die Linien, die durch die Zimmerstraße führen, zu verlegen. Die Arbeiten und die Verlegung beginnt am nächsten Donnerstag, den 9. Juli. Die Linie 59 Weißensee-Steglitz und 62 Weißensee-Wilmersdorf gehen von der Zimmerstraße durch die Charlotten-, Koch-, Wilhelm-, Anhalt- und Schöneberger Straße und zurück. P Westend-Dönhoffplatz geht durch die Königgrätzer-, Anhalt-, Wilhelm-, Koch-, Charlotten- und Zimmerstraße, während R durch die Leipziger Straße bis zum Spittelmarkt verkehrt.

Ueber die Benutzung der Monatskarten

auf der Stadt- und Ringbahn scheinen recht eigentümliche Vorschriften im Schwange zu sein. Bekanntlich enthalten die Monatskarten den gedruckten Vermerk: „Gültig für Stadt-, Ring- und Vorortzüge“. In der Praxis wird dieser Vermerk aber recht einseitig durchgeführt. Während der Inhaber einer Monatskarte nach dem Westen zu nach zahlreichen Vorortstationen fahren kann, ist es nach dem Osten zu sehr schlecht nach dieser Richtung hin bestellt. Kann man beispielsweise mit der Monatskarte vom Bahnhof Papestraße nach dem Potsdamer Bahnhof und dessen Vororten kommen, so muß der Monatskarteninhaber, der die Stationen Rummelsburg-Ost oder Lichtenberg-Friedrichsfelde benutzen will, die Erfahrung machen, daß er dem Vermerk: „Gültig für Stadt-, Ring- und Vorortzüge“ zuviel getraut hat; er muß in diesem Falle ein besonderes Billett lösen. Und dabei gehören die Stationen Rummelsburg-Ost und Lichtenberg-Friedrichsfelde noch zum Stadtbahn- und nicht einmal zum Vorortverkehr. Will uns die Eisenbahnverwaltung nicht sagen, wie sich das zusammenreimt?

Im Irrenhausprozeß gegen den Redakteur Karl Schneidt von der „Zeit am Montag“ ist der auf den 6. Juli anberaumte Verhandlungstermin aufgehoben worden. Die Aufhebung erfolgte, weil der Beklagte kurz vorher seine Absicht kundgab, zur Erbringung eines umfangreichen Wahrheitsbeweises, daß der Fabrikbesitzer und Stadtverordnete Emanuel Lubecki aus Beuthen zu Unrecht fünf Monate in der schlesischen Provinzial-Irrenanstalt Leubus festgehalten worden sei, eine große Anzahl wichtigster Zeugen zu laden. Voraussichtlich wird die Verhandlung erst unmittelbar nach den Gerichtsferien, also in der zweiten Hälfte des September, stattfinden.

Was dem Staatsanwalt alles passiert. In einer Schöffengerichtsverhandlung, die am Sonnabend in Moabit vor der 120. Abteilung stattfand, mußte der Hauptangeklagte auf Grund des klaren Ergebnisses der Beweisaufnahme verurteilt werden, weil er bei einer nächtlichen Schlägerei einer hochschwangeren Frau schwere Hiebe über den Leib mit einem Stahlstock versetzt hatte. Auf diese Mißhandlung wird es zurückgeführt, daß das Kind bald nach der Geburt starb. Für die bewiesene „Roheit und Gemeinheit“, wie der Vorsitzende sich später ausdrückte, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, indem er mildernde Umstände ausgeschlossen wissen wollte, — eine Woche Gefängnis! Ebenso amtshöflich wie bestimmt machte darauf der Vorsitzende, unbeirrt durch die grinsenden Kriminalstudenten, darauf aufmerksam, daß bei Ausschluß mildernder Umstände und bei Verwendung eines lebensgefährlichen Werkzeuges das geringste Strafmaß zwei Monate sei. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Ferienspiele. Wir erhalten von dem ersten Leiter der Ferienspiele folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Am Montag, den 6. beginnen in diesem Sommer die von der Stadt Berlin seit einer Reihe von Jahren aufrecht erhaltenen Ferienspiele, die sich je länger einer desto größeren Anerkennung und eines stets steigenden Zuspruchs erfreuen. Besondere Anziehungskraft und erfolgreiche Wirkungen üben die Außenplätze, deren vier in diesem Jahre dem Spielverkehr offen gehalten werden. Blankenfelde I und II, Buch und Bürknersfelde. Nach den ersteren beiden führt die Straßenbahn bis Nordend, nach letzteren muß die Eisenbahn benutzt werden und zwar die Vorortstrecke bis Buch (vom Stettiner Vorortbahnhof aus) und für den Spielplatz Bürknersfelde die Strecke Wriezener (Schlesischer) Bahnhof—Marzahn. Es sei darauf hingewiesen, daß die Kgl. Eisenbahn-Direktion in wohlwollendem Entgegenkommen die Ausgabe von unübertragbaren Zeitkarten mit 31tägiger Giltigkeitsdauer angeordnet hat: nach Buch zum Preise von 4,80 M., nach Marzahn zum Preise von 3,50 Mark. Den interessierten Eltern wird dringend empfohlen, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen und etwaige Anträge unverweilt für Buch bei Herrn E. Richter, Berlin C, Koppenplatz 6, und für Bürknersfelde bei Herrn Lehrer Th. Brumme, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 43/44, zu stellen. Genannte Herren geben auch gern jede weitere Auskunft.“

Ueber den Charakter der Ferienspiele haben wir dieser Tage uns bereits eingehender ausgelassen.

Bei einem verhängnisvollen Straßenbahnunfall ist in der vergangenen Nacht der Arbeiter Heinrich Müller aus Blankenfelde tödlich verletzt. Als M. über den Fahrdamm der Prinzen-Allee schritt, brach er auf den Gleisen plötzlich zusammen. In diesem Augenblick kam ein Straßenbahnwagen der Siemens u. Halske-Linie herangesaust. Der Führer konnte das Hindernis auf den Schienen erst beobachten, als der Waggon dicht herangefahren war. M. wurde infolgedessen überfahren und so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte.

Ein weiterer schwerer Straßenbahnunfall erfolgte in der Schönhauser Allee. Der 28 Jahre alte Schlosser Franz Streuchmann aus der Simeonstraße 25 versuchte während der Fahrt auf einen Straßenbahnwagen der Linie 47 aufzuspringen. Er kam zu Fall und wurde von dem nachfolgenden Anhängewagen überfahren. Der Zustand des Verunglückten ist ebenfalls recht bedenklich.

Eine Familientragödie hat sich im Osten Berlins abgespielt. In der Scharnweberstr. 31 wurden die 55 Jahre alte Martha Raeck und ihre 22jährige Tochter Klara in der Wohnung tot aufgefunden. Frau Raeck wies an den Pulsadern tiefe Messerschnitte auf. Die Leiche hing am Bettpfosten. Der Tochter waren an beiden Armen die Pulsadern geöffnet und der Hals durchgeschnitten worden. Zweifellos hat die Mutter erst ihre Tochter getötet und sich dann selbst das Leben genommen. Das Motiv zu dem Drama ist darin zu suchen, daß der Bräutigam der Tochter, ein Charlottenburger Gastwirt, plötzlich an einem Herzschlage gestorben ist.

Ballonunfall eines Berliner Arztes. Ein Ballonunfall, bei dem ein Berliner Arzt verletzt wurde, ereignete sich gestern nachmittag in der Nähe von Mittenwalde auf dem Schenkendorfer Grund. Der Ballon „Betzold“ des Berliner Vereins für Luftschiffahrt war am Nachmittag in Schmargendorf mit vier Herren aufgestiegen. Die Führung hatte Dr. Stade, einer der Führer des Vereins, übernommen. Es war eine Sportfahrt. Der Ballon hielt sich immer in mäßiger Höhe und nahm die Richtung nach Königswusterhausen. In der Nähe von Mittenwalde wollte Dr. Stade landen. Als der Ballon sank, bemerkte Dr. Stade noch im letzten Moment, daß an der Landungsstelle eine Telegraphenleitung lief. Die Landung konnte dort also nicht erfolgen, da sonst die Leitung zerstört worden wäre. Dr. Stade gab Ballast auf, um über die Telegraphenleitung hinüberzukommen. Der Ballon stieg etwas und geriet in einen nach oben aufströmenden Luftwirbel. Hierdurch wurde er bis in eine Höhe von 3000 Meter getragen. Es war nur noch wenig Ballast vorhanden. Dieser reichte nicht aus, um die Fallgeschwindigkeit zu vermindern. Der Ballon stürzte mit in die Tiefe. Der Führer Dr. Stade rief: „Achtung! Klimmzug!“ Im nächsten Moment setzte der Korb auf dem Erdboden auf. Einer der Mitfahrenden, der Spezialarzt Dr. Richard Simon aus der Bülowstr. 11 zu Berlin, überhörte den Befehl und fing, als der Korb aufschlug, die ganze Wucht des Stoßes auf, so daß er einen Knöchelbruch davontrug. Die anderen drei Insassen blieben unverletzt. Dr. Simon wurde sofort nach dem Mittenwalder Kreiskrankenhause geschafft und dort von dem Sanitätsrat Dr. Hahn verbunden. Am Abend schaffte man den Patienten dann mittels eines Koppschen Krankenautomobils in die königliche Klinik in der Ziegelstraße.

Ueber einen Raubanfall wird gemeldet: Gestern vormittag um 8½ Uhr drang der Schuhmacher Josef Lang, geboren am 12. Dezember 1882 zu Donauwörth, Lietzmannstr. 8 bei Kutschmann wohnhaft, in den im Hause Büschingstr. 5 befindlichen Keller des 72 Jahre alten Schuhmachers August Zwink und versuchte, ihn mittels eines Halstuches zu erwürgen. Auf die Hilferufe des überfallenen alten Mannes floh Lang, wurde aber vom Publikum verfolgt und so lange festgehalten, bis ihn ein Schutzmann festnahm und der Wache zuführte. Dann wurde er der Kriminalpolizei übergeben. Lang hatte es auf die Kasse des Zwink abgesehen.

Warnung. Der Polizeipräsident gibt bekannt: In hiesigen Zeitungen wird von der Firma Dr. med. Rumler in Genf, deren Inhaber jetzt ein Dr. med. Ringelmann ist, ein Buch als Wegweiser und Ratgeber zur Verhütung und Heilung von Gehirn-, Rückenmarks- und Geschlechtskrankheiten angepriesen. In dem „Neurasthenie“ betitelten Buche werden eine Reihe der schwersten Krankheiten als Folgen geheimer Leiden in übertriebenster Weise dargestellt, um die Kranken in Angst zu versetzen und sie zu veranlassen, einen dem Buche beigegebenen Fragebogen auszufüllen und sich danach in briefliche Behandlung durch die Firma zu begeben. Vor diesem auf Ausbeutung leichtgläubiger und ängstlicher Personen berechneten Schwindel wird hiermit gewarnt.

Ein großer Dachstuhlbrand kam am Sonntagmittag um 12 Uhr im rechten Seitenflügel Belleallancestr. 59 an der Fidicinstraße, vermutlich durch Brandstiftung, zum Ausbruch. Als die Feuerwehr mit den Zügen 9 und 11 auf den zweimaligen Alarm an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl schon in geraumer Ausdehnung in Flammen. Diese wurden von einem heftigen Sturm, der sich gleichzeitig erhoben hatte, mächtig angefacht. Dazu kam, daß der Brandstifter eine größere Menge Petroleum zum Anstecken gebraucht hatte, das Dämpfe entwickelte, unter denen die Löschmannschaft anfänglich sehr zu leiden hatte. Durch längeres kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand auf den Dachstuhl, der nicht mehr zu retten war, zu beschränken. Den Mietern sind eine Menge Hausrat, besonders Papier und Brennmaterialien usw., verbrannt.

Der Arbeiter-Schwimmerbund hielt am Sonntag im Rummelsburger See sein diesjähriges Dauerschwimmen ab. Das Schwimmen ging über zirka 1350 Meter mit der Liebesinsel als Start und dem Etablissement „Neu-Seeland“ in Stralau als Ziel. — Das Dauerschwimmen war ein glänzendes Zeugnis für die Arbeit, die von den einzelnen Vereinen auf dem Gebiete der Jugendausbildung geleistet worden ist. Die erzielten Zeiten der Knaben- und Jugendschwimmer waren sehr gute, wenn man bedenkt, daß der größte Teil von ihnen zum ersten Male eine so lange Strecke durchschwamm. Auch die Damen bewährten sich als mutige Schwimmerinnen, von sieben Startenden gingen sechs durchs Ziel. Die einzelnen Resultate waren folgende:

I. Knaben: 1. E. Lobitz („Vorwärts“-Rixdorf) 32 Min. 22 Sek. 2. M. Badicke („Vorwärts“-Berlin) 32 Min. 32⅖ Sek.

II. Jugend: 1. O. Röder („Freie Schwimmer“-Charlottenburg) 28 Min. 7 Sek. 2. W. Frank („Vorwärts“-Rixdorf) 28 Min. 24⅕ Sek. 3. O. Krüger („Spreehort“) 29 Min. 11⅘ Sek.

III. Damen: 1. J. Aufner („Freie Schwimmer") 33 Min. 2. W. Kutschkau („Freie Schwimmer") 33 Min. 35²/₅ Sek. 3. H. Schlöffel („Damenschwimmklub Rixdorf") 37 Min. 27¹/₅ Sek.

IV. Junioren. 1. P. Schmidt („Vorwärts"-Berlin) 32 Min. 2. Schwarze („Delphin"-Tegel) 32 Min. 25³/₅ Sek. 3. W. Hamann („Spreehort") 33 Min. 24¹/₅ Sek.

V. Senioren. 1. R. Krebs („Vorwärts"-Berlin) 29 Min. 40 Sek. 2. F. Reimann („Vorwärts"-Berlin) 30 Min. 13 Sek.

Das mit dem Schwimmen verbundene Sommerfest wurde durch den später eintretenden Regen leider gestört.

Durch die obige Veranstaltung zeigte der Arbeiter-Schwimmerbund, daß es ihm mit seinen Bestrebungen sehr ernst ist. Hoffentlich ruft dieselbe auch bei den Genossen Interesse wach, die noch den hurrapatriotischen bürgerlichen Schwimmvereinen angehören.

Radrennen in Steglitz. Das Rennen um den „Großen Sommer-Preis" war reich an interessanten Momenten und zeitigte ein sehr gutes Ergebnis. Sieger in dem 100 Kilometer-Rennen blieb Br. Salzmann in 1 Stunde 10 Min. 30 Sek., Nobl (770 Meter), Bedell (1950 Meter), Verbist (9100 Meter) zurück und Stellbrink, der kurz vor Schluß aufgab. Stellbrink eröffnete als erster das Rennen und passierte schon in der dritten Runde Nobl, als in der achten Runde sein Motor aussetzt und Verbist die Führung übernimmt; doch Bedell löst ihn bald ab und fährt ein schönes Rennen. Aber auch Nobl ist zeitweilig sehr schnell und passiert Bedell, um dann wieder zurückzufallen. Stellbrink hat inzwischen seinen alten Motor wiedererhalten und fährt mit großer Bravour und überrundet Salzmann, Nobl und Bedell, als abermals sein Motor versagt. Auch Bedell muß seine Führung wechseln und vom 40. Kilometer ab ist Salzmann an der Spitze und hält diese bis zum Schluß. Nobl hat sich den zweiten Platz erobert und fährt sehr schnell, kann aber nicht verhindern, daß Salzmann ihm eine Runde abnimmt. Verbist und Stellbrink haben unter Motor- und Radschaden zu leiden und fallen weit zurück. Salzmann legte in der Stunde 85,220 Kilometer zurück. — Die Fliegerrennen boten guten Sport und wiesen starke Felder auf. Im Hauptfahren siegte Peter vor Scheuermann, Wegener und Carapezzi. In den vier Vorgabefahren siegten Ganzevoost (40), Thiem (65), Kelm (60) und Arndt (75). Das Tandem-Prämienfahren gewannen Scheuermann-Wegener vor Carapezzi-Padewald, Techner-Peter und Pawke-Süßmilch; letztere errangen außerdem 7 Prämien.

Straßensperrungen. Es werden gesperrt: Die Jungfernbrücke behufs Erneuerung des Bohlenbelags; die Sparrstraße von der Lynarstraße bis zum Hause Nr. 22; der nördliche Damm der Gitschinerstraße von der Prinzenstraße bis zum Luisenufer; die Stralauer Straße von der Jüdenstraße bis zur Hausgrenze Stralauer Straße Nr. 55/53 (unter Ausschluß des Kreuzdammes mit der Jüdenstraße) vom 13. ab; die Königgrätzer Straße von der Asphaltgrenze an der Großbeerenstraße bis zum Rampenfuß der Belle-Alliance-Brücke (Haus 76) vom 13. ab.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich in der vorgestrigen Nacht in der Wilmersdorfer, Ecke der Schillerstraße. Der 42 Jahre alte Kaufmann Julius Zimmerling verließ gegen ½12 Uhr an der genannten Stelle einen von ihm benutzten Straßenbahnwagen der Linie V und wollte sich nach dem Bürgersteig hinüberbegeben, um dort auf einen nach Wilmersdorf fahrenden Wagen zu warten. In diesem Augenblick kam eine Bedagdroschke herangesaust, wodurch es Z. nicht möglich war, auszuweichen. Er wurde von dem Kraftwagen niedergerissen und über den Kopf gefahren. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation XVIII in der Kaiser-Friedrich-Straße gebracht, wo er unter den Händen des Arztes verstarb. Zimmerling hatte einen Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterung erlitten. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

In der Lehrlingsvermittelung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeirat in ständiger Beziehung steht, ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung kommenden Schulkinder zur frühzeitigen Angabe ihres beabsichtigten Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Michaelis 1908 eine Lehrstelle suchen und zwar nicht nur in den stets begehrten Metallgewerben (als Elektrotechniker, Mechaniker, Maschinenbauer, Maschinenschlosser), sondern auch im Baugewerbe (als Maurer, Maler) sowie als Tapezier, Tischler, Barbier, Schuhmacher, Schlächter endlich als Buchhalter, Kaufmann, Koch usw. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Putzmacherin, Näherin, Verkäuferin, Buchhalterin suchen, sowie auch solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittelung im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg, Kirchstr. 6, in der Nähe der Luisenkirche, sowie in der Zweigstelle für weibliches Hauspersonal am Wittenberg Platz 4, Ecke Bayreuther Straße 8, ist für beide Teile kostenlos.

Steglitz.

Ein Bauunfall ereignete sich am Sonnabendnachmittag ³/₄4 Uhr auf dem Bau der Holsteinischen Str. 46/47. Dort war der Träger Hugo Anders mit der Abnahme des Rüstzeuges seines Innenputzers beschäftigt. Hierzu benutzte er das Gerüst des Außenputzers, dessen Rüstung mangelhaft abgedeckt gewesen sein soll. Anders machte einen Fehltritt und fiel von der ersten Etage in die Tiefe auf Riegel und Stangen. Der Verunglückte blieb bewußtlos liegen und wurde von seinen Kollegen zunächst in die Baubude getragen, bis ihm der herbeigerufene Arzt Dr. Fink die erste Hilfe brachte und schweren Schädelbruch feststellte. Erst nach 1½ Stunden erschien der Krankenwagen, in welchem Anders in das Groß-Lichterfelder Krankenhaus überführt wurde.

Dampf oder Elektrizität? Die dringende Notwendigkeit, unsere Pumpstation zu erweitern, war die Veranlassung, daß sich die letzte Gemeindevertretersitzung mit der Entscheidung der obigen Frage zu beschäftigen hatte. In einer früheren Sitzung wurde von einigen Herren die Frage aufgeworfen, ob nicht bei dem heutigen Stande der elektrischen Industrie die Elektrizität mit dem Dampf als Betriebskraft für die Pumpstation in Wettbewerb treten könne. Schöffe Kirchner verteidigte zwar schon damals in fachmännischen Ausführungen die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Dampfes für große Betriebe, es wurde aber doch die Einholung von Gutachten beschlossen. Die Professoren Brix und Weihe erläuterten persönlich die abgegebenen Gutachten, die den Gemeindevertretern gedruckt vorlagen. Da die Ausführungen auch für Parteigenossen außerhalb unseres Ortes, sofern dieselben als Stadtverordnete oder Gemeindevertreter tätig sind, interessant sein dürften, sei hier kurz das wesentlichste angeführt. Die Entscheidung der Frage, ob Kolbenpumpen mit Dampfbetrieb oder Zentrifugalpumpen mit elektrischem Betrieb, richte sich ganz nach den örtlichen Verhältnissen, der ganzen Anlage der Kanalisation und der zu bewältigenden Wassermenge. Es sei zweifellos, daß der elektrische Zentrifugalpumpenbetrieb, der bis jetzt nur in kleineren Ortschaften zur Anwendung gelange, sich auch für große Anlagen eigne; jetzt noch bestehende technische Schwierigkeiten würden sicher noch überwunden. Hauptsächlich dort, wo der Betrieb nur ein stundenweiser sei, wo Platzmangel vorhanden oder die Errichtung eines Schornsteins störend oder lästig sei, wären die Bedingungen für elektrischen Betrieb ohne weiteres gegeben. Das wirtschaftliche Moment sei bei Anlagen in Ortschaften bis zu 30 000 Einwohnern bei beiden Betriebsarten fast das gleiche, da die Mehrkosten der elektrischen Kraft durch Ersparnisse an Baukosten, Grunderwerb und Personalkosten gegenüber einer Dampfanlage aufgewogen würden. Ganz anders lägen aber die Verhältnisse bei Ortschaften mit über 30 000 Einwohnern. Von hier ab überstiegen die Kosten des elektrischen Betriebes diejenigen des Dampfbetriebes in starkem Maße und stellten sich bei einer Einwohnerzahl von 300 000 um über 100 Prozent höher. Bei dieser Berechnung hätten die Gutachter den ihnen aufgegebenen Einheitspreis von 10 Pf. pro Kilowattstunde zugrunde gelegt. Zugunsten des Dampfes spräche auch noch die Anpassungsfähigkeit der Kolbenpumpen. Durch schnelleres oder langsameres Arbeiten der Maschine könne für gleichmäßiges Fortschaffen der zufließenden Wassermenge, die bekanntlich an den verschiedenen Tageszeiten stark differiere, gesorgt werden, was in sanitärer Hinsicht sehr wünschenswert sei. Die elektrischen Zentrifugalpumpen dagegen arbeiten mit stets gleicher Tourenzahl, wodurch es bei starkem Zufluß der Schmutzwässer zu Stauungen kommen könne. Aus diesen Erwägungen und in Berücksichtigung der hiesigen speziellen Verhältnisse empfahlen die Herren Gutachter den Dampfbetrieb. Die Gemeindevertretung folgte dem fachmännischen Rat und bewilligte zunächst 80 000 M. zur Beschaffung einer neuen Dampfpumpe. In der Diskussion wurde der Gemeindevorstand gefragt, wer den Gutachtern den Einheitspreis von 10 Pf. für elektrischen Strom aufgegeben habe und auf Grund welcher Offerten dies geschehen sei. Die B. V. E. W. würden den Strom ganz wesentlich billiger liefern können; von anderer Seite wurde ein Preis von 6¼ Pf. genannt. Eine präzise Antwort erfolgte nicht; es hieß nur, daß die B. V. E. W. die Auskunft erteilt hätten, daß der Preis keinenfalls 10 Pf. überschreiten würde. Immerhin eine merkwürdige Sache! Man läßt 10 Pf. bei der Rentabilitätsberechnung zugrunde legen und hinterher behaupten Gemeindevertreter, daß nur 6¼ Pf. in Ansatz kommen können. Richtig bleibt aber, daß selbst bei diesem Preise der Dampfbetrieb in großen Gemeinwesen rentabler ist. Die von den B. V. E. W. seinerzeit völlig kostenlos aufgestellte elektrische Zentrifugalpumpe soll zu Versuchszwecken noch in Betrieb bleiben und wird wohl später von der Gemeinde übernommen werden. — Der Vertrag mit der Aufteilungskommission der Domäne Dahlem, wonach dieselbe gegen Zahlung von 200 000 M. das Recht erwirbt, ihre Regenwässer in den Steglitzer Regenwasserkanal abzuleiten, wird sanktioniert. — Zu Beginn der Sitzung machte der Gemeindevorsteher die Mitteilung, daß die Eröffnung der Badeanstalt nunmehr bestimmt am Mittwoch, den 8. Juli, stattfindet. Am Dienstag soll eine Vorbesichtigung seitens der Gemeindevertreter erfolgen.

Die hiesige Spar- und Darlehnskasse fallit! Wie der „St. Ztg." berichtet wird, wurde auf der letzthin abgehaltenen Generalversammlung den Mitgliedern die traurige Mitteilung gemacht, daß das gesamte Genossenschaftsguthaben in Höhe von 11 500 M. verloren sei und daß die beiden langjährigen Vorstandsmitglieder und kaufmännischen Leiter aus „Gesundheitsrücksichten" und „Ueberbürdung" ihre Aemter vor einiger Zeit niedergelegt hätten. Es soll versucht werden, durch Werbung neuer Mitglieder frisches Betriebskapital zu erlangen. Die Kasse, die seit 18 Jahren besteht, zählte 111 Genossenschaftler, meist hiesige kleine Handwerker, Beamte und Gewerbetreibende, die der Verlust recht hart treffen wird. — Da es sich um ein bürgerliches Unternehmen handelt, erfährt man durch die Presse nicht, inwieweit der schlechte Gesundheitszustand der Vorstandsmitglieder und Leiter mit dem Fallissement in Verbindung steht.

Rixdorf.

Bei dem am Sonnabend in der Neuen Welt stattgefundenen Sommervergnügen des Wahlvereins ist ein blauer Kinderumhang gefunden worden. Derselbe ist abzuholen in der Parteispedition, Neckarstr. 2.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung vor den Ferien hatte noch eine lange Tagesordnung zu erledigen. Zunächst handelte es sich um die Deckung für den Bau und die innere Ausstattung der Schulbaracke bei der Gemeindeschule I. Bekanntlich hatte man schon vor zwei Jahren beschlossen, im südlichen Ortsteil ein neues Schulhaus zu erbauen; der Bau wurde aber bis jetzt zweimal vertagt. Da aber unbedingt neue Klassenräume geschaffen werden müssen, so greift man zu dem schlechten Mittel des Barackenbaues. Hierfür verlangt der Gemeindevorstand 12 966,05 M. aus den Ueberschüssen des Jahres 1906. Die Vorlage fand ohne Debatte Annahme. Nicht einmal eine leise Mahnung seitens der Vertreter der dritten Abteilung, speziell der neugewählten, wurde laut, um nun endlich den so dringend notwendigen Schulneubau zu beginnen. Unsere Gemeindevertreter sind ja auch alle so gestellt, daß es keiner von ihnen notwendig hat, seine Kinder vom Ortsteil „Süden" in die Gemeindeschule I zu senden. Dieses Schweigen ist bezeichnend für die Vertreter des „Gemeinwohls", als die sich die Herren so gern und oft aufspielen.

Das Gemeindehaus bedarf einer Erweiterung und zu diesem Zwecke wurden 45 700 M. gefordert, welche aus Anleihemitteln zu decken sind. Für bauliche Veränderungen im alten Gemeindeschulhause wurden 2000 M., die aus den Ueberschüssen von 1907 entnommen werden sollen, bewilligt. Von größerer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft war die Vorlage betreffs Anlage eines Spielplatzes nebst Unterkunftsraum. Die Gemeinde besitzt in der Spandauer Straße ein Grundstück, welches sich zu einem Spielplatz für die Schulen eignet. Neben oben erwähntem Unterkunftsraum sollen noch ein Geräteraum und zwei Aborte geschaffen werden. Da die Wasserleitung bis zum Spielplatz verlängert werden soll, belaufen sich die Kosten auf 8500 M. Man sollte meinen, daß es bei dieser Vorlage überhaupt keine Meinungsverschiedenheit geben könne. Doch konnte es Herr Münzer, auch ein Vertreter der „Allgemeininteressen", nicht verkneifen, gegen die Vorlage wegen der Höhe zu reden. Ausgerechnet Herr Hammer mußte den Herrn erst darauf aufmerksam machen, daß die Errichtung von Kinderspielplätzen die beste Kapitalsanlage sei. Schließlich wurde die Vorlage in der Form angenommen, daß der Spielplatz noch etwas vergrößert wird und die Kosten nicht höher als 8000 M. sein dürfen. Als nächster Punkt stand die Festsetzung des Fremdenschulgeldes für die Gemeindeschule zur Beratung. Dasselbe wird mit Rückwirkung vom 1. April d. J. auf 100 M. festgesetzt. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen und der welterschütternden Mitteilung des Gemeindevorstehers, daß sich ein neuer „Bürgerverein Süden" gebildet habe, fand die öffentliche Sitzung ihr Ende.

Schmargendorf.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete nach einem Rückblick auf die verflossene Landtagswahl Genosse Hildebrandt einen Bericht von der letzten Gemeindevertretersitzung. In diesem Dorfparlament dauern die öffentlichen Sitzungen in der Regel 10—20 Minuten. Die letzte Sitzung nahm seltsamerweise 1¾ Stunden in Anspruch, für hiesige Verhältnisse eine ganz unerhörte Begebenheit. Grund hierfür war ein Vertrag, den die Gemeinde vor Jahren mit der Westlichen Vorortbahn abgeschlossen hatte. Demnach war diese Verkehrsgesellschaft gegen eine Haftsumme von 10 000 M. verpflichtet, bis 1909 neben der bestehenden noch zwei weitere Straßenbahnlinien zu legen. Die Gesellschaft hat bis dato aber noch nicht den geringsten Schritt zur Verwirklichung dieses Planes getan, lieber will sie die Haftsumme bezahlen, als eine nicht rentierende Linie zu bauen. Alle Vorhaltungen seitens der Gemeinde halfen nicht und so ist beschlossen worden, gegen die Gesellschaft klagbar vorzugehen. Schuld an dieser brüsken Haltung der Bahngesellschaft sind aber nur die früheren Gemeindevertreter, die sich von der Bahngesellschaft das Fell über die Ohren ziehen ließen und nichts davon merkten. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn die Bahngesellschaft für die Durchführung der Bahnlinie Wilmersdorf—Steglitz durch Schmargendorf eine jährliche Garantiesumme von 80 000 M. verlangt. Einer Gemeindevertretung, welche sich so übertölpeln läßt, kann man eben alles bieten. Jetzt sind allerdings einzelne Gemeindevertreter bestrebt, die Sünden früherer Vertreter gutzumachen. Sache der Einwohnerschaft Schmargendorfs, besonders der Arbeiterschaft, ist es nun, den Vorgängen in den Vertretersitzungen ein bißchen mehr Aufmerksamkeit zu schenken wie bisher. — In der Mitgliederversammlung wurden dann noch sechs Genossen in den Wahlverein aufgenommen. Ferner wurde beschlossen, am 15. August im hiesigen „Schützenhaus" das Stiftungsfest des Wahlvereins stattfinden zu lassen, wozu besonders auch auf die Anwesenheit von Genossen aus den umliegenden Wahlvereinen gerechnet wird. Nach einer kurzen Diskussion über bessere Zeitungsbestellung und andere Sachen schloß die gut besuchte Versammlung.

Hohen-Neuendorf.

In der Nacht vom 22. zum 23. September 1906 war, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, der Zimmermann Genosse Hermann von dem Gendarmerie-Wachtmeister Jude erschossen worden. Die gegen Jude erstattete Anzeige wurde zur Zeit abgewiesen. Nunmehr erfahren wir, daß auf die gegen diesen Bescheid eingelegte Beschwerde hin die Erhebung der Anklage endlich doch beschlossen worden ist. Es muß also an zuständiger Stelle erkannt worden sein, daß Jude sich nicht in Notwehr befand, und daß er von seiner Dienstwaffe einen widerrechtlichen Gebrauch gemacht hat.

Von einer Verhaftung des schießlustigen Gendarmen ist uns bisher nichts bekannt geworden. . . .

Gerichts-Zeitung.

Nicht genannt, nicht gemeint, aber doch — beleidigt.

Seit länger als zwei Jahre zieht sich eine Beleidigungsklage hin, die ein **Landrat v. Sivers** (ohne e) gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Weber, angestrengt hat. Der Klage liegt ein Artikel des „Vorwärts" vom 11. Februar 1906 zugrunde, welcher die Greueltaten schildert, die von **baltischen Junkern gegen russische Revolutionäre verübt** worden sind. Unter anderem ist auch davon die Rede, daß manche dieser Junker Brandstiftungen auf ihren Gütern veranlaßten, um die Versicherungssummen zu erhalten und den Verdacht auf die Revolutionäre zu lenken. In dem Artikel wurden einige Namen genannt, deren Träger derartige Brandstiftungen veranlaßt haben sollen, darunter auch der Name von Sievers (**mit e**). Trotz der abweichenden Schreibweise seines Namens glaubte der **livländische Landrat von Sivers auf Römerhof** bei Riga die Angaben des Artikels auf sich beziehen zu dürfen. Er strengte beim **Schöffengericht Berlin-Mitte** die **Beleidigungsklage** gegen Genossen **Weber** an. — In allen Terminen, die seit jener Zeit in dieser Angelegenheit stattfanden, erklärte Weber stets, die Angaben des Artikels bezögen sich gar nicht auf den Kläger, es sei vielmehr ein Herr v. Sievers in Rappin gemeint und auf diesen, nicht aber den Kläger, bezögen sich die angegebenen Tatsachen. Schließlich ist auch über diese Behauptung des Angeklagten Beweis erhoben worden. Der **Verfasser** jenes Artikels, ein russischer Flüchtling, der sich zurzeit in New York aufhält, ist kommissarisch vernommen worden und hat **ausgesagt**, daß sich die Angaben des Artikels auf v. Sievers-**Rappin** beziehen. Trotz alledem hielt v. Sivers-Römerhof hartnäckig an der Klage fest. Er hat auch den **Vergleich abgelehnt**, den der Vorsitzende des Gerichts im vorigen Termin vorschlug und der darin bestand, daß Weber, wie schon öfter, erklärte, er habe den Kläger nicht gemeint. — Hierauf fand gestern wieder ein Termin vor dem Schöffengericht statt. Während der **Vertreter des Klägers** eine empfindliche Strafe gegen den Angeklagten beantragte, forderte **Rechtsanwalt Theodor Liebknecht** als Verteidiger Webers dessen Freisprechung. Er bestritt die Aktivlegitimation des Klägers. Dieser müsse beweisen, daß er gemeint sei oder daß der Angeklagte das Bewußtsein hatte, die Angaben des Artikels könnten sich auf den Kläger beziehen. Dieser Beweis sei nicht erbracht. Im Gegenteil sei durch die Aussage des Zeugen erwiesen, daß ein anderer als der Kläger gemeint sei.

Das **Gericht** kam sonderbarerweise zu einer entgegengesetzten Auffassung, **es verurteilte Weber zu einer Geldstrafe von 100 M.** und erteilte dem Kläger die Befugnis, das Urteil auf Kosten des Beklagten im „Vorwärts", in der „Rigaer Zeitung" und in der „Düna-Zeitung" zu veröffentlichen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende: Die Aktivlegitimation des Klägers sei dadurch gegeben, daß bei der allgemeinen Fassung des Artikels jeder v. Sievers in Livland sich beleidigt fühlen konnte und daher das Recht zu klagen habe. Die abweichende Schreibweise des Namens sei unerheblich. Unbegründet sei auch der Hinweis des Klägers, daß sich doch nicht jeder Träger des Namens Lehmann oder Schultze beleidigt fühlen könne, wenn irgend einem nicht näher bezeichneten Lehmann oder Schultze ehrenrührige Handlungen nachgesagt werden. Lehmann und Schultze seien Sammelnamen, während den Namen v. Sievers in der Hauptsache nur Mitglieder einer Familie führen. Für den Dolus des Angeklagten sei nicht erforderlich, daß er das Bewußtsein der Beleidigung gegenüber der Person des Klägers gehabt habe. Als Milderungsgrund komme in Betracht, daß der Angeklagte den Artikel nicht selbst verfaßt habe und daß er weniger die Person des Klägers, als vielmehr den baltischen Adel insgesamt treffen wollte. Andererseits sei aber doch die Ehre des Klägers schwer beleidigt.

Die „Gesetzwidrigkeit" der Straßendemonstrationen.

Aus Anlaß der **Protestkundgebungen vom Januar 1908**, die sich gegen die preußische Dreiklassenschmach richteten, haben in den letzten Monaten unsere **Gerichte** in zahlreichen Fällen darüber zu entscheiden gehabt, ob und wann Straßendemonstrationen als gesetzwidrig anzusehen seien. Ein Schöffengericht hat einem Wahlrechtsprotestler mit rückhaltloser Offenheit erklärt, es sei ein Unterschied zu machen zwischen den Demonstranten von 1908, die ihre Unzufriedenheit mit dem Dreiklassenwahlrecht zum Ausdruck brachten, und jenen anderen Demonstranten von 1907, die ihre Freude über den der Regierung erwünschten Ausfall der Reichstagswahlen bekundeten. In einem bedenklichen Gegensatz zu dieser Ansicht steht, so scheint es, die Begründung eines Urteils, das jetzt gegen einen anderen der Wahlrechtsprotestler von einer Strafkammer gefällt worden ist.

Am 12. Januar 1908 beteiligte der **Stukkateur Wenske** sich an den Protestkundgebungen der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins durch Besuch der **Versammlung im Feenpalast**. Als nach Schluß der Versammlung die auf die Straße hinausflutende Menge in **Hochrufe auf das freie Wahlrecht und auf die Sozialdemokratie** ausbrach, stimmte auch W. ein. Polizeihauptmann Wolfheim, der mit einem Heer von Schutzleuten auf der Straße stand, empfing die Versammlungsteilnehmer mit dem Kommando, ruhig zu sein. Einen der Rufer, Wenske, griff er eigenhändig heraus, um ihn einem seiner Schutzleute zu übergeben. W. kriegte ein polizeiliches Strafmandat wegen **groben Unfugs durch lautes Rufen** sowie wegen **Nichtbefolgung der Anordnungen der Polizei**. Das Schöffengericht, dem er die Sache zur richterlichen Entscheidung unterbreitete, sah beides als erwiesen an und erkannte auf **60 M. Geldstrafe** (eventuell 12 Tage Haft). W. legte **Berufung** ein, weil er sein Verhalten nicht für gesetzwidrig hielt. Berufung wurde aber **auch von der Staatsanwaltschaft** eingelegt, weil ihr die Strafe noch nicht hoch genug erschien. Gestern hatte die **Strafkammer** VIIIB des Landgerichts I Berlin zu entscheiden.

Der **Angeklagte** bestritt nicht, in die Hochrufe eingestimmt zu haben. Er behauptete aber, er habe das nur ein einziges Mal getan, ohne vorher ein Ruhegebot gehört zu haben. **Polizeihauptmann Wolfheim** schilderte in drastischen Ausdrücken, wie die Menge „die Ordnung gestört" habe. Sie habe „gejohlt", habe einen „ungeheuren Radau" gemacht, es sei „haarsträubend" gewesen. Besonders Wenske habe, den Hut schwenkend, „geschrien, als ob er Geld dafür kriegte". Der so überaus feinfühlige Herr Hauptmann Wolfheim gehört offenbar zu denjenigen Polizeioffizieren, die den **patriotischen Wahlnachtsradau vom 5. Februar 1907**, der von 7 Uhr

abends bis 12 Uhr nachts vor dem „Lokalanzeiger"-Haus, vor dem Reichskanzlerpalais und vor dem Königsschloß aufgeführt wurde, nicht mit durchgemacht haben. Gegen Wenske bekundete er noch, der habe auch dann noch nicht geschwiegen, als er ausdrücklich aufgefordert wurde, ruhig zu sein. Der Angeklagte blieb dabei, er habe nichts gehört. Mit dem Hut habe er nur seinem Bruder gewinkt, der dicht hinter ihm das Versammlungslokal verließ. Der Bruder, der als Zeuge vernommen wurde, bekundete gleichfalls, er wisse nichts von einem Ruhegebot.

Der **Staatsanwalt** beantragte gegen W. 14 Tage Gefängnis. Eine **schwere Strafe** sei nötig wegen der Gefährlichkeit des die Ordnung störenden Verhaltens des Angeklagten; er habe dafür zu büßen, daß an jenem Tage Zusammenstöße, wenn auch nicht vor dem Feenpalast, so doch an anderen Punkten der Stadt vorgekommen seien. Der **Verteidiger Rechtsanwalt Th. Liebknecht** stellte fest, daß die an anderen Punkten der Stadt vorgekommenen Zusammenstöße durch die Polizei selber verschuldet worden seien. Der Zweck der Kundgebungen vom 12. Januar sei ein sehr ernster gewesen, die Beteiligung daran könne kein grober Unfug sein, auch sei durch sie nicht das Publikum in seiner Allgemeinheit beunruhigt worden, die Bevölkerung Berlins sei ja größtenteils sozialdemokratisch, sie habe den Kundgebungen durchaus zugestimmt, sie habe sie auch für erlaubt halten müssen im Hinblick auf jene anderen Demonstrationen vom vorhergehenden Jahre. Der Angeklagte sei freizusprechen, mindestens aber milder zu beurteilen. Das **Gericht entschied**, das erstinstanzliche Urteil sei zu **bestätigen**. W. habe sich strafbar gemacht, und die über ihn verhängte Strafe sei nicht zu hoch. Durch Straßendemonstrationen werde **die öffentliche Ordnung gefährdet**, sie seien selbst dann nicht zu rechtfertigen, wenn sie einem **guten Zweck** dienen. Zu verwerfen sei aber auch die Berufung der Staatsanwaltschaft, die verhängte Strafe sei ausreichend.

Interessant ist an diesem Urteil der Standpunkt, daß Straßendemonstrationen selbst dann, wenn sie einem „guten" Zweck dienen, nicht zu rechtfertigen seien. Die Strafkammer VIIIB ist wenigstens konsequent, sie sieht in **jeder** Straßendemonstration eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung". Sie würde gewiß, so denken wirs uns, auch die **patriotischen Wahlnachts-Hurraschreier** ohne Gnade verurteilt haben, wenn die Polizei nicht mit freundlichem Lächeln ihnen zugeschaut, sondern mit roher Faust sie auf die Anklagebank gestoßen hätte.

Aus einer Hirsch-Dunckerschen Kassenverwaltung.

Vor der Strafkammer in Beuthen, O.-Schl., stand der Grubenarbeiter Vallentin Gelluschka aus Antonienhütte unter der Anklage, als Kassierer des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter 1038 Mark unterschlagen zu haben. Die Verhandlung entrollte ein wahrhaft erheiterndes Bild von dem Zweck der Vereinsgelder und der Ansicht des Angeklagten und seiner Revisoren. Gelluschka erklärte, er habe für die von der Zahlstelle veranstalteten Sommer- und Wintervergnügungen aus der Verbandskasse stets vorschußweise Geld entnommen. Es konnte dann aber nicht zurückgezahlt werden, weil die erhofften Einnahmen für gewöhnlich ausblieben. Besonders putzig machte sich die Mitteilung des Angeklagten, daß er **bei Kassenrevisionen auf Anraten der Revisoren, den nötigen „Stoff" aus der Verbandskasse zu bezahlen pflegte**, und daß **deshalb mehr Kassenrevisionen als nötig** stattfanden. Wenn die Vorstandsmitglieder sich in Geldverlegenheit befanden, dann kamen sie zum Angeklagten und **liehen aus der Kasse Beträge von 2, 3 oder 5 Mark, deren Rückzahlung sie dann gewöhnlich vergaßen.** Bei Beerdigungen von Vereinsmitgliedern wollte niemand die Fahne tragen; es mußte erst jedesmal ein Fahnenträger durch reichliche Portionen von Bier und Schnaps — auf Kosten des Vereins natürlich — gewonnen werden.

Bei solchen Ausgaben war es erklärlich, daß die Beiträge nicht ausreichten, um aus der Kasse die eigentlichen Leistungen — vor allem die **Krankenunterstützung** — zu bestreiten. Um nun aus der Hauptkasse die erforderlichen Zuschüsse zu erhalten, wurden **die Vorstandsmitglieder krank geschrieben, ohne es zu sein, oder die tatsächlich Krankgemeldeten wurden länger als krank geführt, als sie die Unterstützung wirklich bezogen.**

Da der Staatsanwalt in diesen Mitteilungen Urkundenfälschung erblickte, mußte die Verhandlung vertagt werden.

Streikjustiz.

Ein Urtel, **das** wieder einmal die bekannte Art der deutschen Rechtsprechung gegen Streikende in hellstem Lichte erscheinen läßt, fällte am Sonnabend die Lübecker Hoppenstedt-Strafkammer. Zum Beginn dieses Jahres streikten in Lübeck die **Gärtnereiarbeiter**, da ihnen eine geringfügige Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen rundweg abgeschlagen war. Unter den ausgestellten Streikposten befand sich auch der **18jährige Arbeiter Hans**. Am Mittag des 11. März traf Hans, der noch in Begleitung zweier Streikenden war, den Arbeitswilligen Frehse und dessen gleichfalls Streikbrecherdienste verrichtende Braut. Die Streikenden machten die Arbeitswilligen auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam und suchten sie zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Dies wurde jedoch von ihnen abgelehnt. Hans, der die Streikbrecher kannte, hat zu dem Mädchen gesagt, sie wäre doch im Metallarbeiterverbande und deshalb sei ihre Handlungsweise erst recht zu verurteilen. Das Mädchen soll hierauf eine barsche Antwort gegeben haben. Nach den Bekundungen der beiden Arbeitswilligen hat Hans dann gemeint: „Wir fangen bald wieder an zu arbeiten und dann gibts welche in die Schnauze." Bei dieser Aussage der Streikbrecher ist bemerkenswert, daß **sowohl das Mädchen als auch der Arbeiter** erklärte, sie könnten **nicht** behaupten, **gegen wen von ihnen** die Drohung gerichtet gewesen sei. Hans **bestritt**, die Drohung überhaupt ausgesprochen zu haben. Die **beiden Streikenden**, welche am 11. März ganz in seiner Nähe standen, bezeugen eidlich, daß sie die inkriminierten Worte nicht gehört haben. Trotzdem kam das Gericht zu einer **Verurteilung** des Angeklagten. **Drei Wochen Gefängnis** wurden ihm aufgebrummt. Es ist nicht in erster Linie die Höhe des Strafmaßes, welche die schärfste Kritik herausfordert, sondern die Tatsache, daß Hans unter den obwaltenden Umständen verurteilt werden konnte. Aber er war Streiker — wie Präsident Hoppenstedt die Streikenden zu bezeichnen pflegt — er war sogar Streikposten. . . . .

Vermischtes.

Die Münchener Erpresseraffaire vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich gestern der frühere Postadjunkt, jetzige Bautagelöhner Bernhard Imhof wegen Erpressung, begangen an dem reichen Fabrikbesitzer und Kommerzienrat Wilhelm Ludovici aus Bogenhausen bei München, zu verantworten. Die mit beispiellosem Raffinement ausgeführte Tat erregte seinerzeit nicht nur wegen der Höhe der von dem Erpresser geforderten Summe, sondern auch deswegen allenthalben das größte Aufsehen, weil der Verbrecher tatsächlich seine unerhörten Drohungen in die Tat umzusetzen suchte. Am 22. Januar dieses Jahres hatte Kommerzienrat Ludovici, der an einer ziemlich einsamen Stelle Bogenhausens eine Villa bewohnt, einen Brief erhalten, der folgenden Wortlaut hatte:

„Geehrter Herr! Eines Lebens, wie ich es jetzt führe, müde, beabsichtige ich, mir auf diese, für Sie etwas unbequeme Art Geld zu verschaffen. Zu diesem Zweck stelle ich an Sie das höfliche Ersuchen, nächsten Freitag, den 24. dieses Monats, nachmittags, an einer Stelle, die ich Ihnen genauer bezeichnen werde, die Summe von 100 000 M. in Banknoten à 100 M. niederzulegen. Es ist dies eine für Ihre Verhältnisse unbedeutende Summe, mir aber genügt sie zu einem sorgenfreien Leben. Als Zeichen Ihres Einverständnisses lassen Sie bitte noch heute folgendes Inserat in den „Münchener Neuesten Nachrichten" aufnehmen: „Ludwig, Einverstanden!" oder was Sie mir sonst noch mitzuteilen haben. Sie werden nun, wie ich annehme, diesen Brief der Polizei übergeben und mich, wenn ich das Geld in Empfang nehmen will, verhaften lassen. Das letztere würde Ihnen zwar nicht gelingen, jedoch würden Sie folgendes erleben: um Sie von dem Ernst der Sache zu überzeugen, würde ich zunächst eines Ihrer Kinder umbringen, und zwar mit Mitteln, an die Sie gar nicht denken, und vor denen es auch gar keinen Schutz gibt. Dann werde ich wieder meine Forderung um Geld an Sie stellen, jetzt aber zwei Millionen Mark verlangen. Bleiben Sie noch halsstarrig, so würde ich ein weiteres Ihrer Kinder nachfolgen lassen und jedesmal eine Million Mark mehr verlangen, bis Ihr Widerstand gebrochen ist. Nehmen Sie auch Ihr Augenlich gut in acht, damit Sie es nicht verlieren. Ein Entrinnen vor diesem Schicksal ist Ihnen und den Ihren unmöglich. Sie mögen sich von Dedektivs überwachen lassen, umsonst, Sie mögen München verlassen, ich werde Ihnen nachfolgen. Sollte ich doch ergriffen werden, so macht das nichts. Hingerichtet wird niemand mehr und das Zuchthaus hat für mich keine Schrecken. Erfahrung macht klug, aber meistens erst eine schlimme Erfahrung. Hüten Sie sich, daß Sie nicht erst an der Leiche Ihres ersten ermordeten Kindes einsehen, wie unklug Sie gehandelt haben. Aber dann ist es zu spät. Keine ruhige Stunde mehr werden Sie haben; denn jeden Augenblick müssen Sie eine andere Hiobspost erwarten, während Sie jetzt durch Zahlung einer geringfügigen Summe von alldem befreit sind. An Ihnen ist es, zu wählen, wie Sie Ihr Leben gestalten wollen. Josef Maier."

Kommerzienrat Ludovici ließ diesen Brief zunächst völlig unbeachtet, worauf Imhof einen zweiten Brief an ihn richtete. In diesem Brief wurden erneut Drohungen ausgestoßen und die Tötung seiner Kinder in Aussicht gestellt. Als auch auf diesen Brief hin nichts erfolgte, meldete sich nach etwa einer Woche der Erpresser wieder und verlangte, Kommerzienrat Ludovici möchte sich endlich einverstanden erklären, die geforderte Summe von 200 000 M. zu zahlen, und seine Bereitwilligkeit durch eine neue Annonce kundgeben, die die Ueberschrift HNO3 trage. Diese der Chemie entnommenen Buchstaben bedeuten aber Salpetersäure. Kommerzienrat Ludovici erließ auch in der „M. N. N." eine Annonce: „Einverstanden. 20 Mille — bis Montag, den 9. März. Bitte um Gotteswillen meine armen Kinder schonen". Auf diese Annonce antwortete der Erpresser sofort, und erklärte sich bereit, seine Forderung auf 80 000 M. herabzusetzen, nur solle Kommerzienrat Ludovici durch eine neue Annonce sein Einverständnis zur Zahlung dieser Summe erklären. Dieser erließ am folgenden Tage abermals ein Inserat: „Die geforderte Summe beträgt ein Zehntel meines Vermögens. Ich kann sie unmöglich zahlen. Ich bin damit einverstanden, bis zum 11. März 50 000 M. zu zahlen." Auch hiermit erklärte der Erpresser seine Zufriedenheit, und teilte mit, wie die Summe in seinen Besitz gelangen sollte. Kommerzienrat Ludovici solle am 11. März, vormittags 11 Uhr, in einem Hutgeschäft an der Sendlinger Straße die geforderte Summe in zwei Paketen abgeben mit der Aufschrift „Ernst Hofmann, Nürnberg". Eine auf diesen Namen lautende Visitenkarte lag bei. Ludovici kam den Weisungen des Erpressers nach, kaufte in dem Laden einen Hut und gab die Pakete für „Herrn Ernst Hofmann" ab. Während er noch in dem Lade war, kam auffälligerweise ein etwa 30jähriger Mann in den Laden und wechselte zum vierten Male seit einigen Wochen einen Hut um, den er in dem Geschäft gekauft hatte. Abends 7 Uhr betrat ein Dienstmann den Laden und fragte nach den für Herrn Ernst Hofmann abgegebenen Paketen. Drei verkleidete Kriminalbeamte, die schon seit dem frühen Morgen in einem Hinterstübchen des Ladens Aufstellung genommen hatten, verfolgten den Dienstmann, um den Auftraggeber herauszubekommen. Dieser hatte offenbar Verdacht geschöpft, denn obwohl der Dienstmann an der verabredeten Stelle bis in die Nacht hinein wartete, erschien niemand, um die Pakete in Empfang zu nehmen.

Schon nach dem dritten Briefe hatte der Erpresser eine seiner Drohungen wahrgemacht. Er hatte sich zwei Jungen gedungen, die die beiden Söhne des Kommerzienrats Ludovici, auf dem Rückwege vom Gymnasium nach Hause begriffen, verfolgten und und sie mit Salpetersäure begossen. Die jugendlichen Attentäter konnten entfliehen, ehe man ihrer habhaft wurde. Glücklicherweise hatte nur der eine der beiden Söhne eine unbedeutende Verletzung am Nacken erlitten. Erst später konnte festgestellt werden, daß ein älterer Mann in der Prinzregentenstraße spielende Kinder veranlassen wollte, die beiden Ludovicischen Knaben mit Salpetersäure zu bespritzen. Der Bevölkerung Münchens bemächtigte sich nach diesen Ereignissen begreiflicherweise eine große Erregung, zumal die Erpresserbriefe nicht aufhörten und jede Spur des Täters fehle. Auch die hohen Belohnungen, die die Polizei und Kommerzienrat Ludovici selbst aussetzten, führten nicht zur Feststellung der Identität des Erpressers. Seine Entdeckung erfolgte vielmehr erst eine geraume Zeit später und zwar durch einen Zufall. Auf ihren Streifzügen durch München, die Ludovicis Söhne auf Veranlassung der Polizei vornehmen mußten, erkannten sie in einem Mann, der in der Nähe der väterlichen Villa beim Straßenbau mit Sandfahren beschäftigt wurde, den Erpresser wieder. Sie liefen zur nächsten Polizeiwache, um ihre Entdeckung mitzuteilen, als sie aber zurückkehrten, war der Mann bereits verschwunden. Aus seinen Papieren stellte man fest, daß man es mit Imhoff zu tun hatte, und eine Haussuchung ergab, daß er Schießpulver und Zündkapseln in seinem Besitz hatte. Es schien tatsächlich, als ob er die Absicht, die Ludovicische Villa in die Luft zu sprengen, verwirklichen wollte. Erst am 9. Mai wurde er in Nymphenburg verhaftet, nachdem er kurz vorher nochmals einen Erpresserbrief an Ludovici gerichtet hatte. Er entstammt einer gutsituierten Familie, sein Vater war Rittergutsbesitzer, hinterließ aber seinem Sohne infolge Mißwirtschaft keinen Pfennig Geld. Imhof war zuerst Ende 1897 als Postaspirant beim Postamt Ochsenfurth beschäftigt. Durch raffinierte Fälschungen verstand er es, Veruntreuungen in Höhe von 35 000 M. zu verdecken. Mit dem Gelde flüchtete er nach Italien, besuchte zumeist in weiblicher Begleitung Mailand, Florenz, Rom, Neapel, Monte-Carlo, Brüssel und London und lebte so lange herrlich und in Freuden, bis er schließlich in Frankfurt a. M. seine Hotelrechnung nicht mehr bezahlen konnte. Er stellte sich dort der Polizei und wurde am 6. März 1902 vom Schwurgericht Würzburg wegen Verbrechen im Amt, Betrug und Urkundenfälschung zu fünf Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Strafe hat Imhof im vorigen Sommer verbüßt. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Eine Stadt in Flammen.

Die Stadt Port au Prince (Haiti) ist am Sonntag von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht worden. Ein Telegramm aus Port au Prince vom 6. Juli besagt: Eine gestern nachmittag hier ausgebrochene Feuersbrunst, die sich bei heftigem Winde rasch verbreitete, hat bisher gegen vierhundert Gebäude zerstört. Auch das Gerichtsgebäude, das Gefängnis und das Arsenal, in dem sich Vorräte an Pulver und Munition befanden, wurden ein Raub der Flammen; die Kabelstation ist vom Feuer bedroht. Die Mannschaft des französischen Kreuzers „Chasseloup-Laubat" half bei den Löschungsarbeiten.

Vom Blitz getötet. Aus München wird unter dem 6. Juli berichtet: Gestern nachmittag wurden auf der Kampenwand mehrere Touristen von einem heftigen Gewitter überrascht. Der Breslauer Medizin Studierende Robert Schulz und der Realschüler Graeber aus Bayern wurden vom Blitz erschlagen; ein Herr aus Hamburg wurde betäubt. Letzterer konnte jedoch mit dem Schnellzuge die Rückreise antreten. Die beiden Getöteten wurden von einer Rettungsexpedition zu Tal gebracht.

Entgleist. Ein am Sonntagabend von Wien abgegangener Personenzug der österreichisch-ungarischen Staats-Eisenbahngesellschaft fuhr, wie aus Wien berichtet wird, bei der Ankunft in Gramatneusiedl infolge unrichtiger Weichenstellung auf ein mit Güterwagen besetztes Gleis, wodurch drei Wagen des Personenzuges entgleisten. Ein Kondukteur und ein Reisender erlitten anscheinend schwere, 19 andere Reisende leichte Verletzungen.

Feuersbrunst im galizischen Petroleumrevier.

Am Sonnabendmittag brach, wie aus Drohobycz berichtet wird, auf dem Petroleumschacht in Tustanowice Feuer aus. Es breitete sich mit großer Schnelligkeit aus und griff auf den größten und produktivsten Schacht des ganzen Gebietes „Oil City" über. Von dort setzten die Flammen einen Schacht der Galizischen Petroleumgesellschaft in Brand und ergriffen dann noch weitere vier Schächte. Am späten Abend gelang es den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren und des Militärs, den Brand zum Stillstand zu bringen. Die Gräben wurden zugeschüttet, und die Gefahr, daß sich das Feuer auf die benachbarten Schächte ausbreitet, kann vorläufig als beseitigt angesehen werden. Aus Borbyslaw wird telegraphiert, daß es nach 9 Uhr abends gelang, den Brand der Naphthaschächte durch Aufschütten der Gräben einzudämmen. Die Gefahr der Ausbreitung des Feuers auf die anstoßenden Schächte ist beseitigt. Sechs Schächte sind niedergebrannt. Das ganze Rohölterrain bildete ein Feuermeer. Infolge des Ausströmens giftiger Gase und der furchtbaren Hitze war es nicht möglich, sich den brennenden Naphthagruben zu nähern. Die Flammen züngelten bis zu einer Höhe von 150—200 Metern empor. Da sich brennendes Rohöl in das Dorf Tustanowice ergoß, verließen die Bewohner des Dorfes fluchtartig ihre Wohnungen. Drei Bauernhäuser wurden eingeäschert. In sämtlichen Gruben ist der Betrieb eingestellt, um eine wirksame Rettungsaktion zu ermöglichen. Der Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der Schacht „Oil City" brennt noch fort. Erst in mehreren Tagen wird das Feuer gänzlich gelöscht werden können. Im ganzen sind 1000 bis 1500 Zisternen Rohöl verbrannt, während die Jahresproduktion 200 000 Zisternen beträgt.

Die Opfer von Jusowka. Nach den letzten Feststellungen sind bei der Gasexplosion auf dem Schacht der Katharinengesellschaft insgesamt **264 Bergleute umgekommen.** Vier Personen werden noch vermißt.

Putzfedern- und Blumenarbeiterinnen! Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in Kubes Festsälen, Alte Jakobstr. 75: Versammlung. Tagesordnung: „Wie sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche? Wie können wir dieselben verbessern?" Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Eingegangene Druckschriften.

Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. Vierteljährlich 6 M. C. Flemming, Berlin.

Der Zukunftsstaat von Th. Reese. 50 Pf. Selbstverlag, Hamburg, Schellingstr. 55.

Der Zweikampf. Von H. Fehr. 2 M. Verlag R. Curtius, Berlin W. 35.

Goldbeck, Eduard: Der Kampf unserer Zeit. Heft 1: Henker Drill. Verlag Marquardt u. Co., Berlin W. 50. Preis brosch. 1,50 M.

Es werde Licht! Monatsblätter. Verlag: O. Th. Scholl, München. Preis 40 Pf.

Die Wiedergeburt des Mittelstandes. Von G. Koch. 50 Pf. Selbstverlag, Salzburg.

Landhaus und Villa. Heft 5. 75 Pf. Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.

Die Revolution des Christentums. Von H. Kutter. 3 M. H. Haessel, Leipzig.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Heft 10. 1,15 M. A. Hartlebens Verlag, Wien.

Weltsonne. Heft 1. Herausgeber: P. Gangolf. 20 Pf. Selbstverlag, Charlottenburg, Berliner Straße 40.

Die Jagd auf Harden. Von Erich Mühsam. Neuer Biographischer Verlag, Schöneberg-Berlin.

Eine Frühlingsfahrt. Von L. Grimm. Verlag: Quickborn, Berlin W. 30.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Rind- und Kalbfleisch anziehend, für alle anderen Fleischsorten unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr in Gänsen reichlich, sonst knapp, Preise für Gänse gedrückt, sonst gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Kirschen über Bedarf zugeführt, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Hansa. Besten Dank für Ihre Einsendung; vorläufig wollen wir aber von einer Veröffentlichung Abstand nehmen, da die Abstimmung geschlossen ist. — **W. G. 25.** Soweit aus Ihrem Schreiben zu ersehen, hat eine Kündigung überhaupt nicht stattgefunden. Ist dem so, so würde Ihr Vertrag weiterlaufen. Sie hätten also auch keine Pflicht, Mietslustigen die Wohnung zu zeigen. — **Kl. 19.** In dem von Ihnen geschilderten Fall würde die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt, die nur durch das Gericht angeordnet werden kann, zweifellos abgelehnt werden. Es empfiehlt sich für den jungen Mann, bei dem Gericht zu beantragen, ihn für großjährig zu erklären oder einen anderen Vormund als die ältere Schwester zu bestellen. — **Munschel.** Sie können Beschwerde einlegen und Strafantrag stellen. — **F. S.** Eine Klage auf Schadenersatz hätte Aussicht auf Erfolg. — **W. G. 21.** 1. Von der Beschäftigung im Restaurationsbetriebe ab. 2. Unseres Erachtens ja. — **Karl Wilhelm M. 32.** Nein. — **R. L. 24.** 1. Ja. 2. Sie können eine Abschrift des Kaufvertrages und der Eintragung beantragen. Die Auszahlung des väterlichen Nachlasses einschließlich vierjähriger Zinsen kann, falls nicht etwa entgegenstehende Abreden vorliegen, von Ihnen verlangt werden. — **Streich 40.** Wenden Sie sich an den Stadtverordneten Hintze, Pankstr. 31b. — **O. B. 54.** 1. Die Legislaturperiode läuft in fünf Jahren ab, falls nicht vorher Auflösung erfolgt. 2. Ja. 3. Nur für den Fall der Auflösung sind Fristen vorgeschrieben. — **H. K. 41.** Beantragen Sie zunächst bei dem Ministerium des Innern zu Schwerin, Ihnen den Staatsangehörigkeitsausweis als Mecklenburger Staatsangehöriger zu erteilen und beantragen Sie dann unter Ueberreichung des Ausweises Aufnahme in den preußischen Staatsverband. — **Elfriede 100.** Wenden Sie sich an die Genossin Frau Elise Neumann, Frankfurter Allee 178 III. — **M. M. 1000.** Nein. — **H. P. 100.** 1. Ja. 2. Der Lohn kann soweit mit Beschlag belegt werden, als er 1500 M. jährlich übersteigt. — **Eb. 108.** Eine Klage auf Rückzahlung eines Teils des Honorars hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **E. R. 100.** 1. Nein. 2. Zwecks Erwirkung des Armenrechts muß sich der Kläger zunächst an den Magistrat (Armendirektion) mit dem Antrag wenden, ihm zu bescheinigen, daß er die zur Führung des Prozesses erforderlichen Unkosten ohne Beeinträchtigung seines Unterhaltes aufzubringen nicht vermag. Diese Bescheinigung reicht er dann dem Gericht ein, legt den Sachverhalt dar, führt die Beweismittel an und beantragt, ihm das Armenrecht zu bewilligen. — **P. R. 1900.** Machen Sie den Versuch.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer 0 Grad mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer 0 Grad mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	O	2	Regen	12	Haparanda	758	NO	2	halb bd.	11
Hamburg	761	NW	2	bedeckt	14	Petersburg	752	NO	1	bedeckt	7
Berlin	760	NW	4	bedeckt	13	Scilly	765	NNW	3	bedeckt	15
Frankf. a. M.	763	Still	—	heiter	15	Aberdeen	765	WNW	1	wolkenl.	11
München	762	SW	3	wolkig	17	Paris	764	ONO	1	wolkenl.	16
Wien	762	NNW	2	bedeckt	15						

Wetterprognose für Dienstag, den 7. Juli 1908.

Ziemlich kühl, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Manoli Abbas

MANOLI

Beste 3 Pfg. Cigarette.

Wohin unsere Ausflüge?
Nach dem Idyll des Südostens: 3592Ձ*
Rauchfangswerder! Zum „Waldhaus".
Bequeme Bahnverbindung bis Zeuthen.
Täglich, außer Sonnabend u. Sonntag, vormittags 10½, u. nachmittags 2½ Uhr: **Dampfer-Extrafahrten** ab Jannowitzbrücke und Schlesisches Tor (Stern-Gesellschaft).
Eduard Rutkowski.

Jenensia-Räder! Mod. I

10 Jahre Garantie! □ **Teilzahlung!**
Adler-Räder!
2428L* **Phänomen-Räder!**
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3201L*
Echte **dänische Schleifen** 5 Pf.-Verkauf.
Allerfeinste Qualität!
Unübertroffener Geschmack!
Amt 4, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hülfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 110/1*

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Montag, den 13. Juli 1908:
Großes Sommerfest
in den Gesamträumen der **„Neuen Welt", Hasenheide.**
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung, Marionetten-Theater, Fackelpolonäse usw.
Großes Brillant-Feuerwerk
Großer Ball. Herren, die daran teilnehmen, zahlen **50 Pf.** nach.
Eröffnung **3 Uhr.** Anfang des Konzerts **4 Uhr.** Billetts a **25 Pf.**
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Jedes Kind erhält am Eingange einen Bons zur Stocklaterne gratis.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein [213/6*] **Der Vorstand.**

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L*
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

3223L*
Spiritus-Kocher und Bügeleisen
für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwerthung,
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Illustrierte Preisliste kostenlos!

16 D 101/07

Gegen den Schriftsteller Hermann Wilke in Soest hat das Schöffengericht in Cassel am 8. Januar 1908 für Recht erkannt:

„Der Angeklagte Wilke wird wegen Beleidigung im Sinne des § 186 Strafgesetzbuchs in einem Falle zu einer Geldstrafe von 150 Mark, hilfsweise zu einer Gefängnisstrafe von 15 Tagen verurteilt."

Die Verurteilung ist erfolgt wegen der nicht erweislich wahren Behauptung, der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg habe gesagt: „Meine Schwälmer Bauern sind treu wie die Hunde aber dreckig wie die Schweine."

Cassel, den 24. Juni 1908.
Königliches Amtsgericht Abt. XVI.

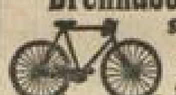
Wen's juckt,

wer durch Hautjucken zur Verzweiflung gebracht wird, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife.** D. R. P., ärztlich empfohlen und tausendfach bewährt. Preis 50 Pfg. (**kleine** Packung, 15%ig) und Mk. 1,50 (**große** Packung, 35%ig, von **stärkster** Wirkung).

Wunderbare Erfolge,

bei Hautaffektionen aller Art, Hautjucken, juckenden Hautausschlägen, Hautgeschwüren, Furunkeln, Pickeln, Mitessern, Wimmerln, Pusteln, Gesichtsröten, Sommersprossen ꝛc., zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zuckooh-Crème,** dem herrlichsten und einzigartigsten aller Hautcrèmes. Preis Mk. 2,—, Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar **mild wirkenden Zuckooh-Seife,** Preis 50 Pfg. (**kleine** Gebrauchspackung) und Mk. 1,50 (**große** Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die denkende Mutter **Bitumoor-Kinder-Seife,** D. R. P., Preis 50 Pfg. und **Bitumoor-Kinder-Crème,** Preis 40 Pfg., Doppeldose 70 Pfg., das Beste, Edelste und Reinste für die kindliche Haut. **Ueberall zu haben.** Wo nicht, direkter Versand durch **L. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 72.

In **Berlin** echt bei **Max Schwarzlose,** Königstr. 59 und Potsdamer Straße 7a, **Franz Schwarzlose,** Leipziger Straße 56, **Schwarzlose, vorm. Adolph Heitzer,** Friedrichstraße 183, **Paul Rabeš,** Turmstraße 48, **Fritz Kratz,** Reinickendorferstraße und außerdem in fast allen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.**

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für **Brennabor-Räder!**

Kein Laden! Günstigste Bedingungen. **Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.**

Im Sommer ist MAGGI's Würze ganz besonders **wertvoll,**

denn die Hausfrau macht gern kurze Küche und hilft dann mit einigen Tropfen Maggi's Würze nach.
„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 910K*

Leihhaus Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldsachen, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. [620K*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 8, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Gaskocherhaus!!! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Einlochgaskocher! 0,80. Gasbügelapparate! spottbillig! Gaszuglampen! 9,00. Gasrohrröhren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße 38. 933K*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. 934K*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Pfänderverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Goldene Damenuhren! Wanduhren! Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 970K*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326K*

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Pappelallee 3. 859K*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, 2,50, in Erbstüll 6,35, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 917K*

Schlafdecken (Deckbettersatz), Normal (buntfarbig) 1,85—3 Mark, Wolle (einfarbig) 2,85—4 Mark. Spezialhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 918K*

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 120,00 Mark, Turmstraße 8 I. 141/19

Reichgestickte Portièren, Tuch, Plüsch, Steppdecken, Gardinen, spottbillig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 4385*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Allerbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Riesenauswahl! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Pfänderverkauf! Nähmaschinen! Gardinenverkauf! Sonntags ebenfalls geöffnet. †109*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 4395*

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, NW., billig verkäuflich. Eilt! Näheres Salzwedelerstraße, „Vorwärts"-Spedition.

Seifengeschäft, Porzellan, Tonwaren, schöne große Wohnung, billig, Graunstraße 24. †130

Restauration, 25 Jahre bestehend, Süden, 27 Halbe, Miete 2000, Preis 2800, Brauereihilfe 1000, zwei Wohnzimmer anschließend. Auskunft Cronau, Bierfahrer, Wißmannstraße 44.

Obst- und Gemüsegeschäft verkäuflich Dieffenbachstraße 39. †22

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung-Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2812b*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 8 Prozent. *

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 20,—, Taschensofas 45,—, Salongarnituren 85,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Verzugtische 68,—, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, bunte Küchen 45,—, Kronen, Oelgemälde, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. *

Konkurrenzlos! Im Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29, an der Köpenicker Brücke, stehen viele Wohnungseinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleunigen Verkauf aus. Außerdem verliehen gewesene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Ausziehtisch 15,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoiletten 20,—, elegante Taschensofas 44,—, Büfetts 100,—, englische Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 39,—, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen in allen Farbentönen von 40 Mark an. Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 195/4

Kleiderspind 24 Mark, Muschelvertiko 28, Ausziehtisch 15, Rohrstühle 3, Küchenspind 16, Ruhebett 20, Kommode 21, Bettstelle mit Matratze 18, Muschelbetten, englische Bettstellen mit Matratzen 38, Herrenschreibtisch 48, Bücherspind, Lederstühle, Säulenschränke, moderne Küchenmöbel, Bilder 3, Federbetten Stand 18. Auch Teilzahlung. Transport frei. Neue Königstraße 29, nahe Alexanderplatz. 195/15*

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924K*

Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkopräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Nachnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. **Holz,** Blumenstraße 36b. 977K*

Herrenrad, modern, spottbillig. Heinze, Brückenstraße sechs. 925K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad verkauft Döke, Große Frankfurterstraße 140. 966K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 60,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, kaum gefahren, krankheitswegen ganz billig. Friese, Landsberger Allee 50, vorn IV. †59*

Verschiedenes.

Volkshumorist „Schmelzer", Stettinerstraße 57. †130

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt! Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Zahnoperationen, künstliche Zähne (Methode Richardson), Große Frankfurterstraße 122. †59*

Gesellschaftshaus Trebbin (Kreis Teltow). Empfehle meine modernen großen Säle, schattigen Garten, Kegelbahn, Spielplatz, Ausspannung (80 Pferde). Partien und Vereine bitte vorher anzumelden. Emil Schulze.

Simplicissimus-Jahrgänge, Bücher und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 4405*

Vermietungen.

Wohnungen.

Umzugsvergütung! Billige Wohnungen Rixdorf, Weigand-Ufer 10. *

Kleine Wohnungen, Stube, Küche, sofort und später zu vermieten Görlitzer Ufer 5. 3626*

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstraße 32/34.

Redakteur-Gesuch.

Zur weiteren Ausgestaltung der Frankfurter „Volksstimme" wird spätestens zum 1. Oktober eine durchaus selbständige Kraft als politischer Redakteur, womöglich mit Sprachenkenntnissen, sowie ein weiterer Redakteur mit gewerkschaftlicher und kommunal-politischer Schulung gesucht. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 15. Juli an den Vorsitzenden der Preßkommission, A. Bernhardt, Frankfurt a. M., Franken-Allee 42, zu richten. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger verheirateter Genosse sucht Beschäftigung, eventuell Vertrauensstellung. G. Dargusch, Putbuserstraße 15. †130

Verheirateter Parteigenosse, gelernter Schlosser, der polnischen, auch teils der russischen Sprache mächtig, sucht passende Stellung, wenn möglich außerhalb. Offerten erbeten unter „Polnisch" Parteispedition Nazarethkirchstraße 49. †85

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Gewandte Ausfahrer können dauernd täglich 10—15 Mark verdienen. 300 Mark Kaution erforderlich. Zu melden Gesundbrunnen, Ramlerstraße 37, linker Aufgang III rechts, Mittwoch 10—1. 141/18

Tüchtige Barock-Vergolderin verlangt Klinke, Köpenickerstraße 21.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

für **Bodenleger:**
Berliner Parkettfabrik **Badmeyer,** Inhaber Noffak in **Tempelhof, Ringbahnstraße,** und die Bauten **Düsseldorfer Straße, Ecke Pfalzburger Straße,** Bau Hauptstraßen- u. Fregestraßen-Ecke, Friedenau.
Norddeutsche Fußbodenfabrik in Hannover.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.